Titelseite

Inhalt

Klassenkampf
Untergang in der Barbarei oder Sozialismus?... 3

Betrieb & Gewerkschaft
Bericht Strategie-Konferenz:
Kämpferische Gewerkschaftspolitik 6

Aktuell
Flugblatt Klassenkampf statt Resignation!
COVID-19 ist tödlich!
Tödlicher das kapitalistische System 9
Corona hin Corona her!
Profite gehen vor! 11

Antirassismus
Faschistischer Anschlag in Hanau
Flugblatt
Wut Empörung Widerstand! 15
Hanau... Heuchelei der Herrschenden 17

Schwerpunkt
Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?
Deutsche Demokratische Republik –
Anspruch und Wirklichkeit 23
Teil 4 Von der Einheit Deutschlands zur Spaltung
DDR – Welchen Sozialismus wollen wir?
Spannende Diskussionsveranstaltung 38

Gender Debatte
National-Demokratische Front Philippinen
Die Revolution hat kein Geschlecht 41
Diskussionsbeitrag
Queer Theory –
bürgerlicher Irrationalismus ... 45

International
Neues und nicht Neues aus Palästina III:
Oder Trumps „Jahrhundertdeal" –
Kriegsplan gegen das palästinensische Volk 51

Kritik & Diskussion
Polemik zwischen IA.RKP Österreich & Trotz alledem!
Wie ist der Weg zur Befreiung Palästinas? 53

Proletarischer Frauenkampf
2020 Frauenbefreiung und Friedrich Engels 69
Schlaglichter vom 8. März
FrauenStreikAktionen 71
Fabrikzeitung zum 8. März
Frauenbefreiung fordert Revolution!
Alles andere ist Illusion! 76

Kontaktadresse: Postfach 48, 73550 Waldstetten
trotzalledem1@gmx.de http://trotzalledem.bplaced.net
V.i.S. d.P.: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln
Jahresabo 15.- Euro inklusive Versand

Liebe TA-LeserInnen, GenossInnen und MitkämpferInnen

Wir sagen in „Corona-Zeiten" noch einmal TROTZ ALLEDEM mit unserer neuen Ausgabe. Alle sprechen von Corona. Wir sprechen vom Klassenkampf – auch in Corona-Zeiten. Auch wenn die Corona-Pandemie alles andere überdeckt, es passiert noch so viel mehr auf der Welt.

Die Feuersbrünste im Sperrgebiet Tschernobyl-Atommeiler. Sie drohen auf den Sarkophag überzugreifen. Winde verteilen die hochgefährlichen, aufgewirbelten radioaktiven Stoffe in der Ukraine und in alle Welt. Die Explosion des AKWs 1986, das war eine der größten durch kapitalistisches Wirtschaften bedingten verheerenden Katastrophen. Mit Auswirkungen für die nächsten tausend Jahre…

Jetzt die Corona-Pandemie … Auch hier wirken keineswegs vom Menschen unabhängige Naturgewalten… Virusmutationen erfolgen aufgrund der Vernichtung des Lebensraums von Mensch und Tier, der Durchkapitalisierung und Industrialisierung der Umwelt, ausgerichtet an den Interessen von Profitmaximierung. Nicht die Bedürfnisse von Menschen und Natur sind der Maßstab dieser Gesellschaft sondern die einer kleinen weltweit herrschenden Elite des Finanzkapitals.

Der demonstrative „Solidaritäts-Besuch" der EU-Präsidentin von der Leyen anlässlich der kompletten Schließung der Außengrenzen Europas und der Aussetzung des Asylrechts in Griechenland zeigte wieder einmal das wahre imperialistische Gesicht Europas. Unter dem Vorwand der Corona-Pandemie wird jetzt aktuell die ohnehin stark begrenzte „Seenot-Rettung" auf dem Mittelmeer eingestellt. Die Lager in Griechenland und auch in Rest-Europa sind unbeschreiblich.

In Deutschland ist aktuell im Lager Ellwangen, Baden-Württemberg die Zahl infizierter Menschen von 7 auf 259 innerhalb von zwei Wochen hochgeschnellt. Die Reaktion der Politik, das Lager total abriegeln. Anstatt bundesweit alle Lager zu schließen und alle Geflüchteten menschenwürdig unterzubringen.

In diesen Corona-Zeiten spitzen sich Armut, Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Rassismus und Faschismus, die Beschneidung einfachster demokratischer Rechte weltweit zu. Aber es sind auch bewegende Zeiten des Widerstands gegen diese Realität der Barbarei.

Überall auf der Welt protestieren Unterdrückte, ArbeiterInnen und Werktätige auf vielfältige, clevere und einfallsreiche Weise. Auf den Straßen, an den Fenstern, im Netz oder in den Fabriken und Krankenhäusern, an ihren Arbeitsplätzen. Für ihre Rechte, für eine Welt ohne Grenzen und Bleiberecht für alle überall. Gegen Patriarchat und Krieg. Für eine bessere, eine andere Welt. Sie ist möglich! Wenn wir den Klassenkampf gegen das ganze System wagen und den Sozialismus aus einem Traum zu einer erkämpfenswerten Wirklichkeit machen!

Passt auf Euch auf! Der Klassenkampf geht weiter!

Euer Redaktionskollektiv

Aktuelle Frage am 1. Mai

Untergang in der Barbarei?...

Sparmaßnahmen in der EU haben Millionen Menschen in Armut und soziales Elend gestürzt und die Sozial- und Gesundheitssysteme auf dem Kontinent zerstört.

Währenddessen hat sich an der Spitze der Gesellschaft eine kleine Gruppe obszön bereichert. In Deutschland haben die 1 000 reichsten Einzelpersonen und 16 wohlhabendsten Großfamilien fast 1,2 Billionen Euro, ungefähr das 78-fache des gesamten Gesundheitshaushalts.

Horrorzustände in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen – menschenunwürdige Zustände. Allen geheuchelten Entsetzensschreien zum Trotz: Zwei-Klassen-Medizin und Zwei-Klassen-Pflege waren auch vor Corona Realität.

Corona reißt den letzten Rest Sozialstaats-Maske endgültig herunter und bringt die brutale Realität der „Gesundheitsentsorgung" ans Tageslicht, in der EU und auch hier im drittreichsten Land der Erde.

Unterbezahlte und viel zu wenige SanitäterInnen, PflegerInnen, ÄrztInnen versuchen rund um die Uhr und mit mangelhafter Schutzausrüstung, Corona zu bekämpfen. Nicht zu vergessen all die anderen medizinischen Notwendigkeiten, die mit Einzug des Virus nicht einfach weggefallen sind.

Und dann ... kommt Herz erwärmender Applaus von den Balkonen ... Mensch! Das reicht nicht!!!
Schluss damit, fordert ein junger Pfleger auf twitter:
„Wir Pflegekräfte brauchen keine Klatscherei. Wir wollen auch keine Merci-Schokolade und warme Worte! Wir brauchen 4 000 Euro brutto, mehr Personal, Gefahrenzulagen und ein entprivatisiertes Gesundheitssystem! Macht Mal lieber mit uns Arbeitskampf!"

Kampf für Gesundheit ist Klassenkampf

Das Bürgertum, die herrschende Klasse kann sich auch mit Corona medizinische Behandlung in Einzelzimmern auf Privatstationen in Krankenhäusern wie auch in Privatkliniken mit persönlicher Pflege leisten. Wir müssen damit rechnen, dass die Pandemie uns mit aller Härte und allen Konsequenzen immer stärker trifft.

Alexander Dibelius, Ex-Deutschlandchef von Goldman Sachs, im Interview mit dem Handelsblatt am 24. März 2020:
„Ist es richtig, dass zehn Prozent der – wirklich bedrohten – Bevölkerung geschont, 90 Prozent samt der gesamten Volkswirtschaft aber extrem behindert werden – dies mit der unter Umständen dramatischen Konsequenz, dass die Basis unseres allgemeinen Wohlstands massiv und nachhaltig erodiert?"
Der drohende Tod zahlloser Älterer und chronisch Kranker ist für die Kapitalisten eben noch lange kein Argument, den Betrieb auf Pause zu stellen.

Schon jetzt werden Menschen wegen mangelnder medizinischer Versorgung dem Tod überlassen. Die Regierenden, WissenschaftlerInnen und Industriebonzen sind schon mittendrin in der Abwägung bei der Menschen-Auswahl nach kapitalistischer Verwertungslogik. Das erleben wir bereits in Italien, in Frankreich, in den USA und auch hierzulande.

Wer darf leben, wer muss sterben?
Das wird in diesem System todsicher nicht in unserem Interesse entschieden!

Medizin für's Kapital!

Um den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems aufzuhalten, legen alle imperialistischen Staaten und die Europäische Zentralbank (EZB) gigantische Krisenprogramme auf.

Die Bundesregierung verspricht Kredite, Zuschüsse, Steuererleichterungen und Kurzarbeitergeldzahlungen in „unbegrenzter" Höhe.

Eine Neuverschuldung in Höhe von 156 Milliarden Euro plus eine halbe Billion Euro Kredite über die KFW mit Staatshaftung sind eingeplant. Die EU organisiert noch ein Subventionsprogramm von über 1,2 Billionen Euro.

Der Klassencharakter der Notfallmaßnahmen könnte kaum deutlicher sein.

Während wir Werktätigen vor einer sozialen und medizinischen Katastrophe stehen, werden die Großbe-

triebe und die hinter ihnen stehenden Banken, das Finanzkapital mit Geld überschüttet.
Der geplante „Wirtschaftsstabilisierungsfonds" (WSF) übertrifft dabei mit 600 Milliarden Euro sogar den Bankenhilfsfonds Soffin, mit dem die Regierung in der Finanzkrise 2008/09 die Banken rettete.
Nebenbei entlarven **diese hässliche Realität der kapitalistischen Bereicherungs-Orgie** und die Finanzspritzen für Großkonzerne und Banken ihre Lügenphrasen als Antwort auf unsere Forderungen und Bedürfnisse.
Von wegen: „Es ist kein Geld da!"
Wenn wir alldem nicht ausgeliefert sein wollen, müssen wir uns zusammenschließen! Schwierig in diesen Zeiten … JA, aber nicht unmöglich!
Organisieren wir die Solidarität der Werktätigen untereinander!
Lassen wir die Fabrikherren in ihren Fabriken allein!
Unsere Forderungen sind:
Alle Betriebe in nicht lebensnotwendigen Bereichen sofort schließen!
Voller Lohnausgleich für alle Werktätigen!
Maximaler Gesundheitsschutz für alle Arbeitenden! Kürzere Schichten! Mehr Lohn!
Wenn die übergroße Mehrheit der Werktätigen nicht bei ihrer Arbeit erscheinen, dann kann es gelingen!
Das ist ein Muss für unsere Gesundheit!
Dann werden die Herrschenden zu spüren bekommen, dass Profit ohne unsere Arbeitskraft nicht von selbst entsteht!

Wo gibt's denn so was?

Wann und wo beschloss schon mal eine Regierung *„auf dem Gebiet des Schutzes der Volksgesundheit", „die tatkräftige Durchführung umfassender Maßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens" und „die Gewährleistung kostenloser und qualifizierter ärztlicher und medizinischer Hilfe für alle"???*
(Auflösung S. 5)

Keine Angst vor ihren Phrasen, dass die Wirtschaft zusammenbricht!
Wir müssen – auch in dieser Situation – den Kampf für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung – für den Sozialismus – konsequent vorantreiben.
Wir müssen mutig bleiben und jeden Tag aufs Neue unsere Klassengeschwister davon überzeugen:

Dieses System hat keine Zukunft für uns!
Deshalb: Aufbau der Kommunistischen Partei!

… oder Sozialismus

Auch das noch!

Sozialpartnerschaft macht's möglich: Kranke Wirtschaft – „Gesunder" Kapitalismus

Die kapitalistische Gesellschaft ist bekanntermaßen auf Profit ausgerichtet: Die Kapitalistenklasse beutet uns ArbeiterInnen aus und eignet sich den von uns produzierten Mehrwert an.
Der Staat ist für die Rahmenbedingungen der Ausbeutung zuständig. Wie soll aber dieser Staat gleichzeitig die Interessen des Kapitals und unsere, die Interessen der werktätigen Massen, bedienen? Richtig! Das geht nicht, das ist ein unauflösbarer Gegensatz!
Für unsere eigenen Interessen müssen wir schon selbst einstehen! Viele von uns sind in Gewerkschaften organisiert. Also versuchen wir, mit den Gewerkschaften zu kämpfen! Das sieht aber leider schlecht aus! Denn „unsere" BetriebsratsfürstInnen und Gewerkschaftsbonzen sorgen sich mehr um den Fortbestand der nationalen Industrie als um die Interessen der ArbeiterInnenklasse …
Bundestagsparteien und Gewerkschaften sind sich einig, dass
1. immense Geldsummen an Großkonzerne fließen müssen;
2. keine den Reichtum von Managern und Investoren bedrohenden Maßnahmen ergriffen werden und
3. das kapitalistische Profitsystem und Privateigentum unangetastet bleiben.
Passend dazu biedert sich der DGB an:
„Die Sozialpartner stellen gemeinsame Verantwortung in der Coronakrise über Differenzen."
Während in Deutschland eine Million Vollzeitjobs bedroht sind und viele ArbeiterInnen mit wenig Einkommen und dürftigem Kurzarbeitergeld über die Runden kommen müssen, lobt IGM-Chef den Nullrunden-Tarifabschluss in der Metall- und Elektro-Industrie:

„In dieser Krise sind solidarische Lösungen gefragt",
und NEIN, er meint damit nicht die Solidarität mit den Ärmsten … sondern verhöhnt uns: *„Millionen von Beschäftigten wird die Angst vor massiven Einkommensverlusten durch Kurzarbeit genommen. Daher ist der Abschluss ein Beitrag zur Abfederung der Coronakrise und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt."*
Wie bitte? Angst genommen? Abfederung? – Ha, von wegen! Der IGM-Vorstand hat den Unternehmen freie Hand gegeben, mit Hilfe der Kurzarbeit zehntausende Arbeitsplätze kostengünstig stillzulegen. Sie werden die Corona-Krise zur Arbeitsplatzvernichtung nutzen!
Wer bisher noch gedacht hat, dass in der Corona-Krise die DGB-Gewerkschaften unseren Kampf um Gesundheit und (Über)leben organisieren, muss der Realität ins Auge sehen:
Im Vordergrund steht (auch bei diesem Tarifabschluss) die Sicherstellung der ungehinderten Kapitalverwertung.
Je länger wir uns dem Burgfrieden unterordnen, desto mehr wird unsere Kampfkraft geschwächt. Umso weniger können wir jetzt und nach Corona für unsere Rechte kämpfen.

Es sind die gelben Gewerkschafts- und Betriebsratsbonzen, die uns an die Industriebosse verkaufen, wenn sie zustimmen, dass oft unter völlig unzureichenden hygienischen Bedingungen die Industrieproduktion um jeden Preis aufrechterhalten, die Ausbeutung sogar gesteigert wird.
In den USA, in Italien, China und Spanien z.B. haben ArbeiterInnen in zahlreichen Betrieben spontan gegen Arbeitszwang trotz Virusgefahr gestreikt. Lasst uns das mal nachmachen!
Nehmen wir unsere Sache und den Schutz unserer Leben in die eigenen Hände!
Lasst uns trotz Absage von Kundgebungen zum 1. Mai 2020 unseren internationalen Kampftag mit Millionen Werktätigen gemeinsam begehen.

Sowas gab's …

… und zwar im Programm der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) Moskau, 1919
„Auf dem Gebiet des Schutzes der Volksgesundheit
Die KPR legt ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet des Schutzes der Volksgesundheit vor allem die Durchführung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheits- und Sanitätswesens zugrunde, die der Verhütung von Krankheiten gelten.
Dementsprechend stellt sich die KPR als nächste Aufgabe:
1) die tatkräftige Durchführung umfassender Maßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens im Interesse der Werktätigen, wie:
a) die gesundheitliche Überwachung der Ortschaften (Kontrolle des Bodens, des Wassers und der Luft);
b) die Organisierung der gesellschaftlichen Ernährung auf wissenschaftlich-hygienischer Grundlage;
c) die Organisierung von Maßnahmen, um die Entwicklung und Verbreitung von Infektionskrankheiten zu verhüten;
d) die Schaffung einer Gesundheitsgesetzgebung;
2) den Kampf gegen soziale Krankheiten (Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Trunksucht usw.);
3) die Gewährleistung kostenloser und qualifizierter ärztlicher und medizinischer Hilfe für alle."

Unsere Feier ist der Klassenkampf! Wir trotzen diesem System! Trotz alledem!

Keine noch so demokratisch organisierte Gesellschaft kriegt das auf diesem Niveau hin, wenn die Produktionsmittel nicht in Händen der ArbeiterInnenklasse sind. Das kapitalistische Ausbeutungssystem, wo alles auf die Profitmaximierung ausgerichtet ist, ist allein der Grund für die aktuelle Gesundheitskrise.
Gibt es einen besseren Grund als unsere Gesundheit, unser Leben, um endlich für eine Welt ohne Ausbeutung zu kämpfen?

Streik und Widerstand!
Legen wir den Rest dieses Systems still!
Unseren Protest bringen wir auch mit zwei Meter Abstand in die Betriebe, auf Plätze und Straßen!
Solidarität und Klassenkampf
macht dem Kapitalismus-Virus Dampf!

Kurzbericht von TA-BetriebsaktivistInnen

Strategie-Konferenz „Für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik!“

Liebe TA-LeserInnen,
hier sind stichpunktartig unsere Eindrücke und Einschätzungen von der Strategiekonferenz „Für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik!“: Die Konferenz hat am 25.-26. Januar 2020 in Frankfurt im Haus der Jugend mit 130-140 Leuten stattgefunden. Sie wurde seit Herbst 2019 von der VKG „Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften“ vorbereitet:

Woraus entsteht dieser Bedarf für eine solche Strategiekonferenz? Die OrganisatorInnen beantworten diese Frage: *„Der Bedarf an ernsthaften Diskussionen über Strategie und Ausrichtung der Gewerkschaften ist groß, ebenso wie der Wunsch nach Vernetzung und besserer Koordinierung aktiver und kämpfender Kolleg*innen“.*
In dieser Konferenz waren unterschiedliche vernetzte Initiativen und Einzelpersonen, die immer noch in verschiedenen Gremien der Gewerkschaften arbeiten oder gearbeitet haben – zu einem großen Teil aber jetzt im Ruhestand sind – Betriebsräte, Vertrauensleute, aktive kämpferische ArbeiterInnen, die in großen Betrieben tätig sind und für einen kämpferischen Kurs in den Gewerkschaften eintreten.
Die OrganisatorInnen wollten mit *„aktiven kämpferischen Kollege*innen“*, die aus verschiedenen großindustriellen Betrieben, öffentlichen Einrichtungen etc. kommen *„gemeinsam an einem Strang ziehen“*, die *„Gewerkschaften insgesamt auf einen neuen Kurs, bzw. in eine kämpferische Richtung bringen“*.
Für dieses Ziel sollte daran gearbeitet werden, sich ***„besser zu vernetzen und zu koordinieren“, „weitere Absprachen“*** zu treffen, sich zu organisieren und ***„mit möglichst vielen Aktiven eine kämpferische Gewerkschaftspolitik zu entwickeln.“***
Die Strategiekonferenz wurde am Samstag mit einem **Referat von Matthias Fritz** (ehemaliger Betriebsrat und IGM-VK-Leiter bei Mahle in Stuttgart Bad Cannstatt) eröffnet. Die Rede beinhaltete die Fragen *„In welcher Lage befinden sich die Lohnabhängigen in der BRD heute?, Was tun in Zeiten von Wirtschaftskrise, Prekarisierung, Arbeitshetze, Massenentlassungen und Umweltzerstörung?“*
In einer kurzen Diskussionsrunde haben viele der Beteiligten ihre Meinungen und Erwartungen geäußert.
Hier sind einige Bespiele: „Die Politik der Sozialpartnerschaft muss eine Ende haben“, „Die Gewerkschaftsbosse spielen mit und sind Teil dieses Systems“, „Die Krise steht vor der Tür, aber auch die DGB-Gewerkschaften vertuschen das“, „2008/2009 gab es eine Überproduktionskrise – 2019/2020 ist das Kapital mit einer Absatzkrise der Hauptprodukte der Exportindustrie konfrontiert“, „Der Staat versucht, die Gewerkschaften unter Kontrolle zu halten“, „Die Arbeitszeitverkürzung spielt wieder eine große Rolle“, „Die Umwelt- und Klimapolitik kommt wieder auf die Tagesordnung“, „Wir müssen die gewerkschaftlichen Kämpfe mit den Kämpfen der Klimaschutzbewegung verbinden!“, „Das politische Bewusstsein ist nicht wie in den 1970er Jahren“, „Der Druck muss wieder von unten organisiert werden“, „Die Politik der bestehenden Gewerkschaften ist eine Stillhalte- und Niederlage-Politik“, „Wir brauchen eine kämpferische Gewerkschaftspolitik und radikalere Kampfformen“, „Die DGB-Gewerkschaften sind das Co-Management der Unternehmen und Regierung“, „Die Politik der Sozialpartnerschaft ist prokapitalistisch“, „Wir müssen den Massen eine kämpferische Gewerkschaftspolitik bzw. Wege und Methoden zeigen“, „Die kapitalistische Krise ist an der Tagesordnung, die IGM versucht, das klein zu reden und unternimmt nichts!“, „Eine kämpferische Gewerkschaftspolitik gegen Rassismus muss mit den ökonomischen Kämpfen verbunden werden“, „Anti-Rassistischer Kampf und Politik in den Betrieben“, „Die bestehenden Gewerkschaften können wir nicht reformieren, Alternativen müssen her!“, „Leiharbeit, Auslagerungen und andere Maßnahmen zur Profitmaximierung haben Belegschaften gespalten, zerstückelt und nahezu kampfunfähig gemacht“, „Der Verlust des Klassenbewusstseins verhindert, dass erkannt wird,

Einladende Organisationen
Arbeitsausschuss der Gewerkschaftsklinken und örtliche Foren. Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften, Münchner Gewerkschaftsklinke, Forum gewerkschaftliche Gegenmacht Wiesbaden, Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar, Jour Fixe Gewerkschaftsklinke Hamburg, Gewerkschaftsforum Dortmund, Verdi Linke NRW, Netzwerk für eine kämpferische und demokratische Verdi, AG Betrieb und Gewerkschaft – DIE LINKE Nordhessen, Organisieren-Kämpfen-Gewinnen (OKG) Kassel, TIE – Internationales Bildungswerk, Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), BaSo Wuppertal, Basisgewerkschaftsgruppe Verdi aktiv Berlin, DiDF – Föderation Demokratischer Arbeitervereine e.V., Redaktion Herzschlag, Redaktion Yeni Hayat/Neues Leben.

wer verantwortlich ist für immer schärfere Ausbeutung und immer miesere Arbeitsbedingungen", „Die IG Metall Bonzen und Betriebsratsfürsten setzen auf Kuschelkurs mit dem Kapital – wir wuppen die „Transformation" gemeinsam", „In diese Lücke stoßen faschistische Organisationen wie Zentrum Automobil e.V.", „Die aktuelle Tarifrunde in der IG Metall ist eine Farce, null politische Diskussion, nur Hochglanzinformationen", „Damit der anstehende Umbau – die so genannte Transformation – der Schlüsselindustrie, insbesondere der Autoindustrie nicht auf den Rücken der ArbeiterInnen abgewälzt wird, muss die Schlüsselindustrie vergesellschaftet werden!"

Arbeitsgruppen

In der Strategiekonferenz waren folgende sieben Arbeitsgruppen geplant und fanden gut besucht mit spannenden Debatten statt.

*„**AG 1:** Der Kampf für einen neuen „Normalarbeitstag". Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!"*

*„**AG 2:** Mehr Demokratie in Arbeitskämpfen und Gewerkschaften. Was können wir aus Erfahrungen lernen und wie können wir diese verallgemeinern?*

*„**AG 3:** Gewerkschaftliche Kämpfe politisch führen! Wie können wir den Druck in den Gewerkschaften aufbauen, um die Kämpfe politischer zu führen?"*

*„**AG 4:** Prekarisierung bekämpfen statt „gestalten"!"*

*„**AG 5:** Internationale Solidarität statt internationaler Konkurrenz!"*

*„**AG 6:** Gewerkschaften und Klimaschutzbewegung zusammenbringen!"*

*„**AG 7:** Umgang mit Rassisten und Faschisten im Betrieb"*

In der Strategiekonferenz konnten wir an folgenden vier Arbeitsgruppen teilnehmen.

1. „Der Kampf für einen neuen „Normalarbeitstag". Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollen Lohn- und Personalausgleich!",

2. „Gewerkschaftliche Kämpfe politisch führen! Wie können wir den Druck in den Gewerkschaften aufbauen, um die Kämpfe politischer zu führen?"

3. „Prekarisierung bekämpfen statt „gestalten"!"

4. „Umgang mit Rassisten und Faschisten im Betrieb"

In der Arbeitsgruppe, *„Der Kampf für einen neuen „Normalarbeitstag". Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!"* wurde sehr intensiv diskutiert und festgestellt, dass diese Forderung absolut an der Tagesordnung ist.

Allerdings wird von vielen befürchtet, dass das Kapital eine Arbeitszeitverkürzung zur Arbeitsverdichtung und damit Arbeitsplatzvernichtung und verschärfter Ausbeutung nutzen würde. Im Hinblick auf anstehende Massenentlassungen ist Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich allerdings die einzig sinnvolle Forderung innerhalb des kapitalistischen Ausbeutungssystems! Zumal es eine neue Tendenz gibt, dass KollegInnen ihre Arbeitszeit individuell auf Teilzeit verkürzen, weil sie den „normalen" Arbeitstag nicht mehr schaffen. Weg von der individuellen Arbeitszeitverkürzung, den gewerkschaftlichen Kampf um die tarifliche Arbeitszeitverkürzung und den politischen Kampf für ein Arbeitszeitgesetz mit Begrenzung auf 30 Stunden in der Woche, sechs Stunden am Tag führen! Leistungsverdichtung muss verhindert werden durch Aufstockung der Personaldecke.

In der Arbeitsgruppe *„Gewerkschaftliche Kämpfe politisch führen!",* berichtete ein kämpferischer Amazon-Arbeiter ausführlich über den Amazon-Streik Hier einige Stichpunkte zu seinem Bericht:

Insgesamt haben an dem Amazon-Streik 4 000 ArbeiterInnen teilgenommen. Davon waren 2 500 fest angestellte und 1 500 LeiharbeiterInnen. Der Organisationsgrad in diesem Betrieb war vor dem Streik bei 30 Prozent.

Der Streik war eine Art „spontaner" Streik und wurde nicht von der Gewerkschaft „ver.di", sondern von den kämpferischen Arbeitern bzw. dem Betriebsrat organisiert. Es gab auch kein Konzept oder eine Strategie für den Streik. Die Gewerkschaft „ver.di" hat sich nicht von Anfang an eingeschaltet, sondern viel später. Tatsächlich war die Gewerkschaft „ver.di" nicht für diesen Streik.

Der Arbeitgeber hat am Anfang Gespräche mit den Gewerkschaften verweigert bzw. blockiert. Amazon war auch nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes. Es gab so gut wie keine Solidarität von anderen Betrieben.

Die große Zahl der LeiharbeiterInnen (Leih-Tageskräfte) war ein Defizit für den Streik. Trotzdem haben die LeiharbeiterInnen den Streik aktiv unterstützt und daran teilgenommen.

Die Kontakte der MitarbeiterInnen innerhalb des Betriebs waren sehr schwach; ebenso die allgemeine Kampfbereitschaft bzw. das Bewusstsein.

Während des Streiks wurden die Paketsendungen auf andere Betriebe europäischer oder weltweiter Betriebe verlagert. Diese Flexibilität des Betriebs hat den Streik besonders schwer gemacht.

Nach den Diskussionen in dieser Arbeitsgruppe sind folgende Schlussfolgerungen gezogen wurden.

- Uneingeschränktes Streikrecht als Perspektive.
- Vernetzung mit anderen Betrieben / Solidarität organisieren.
- Konzepte, wie in den Betrieben, ähnlich Amazon,

politische Kämpfe vorbereitet werden können.
- Mit ArbeiterInnen transparente und offene Kommunikationswege schaffen.
- Gemeinsame Tarifverträge (Bund-Land-Kommune).
- Für das Prinzip der Abwählbarkeit von GewerkschaftsfunktionärInnen kämpfen.

Und jetzt Inputs aus der **Arbeitsgruppe *„Prekarisierung bekämpfen statt ‚gestalten' "*:**
- Momentan sind ca. zwei Millionen ArbeiterInnen in Deutschland in Leiharbeit beschäftigt.
- Prekäre Arbeitszeitgesetze, 1-€-Jobs, Hartz IV Gesetze usw. sind das Werk der SPD, die auch mit Hilfe der DGB-Gewerkschaften geschaffen wurden.
- Die DGB-Gewerkschaften haben bislang weder Leiharbeit noch Werkverträge bekämpft sondern mitgestaltet und mitgetragen.
- Kampagnen wie z.B. „Faire Leiharbeit" von der IGM sind Augenwischerei und Verschleierungstaktiken.
- Die prekären Arbeitszeitgesetze dienen dem kapitalistischen System bzw. dem Prinzip von „teile und herrsche".
- Hauptforderung soll das „Verbot der Leiharbeit!" sein.

Aus der **Arbeitsgruppe *„Umgang mit Rassisten und Faschisten im Betrieb"*** haben wir folgendes zu berichten:
In den Betrieben steigt die Unzufriedenheit. Faschistische Organisationen wie Zentrum Automobil e.V. stoßen in diese Lücke und greifen den Unmut in den Belegschaften auf. Wobei in der AG der Begriff „rechtspopulistisch" verwendet wurde. Angeblich sei die AfD nicht als faschistisch einzustufen, da sie keine paramilitärischen Organisationen hätte. Es wurde dann aber doch konkreter über den Umgang und mögliche Gegenwehr diskutiert. An erster Stelle steht das Starkmachen von kämpferischen Gewerkschaftsstrukturen, KollegInnen, die sich eindeutig positionieren, unterstützen, vernetzen. Verirrte KollegInnen nicht abstempeln, sondern die notwendigen Diskussionen um den Klassenstandpunkt führen. Es ist davon auszugehen, dass in den Betrieben bis zu 25 Prozent offen für faschistische Ideologie sind. Hier müssen wir lernen, wo die Grenzen verlaufen. Die Argumente müssen klar sein. Wie läuft das Co-Management der DGB-Gewerkschaften? Klar benennen: Die AfD ist faschistisch. Zentrum Automobil e.V. will ArbeiterInnen für ihre Ideologie gewinnen. Wir können erkennen, dass sie nach einem nahezu identischen Konzept für ihre „Betriebsarbeit" arbeiten wie die faschistische NSBO (nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) der NSDAP. Schon Anfang der 1990er ließen Nazis aus NPD, DVU u.a. verlauten, dass sie jetzt, nachdem sie „erfolgreich" in den Vereinen verankert sind, die Betriebe in Angriff nehmen. Kämpferische GewerkschafterInnen müssen hier klare Kante zeigen.
Der zweite Tag begann mit den Branchentreffen. In der Runde der IGM-KollegInnen wurde hauptsächlich die gerade anlaufende Tarifrunde besprochen. Und die unsägliche „Idee" noch vor Ende der Friedenspflicht einen Abschluss zu erreichen, ohne Arbeitskampfaktionen und vor allem auch ohne die Forderungsdiskussion in der Basis einzubeziehen. Als Antwort auf das so genannte Moratorium wurde ein Flugblatt zum Verteilen in den Betrieben vorbereitet. Das wurde dann tatsächlich zu Tausenden, zumindest in der Stuttgarter Region, verteilt.
Am zweiten Tag haben die AGs auch ihre Diskussions-Ergebnisse vorgestellt. Anschließend wurde die neue Koordinierungsgruppe für die Strategiekonferenz der VKG vorgeschlagen und gewählt. Alle vorgeschlagenen KandidatInnen, darunter auch ein junger Kollege von DiDF, wurden mit großer Mehrheit gewählt.
Wie schätzen wir diese zweitägige Strategiekonferenz der Gewerkschaftslinken ein?
Obwohl die OrganisatorInnen der Strategiekonferenz von sehr kämpferischer Gewerkschaftsarbeit sprechen und die DGB-Gewerkschaften unter Beschuss nehmen, hatten sie selber jedoch kein konkretes, überzeugendes Konzept, wie diese Arbeit gemacht werden muss bzw. wie die kämpferische Gewerkschaftsarbeit geführt und umgesetzt werden soll. Die Veranstaltung war politisch geprägt von etlichen trotzkistischen Gruppen und AnhängerInnen. Außerdem war der Einfluss der Partei „Die Linke" auch stark spürbar.
Die Veranstaltung war eine gute Möglichkeit, um sich auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen. Wir konnten unsere politischen Standpunkte einbringen und zur Diskussion stellen. Das bereichert unsere Betriebsarbeit, Agitation und Propaganda.
Klar ist, dass trotz alledem der Kampf für die Befreiung der ArbeiterInnenklasse vereint auf der Basis des Klassenstandpunkts geführt werden muss. Revolutionäre Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit in Verbindung mit der kommunistischen Partei für die sozialistische Revolution – Ja, das ist das einzig Richtige, was so schwer zu machen ist!
Dafür müssen wir uns organisieren! Der Wirklichkeit ins Auge geschaut, heißt das heute, sich mit allen kämpferischen und antikapitalistischen ArbeiterInnen, Werktätigen – zusammen zu schließen, um Verbesserungen zu erreichen UND niemals das Ziel aus den Augen verlieren!

Februar 2020

Klassenkampf gegen das System statt Resignation!
COVID-19 ist tödlich!

Die Corona-Pandemie geht um auf der ganzen Welt! Aktuell bestimmt sie unser aller Leben. Die Krise betrifft „uns" alle. Auf den ersten Blick macht der Virus also alle gleich. Doch betrifft sie uns wirklich alle gleich?

Wir müssen sofort wachsam werden, wenn die Regierungen weltweit dieses nationale „Wir" in den Mittelpunkt stellen. Der Virus macht uns keineswegs gleich. Er vergrößert und vertieft vielmehr die bestehenden Klassenunterschiede in allen Ländern.

Die Not von Werktätigen, die sowieso nicht genug haben, verschärft sich. Ganz besonders für Menschen, die auf der Straße leben, arme ältere Menschen und für Geflüchtete, die auf allerengstem Raum in Lagern hausen müssen.

Werktätige, die nun in wirklich „systemrelevanten" Sparten ihre Arbeitskraft jeden Tag auf den Markt tragen müssen, die Energie- ‚Wasser-, TransportarbeiterInnen, die Werktätigen im Gesundheitsbereich, die ArbeiterInnen in Lebensmittelläden usw. – sie sorgen im Angesicht einer tödlichen Gefahr für uns.

Für die Herrschenden insgesamt bedeutet diese weltweite Gesundheitskrise zwar eine kurzfristige Delle in der Entwicklung ihrer Welt- und Nationalwirtschaften aber sie ist zugleich eine willkommene Gelegenheit. Wie sie in dieser Krise agieren, zeigt uns das offen. Das ist eine Gelegenheit, um aus der Angst und dem Elend der Massen Kapital zu schlagen.

Die Pandemie wird von ihnen schamlos verwendet, um von allen anderen existierenden Problemen, wie beispielsweise von der sich schon vor der Pandemie abzeichnenden beginnenden zyklischen ökonomischen Krise abzulenken.

Mit dem Argument der Bekämpfung der COVID-19 Krise wird die umfangreichste **Kapital-Transferaktion in der Geschichte des Kapitalismus von unten nach oben** durchgeführt. Das Monopolkapital erhält von seinen Staaten die umfangreichste ökonomische und politische Unterstützung in der Geschichte. Während für die Werktätigen Arbeitslosigkeit und Almosen übrig bleiben.

Die COVID-19-Krise überdeckt die viel gefährlichere **Klimakrise**, die Bourgeoisie lässt sie freudig in Vergessenheit geraten. Die sich kraftvoll entwickelnde Massenbewegung gegen den Klimawechsel ist vorübergehend abgewickelt. Die gelben Gewerkschaften begründen ihre klassenversöhnlerische Politik nun ganz leicht mit „Wir sitzen alle in einem Boot" und „Gesundheit geht vor" Sprüchen. Sie mahnen die ArbeiterInnen ja nicht den Betriebsfrieden zu stören!

Unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Pandemie schaffen kapitalistische Staaten überall in der Welt massiv demokratische Rechte der Bevölkerung ab, werden Militarisierung, Kriegsvorbereitung und Faschismus vorangetrieben. Viele regieren praktisch mit Notstandsgesetzen.

Unsere gerechtfertigte Angst vor der Pandemie wird zum Versuchsfeld für die Herrschenden, um die Frage zu testen, wie weit können wir zum Beispiel im Falle des offenen imperialistischen Kriegs gehen, ohne dass das Volk murrt und aufbegehrt!

Die große Mehrheit der Menschheit – Opfer der menschenverachtenden Politik des Imperialismus

Die COVID-19-Pandemie ist für die ArbeiterInnen, BäuerInnen, für alle Werktätigen weltweit natürlich eine große, bedrohende Gefahr. Sie sind den Kosten-Nutzen-Plänen und Aktivitäten der herrschenden Regierungen ausgeliefert. Der Schutz der Interessen des Kapitals, die Aufrechterhaltung der zerstörerischen Gesetzmäßigkeiten der imperialistischen Ökonomie, stehen an erster Stelle ihrer Politik. In den abhängigen, unterdrückten Ländern ist die Situation für die unterdrückten Klassen am brutalsten. Hunderttausende Menschen werden elendig sterben.

Die Herrschenden versuchen die COVID-19-Krise auch dazu zu verwenden, die Geflüchteten an den Grenzen der Festung EU in Vergessenheit geraten zu lassen.

Grenzen auf für alle Geflüchteten!

Geflüchtete sind dieser Situation noch wehrloser der imperialistischen Abschottungspolitik ausgeliefert. Tausende Geflüchtete sitzen vor der bulgarisch-griechischen EU-Außengrenze in menschenunwürdigen Lagern fest.

Über 40 000 Geflüchtete leben unter erbärmlichsten Zuständen in den Lagern auf den verschieden griechischen Inseln in der Ägäis, darunter über zehntausend Minderjährige.

Sie sind brutalen Angriffen von Polizei, Armee und Faschisten ausgesetzt.

Tödlicher ist das kapitalistische System!

EU-Kommissionschefin von der Leyen versprach Griechenland finanzielle Hilfe in Höhe von 700 Millionen Euro. Das Geld soll allerdings vor allem in die paramilitärische Abwehr der Flüchtlinge investiert werden.

Das ist der ganz normale Kapitalismus!

Wir sind der Meinung, dass bei der aktuellen Gesundheitskrise, die tatsächlich vor allem die Werktätigen trifft, wir uns selber maximal schützen sollen!

Ja, eine gewisse Selbstisolation, möglichst wenig direkter Kontakt mit anderen Menschen tut Not. Und das fordern wir für alle Werktätigen! Nicht für das kapitalistische System, sondern für unsere eigene Gesundheit, für die Gesundheit der Werktätigen. **Für das kapitalistische System** ist unsere Gesundheit im Grunde **keinen Pfifferling wert!**

akin
Corona-Ausgabe
Aktuelle Informationen
Hergestellt von: Bewegung für Sozialismus (f6j)
Nummer 8a des 47.Jahrgangs am 1.April 2020
Corona-bedingt erscheint diese Ausgabe nur digital. Deswegen hat sie auch keine reguläre Nummer der analogen Ausgabe. Wir hoffen, bald wieder auch auf Papier erscheinen zu können. Achtung, die letzten 11 Seiten dieser Ausgabe sind aus technischen Gründen als Beilage gestaltet: Ein überlanger, aber nicht unspannender Essay
Der derzeit recht einsame Redakteur
Geht ja doch!
Eingeschränkt, weil Abstand haltend und brav vermummt sowie polizeibelästigt gab es Proteste auf den Straßen gegen Flüchtlingspolitik und Überwachungsstaat in Österreich und Deutschland.
WIEN ÜBERNIMM VERANTWORTUNG
GEMEINSAM FÜR EINE SOLIDARISCHE STADT
SEEBRÜCKE
SOLIDARITÄT
TROTZ CORONA
REFUGEES WELCOME
Keinen Bock auf Polizeistaat und Überwachung zu haben ist nicht unsolidarisch sondern fucking notwendig
GRENZEN AUF -
ALLE LAGER EVAKUIEREN!
- SOLIDARITÄT TROTZ CORONA -
Oben: Wien, 2-Personen-Aktion der "Seebrücke" 21.3.; links: Wien, Praterdemo, 29.3.; rechts: Flensburg, 26.3.; unten: Berlin, 28.3.
Nur die Aktion in Flensburg war erlaubt.

Wenn die Regierung und das Kapital von der Gesundheit reden, geht es ihnen um die Gesundheit ihrer Wirtschaft; ihrer Maximalprofite! Die von ihnen in dieser Krise geschnürten Billionen-Dollar-Sofortmaßnahmen-Pakete reden eine klare Sprache!

Würde es den Regierungen tatsächlich um die Gesundheit der Menschen gehen, hätten sie schon Anfang Dezember 2019 bei Ausbruch der Pandemie, alle Werktätigen, außer in den lebensnotwendigen Bereichen mit vollem Lohnausgleich nach Hause geschickt!

Dann hätten sie vorher das Gesundheitswesen nicht zum größten Teil privatisiert und durch Kürzungen kaputt saniert! Dann hätten sie vorher ihre Intensivmedizin so organisiert, dass in einer Pandemie keine Notsituationen entstehen würden! Nicht einmal Schutzmasken und Schutzkleider für IntensivmedizinerInnen sind vorrätig. Und jetzt verdienen sich Konzerne an der Produktion der benötigten Materialien mit horrenden Preisen eine goldene Nase!

Das ist das ganz normale alltägliche kapitalistische System. Dieses System ist der viel tödlichere Virus als alle natürlichen Viren zusammengenommen!

Von diesem System ein Gesundheitssystem zu erwarten, dass für alle und unentgeltlich da ist, in dessen Mittelpunkt nicht der Profit sondern die Gesundheit aller Menschen steht, ist eine Illusion!

Nun reden viele davon, dass in Zukunft nichts mehr so wird, wie bisher! Das ist ein frommer Wunsch und Betrug!

Solange dieses System, das auf der maximalen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und der Naturressourcen aufgebaut ist, nicht durch Revolutionen zerschlagen wird, solange wird alles so weitergehen.

Also: Kein Vertrauen in den Staat der Bonzen und Konzerne!

Schützen wir uns vor der Pandemie selber! Organisieren wir die Solidarität der Werktätigen untereinander!

Lassen wir die Fabrikherren in ihren Fabriken allein!

Unsere Forderung ist: Alle Betriebe in nicht lebensnotwendigen Bereichen sofort schließen!

Voller Lohnausgleich für alle Werktätigen!

Maximaler Gesundheitsschutz für alle Arbeitenden! Kürzere Schichten! Mehr Lohn! Ohne Kampf wird das nicht gehen!

Wenn die übergroße Mehrheit der Werktätigen nicht bei ihrer Arbeit erscheinen, dann wird es aber gehen! Das ist ein Muss für unsere Gesundheit! Dann werden die Herrschenden sehen, dass Profit sich ohne Arbeit nicht von selbst generiert!

Wir müssen – auch in dieser Situation – den Kampf für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung – für den Sozialismus – konsequent weitertreiben. Wir müssen mutig bleiben und jeden Tag aufs Neue unsere Klassengeschwister **davon** überzeugen: Dieses System hat keine Zukunft für **uns!**

Für den Aufbau der Kommunistischen Partei! Sozialismus oder Untergang in die Barbarei!

Flugblatt, April 2020

Profite gehen vor – Corona hin Corona her!

In unserer Fabrikzeitung zum 1. Mai und im Flugblatt „COVID-19 ist tödlich" haben wir versucht zur aktuellen Situation unsere Einschätzung zu entwickeln. Die Situation ist ausgesprochen komplex und schwierig insgesamt zu bewerten.

Auf der einen Seite die Pandemie, die wissenschaftlich noch nicht gänzlich erfasst ist, die Verläufe und Ausmaße annimmt, die nicht vorhersehbar sind. Wo wir nur bedingt wissenschaftlich-politisch argumentieren können, dieses oder jenes Vorgehen ist notwendig, und andere sind völlig falsch. Das ist schwierig zu bewerten.

Auf der anderen Seite die Herrschenden, deren Regierungen, die über das Leben von Milliarden von Menschen entscheiden. Mit unglaublich massiven Eingriffen in das öffentliche Leben werden im Namen des Kampfes gegen die Pandemie unsere demokratischen Rechte, die wir und die ArbeiterInnenklasse vor uns – in über hundert Jahren erkämpft haben, außer Kraft gesetzt.

Unser Maßstab kann auch hier nur der sein, wir leben nach wie vor in einer Klassengesellschaft. Alle Entscheidungen der Regierung müssen wir immer von dieser Tatsache ausgehend beurteilen. Aktuell ändert sich weltweit die Situation ständig.

Wir müssen klar den Klassenstandpunkt der ArbeiterInnenklasse und Unterdrückten entgegenstellen. So wie es überall von fortschrittlichen, revolutionären und kommunistischen Bewegungen gemacht wird. Wir verteidigen demokratische Rechte, und wir fordern mehr Rechte für den vollständigen Schutz der werktätigen Bevölkerung.

Wir stellen uns vehement gegen Notstandsregelungen, Ausnahmezustände, die nicht die Bekämpfung des Coronavirus zum Ziel haben, sondern die Kontrolle und Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung.

Pandemie und ökonomische Krise

Der sich in der kapitalistischen Weltwirtschaft ab der zweiten Hälfte 2019 abzeichnende Beginn einer neuen Krisenperiode hat sich durch den Einfluss der unerwarteten Pandemie dramatisch beschleunigt. Dadurch ist die Weltwirtschaft von heute auf morgen in einer schweren Rezession gelandet.

Für die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), K. Georgieva sei sie *„viel schlimmer als die globale Finanzkrise von 2008"*. In einer Videokonferenz sprach sie von der *„dunkelsten Stunde der Menschheit"* und von *„einer Krise wie keine andere."* Zutreffend ist mit Sicherheit, dass die Coronakrise eine schwere Erschütterung der Weltwirtschaft mit sich bringt. *„Dunkelste Stunde der Menschheit"* ist nur in der Logik von Ökonomen der imperialistischen Weltwirtschaft zutreffend. Der Faschismus, das imperialistische System, seine Kriege und Völkermorde haben noch viel barbarischeres Menschheitsunheil angerichtet.

Anfang März, als die Coronakrise von der WHO (Welt Gesundheitsorganisation), übrigens zu spät, zur Pandemie erklärt wurde, begann die dramatische Talfahrt der internationalen Börsen.

In allen Börsenzentren stürzten die Aktien ab. In allen Sparten, außer der Hygiene- und Medizinsparte, verloren die Aktienkurse über die Hälfte ihres nominellen Werts. Aufgrund der extremen Ausweitung der Corona-Pandemie, insbesondere in den imperialistischen Zentren, Europa, USA, und im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der schnellen Ausbreitung, wurde das öffentliche Leben teilweise lahmgelegt. Es kam zur Stilllegung der Produktion in vielen Sparten und zur Schließung von vielen mittleren und kleinen Betrieben.

In Folge des durch großangelegte Leerverkäufe enormen Aufschwungs, Wetten auf sinkende Kurse, die gewaltige Gewinne auswarfen und der von den Regierungen sehr schnell festgezurrten hunderte von Milliarden beinhaltenden „Hilfsprogramm-Pakete" wurde der völlige Börsencrash erstmal verhindert.

Deutsche RegierungspolitikerInnen beschwerten sich über Finanzgiganten wie Bridgewater (USA), die auf fallende Kurse von deutschen Unternehmen spekulierten und damit riesige Profite scheffelten.

Gleichzeitig standen deutsche Aktienprofiteure den amerikanischen Spekulanten in nichts nach und stiegen ebenfalls sofort groß ins internationale Leerverkaufsgeschäft ein. Deutschland hat großes Interesse, ein EU-Verbot von Leerverkäufen zu verhindern.

Wie in jeder Krise werden auch in dieser sehr einschneidenden „Corona-Wirtschaftskrise" mächtige internationale Finanzoligarchen als Gewinner hervorgehen. Klar, viele Firmen und Konzerne werden Pleite gehe, bzw. die BesitzerInnen werden wechseln. Aber das ist kein Untergang des imperialistischen Wirtschaftssystems.

Doch nicht nur der Finanzsektor rutscht ab. Die reale Wirtschaft geht der größten Schrumpfung seit vielen Jahrzehnten entgegen. Die OECD geht von einem globalen BIP-Rückgang von 1,5 Prozent und einer

Schrumpfung des Welthandelsvolumens um 3,75 Prozent für das Jahr 2020 aus.

Aktuelle Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gehen davon aus, dass weltweit *„**etwa 2,7 Milliarden der insgesamt 3,3 Milliarden Arbeitskräfte** von Betriebsschließungen, Einschränkungen im Betriebsablauf und Unterbrechungen im Wirtschaftskreislauf“* aufgrund von Covid-19 betroffen werden. Die Arbeitslosigkeit wird enorm steigen. Die Folgen werden für die ArbeiterInnen und Werktätigen unvorstellbar dramatisch sein. [1]

Die Herrschenden versuchen, ihr System zu retten…

Die Schrumpfung des Welthandelsvolumens ist ein Schlag für den Exportweltmeister Deutschland! Nun springt der Staat wieder ein, die Schulden und Kreditausfälle der Monopole, der Wirtschaft zu übernehmen – wie schon in der Bankenkrise. Nebenbei wird die angekündigte Regulierung der Banken auf unbestimmte Zeit verschoben. Die GroKo-Regierung verteilt großzügig die von den Werktätigen abgepressten Steuergelder, vor allem an das Großkapital. Den Werktätigen bleiben Almosen übrig. Das Kurzarbeitergeld wird aus den Reserven der Bundesanstalt für Arbeit gezahlt – also aus einer sogenannten „Solidarkasse“, in die die Werktätigen zwangsweise einzahlen müssen.

Die Kosten der Corona-Krise werden auf dem Rücken der ArbeiterInnenklasse abgewälzt. Das bedeutet für die Zukunft: Der Sozialraub zu Gunsten des Kapitals wird unter anderem durch das Tot-Sparen von öffentlichen und sozialen Einrichtungen weiter vorangetrieben.

Die bürgerlichen Wirtschaftsprognosen für Deutschland gehen von einem 4,2 -prozentigen Minuswachstum für 2020 aus. Aber wir werden getröstet: bereits 2021 würde sich die Wirtschaft erholen, ein 5 -prozentiges Wachstum wird vorhergesagt.

Wie in jeder Krise fressen die Großen die Kleinen. Einige Mittelstandsunternehmen werden geschluckt. Kleinunternehmer, Einzelhändler vieler Länder gehen bereits jetzt schon in die Pleite. Aber die großen Konzerne und Monopole werden am Ende gewinnen. Amazon und andere Versandunternehmen machen Milliardenprofite. Andere ergreifen zur Profitsicherung eigene Maßnahmen: Adidas war so dreist keine Miete mehr zahlen zu wollen. Das sollte unsereins sich mal erlauben.

… aber auf Kosten der ArbeiterInnen, der unterdrückten Völker!

Welche Maßnahmen-Pakete auch immer die Herrschenden noch schnüren werden, es geht ihnen darum, das kapitalistische System am Laufen zu halten. Die ArbeiterInnenklasse, die Werktätigen werden nur gebraucht, dass sie das System durch Ausbeutung ihrer Arbeitskraft tragen. In diesem System geht es um Profit, nicht um den Menschen!

In den imperialistischen Staaten wird wie oben beschrieben, die Krise auf die Werktätigen abgewälzt, die Erwerbslosigkeit wird horrend ansteigen, Wohnungslosigkeit und Armut zunehmen. Aktuell werden vor allem die abhängigen, armen Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika durch die Corona-Krise ins tiefste Elend gestoßen.

Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung wird in noch dramatischere Armut gezwungen, Millionen von Menschen werden an der Seuche und ihren Folgen sterben. Bei den versprochenen Almosenhilfen für diese Länder geht es den imperialistischen Mächten nicht um die Rettung von „Menschenleben“, wie sie heuchlerisch behaupten, sondern vor allem darum, eine etwaige Flüchtlingsbewegung in Richtung der imperialistischen Zentren zu verhindern. Wie sie mit den Flüchtlingen umgehen, haben wir kürzlich an der türkisch-griechischen Grenze, im ägäischen und Mittelmeer gesehen!

Zwischenimperialistische Widersprüche steigen an

Die Corona-Krise hat zu einer enormen Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz geführt. Diese wird **zum einen** mit Wirtschafts- und Wissensblockaden, also mit „friedlichen“ Mitteln ausgetragen. Das Krisenmanagement erfolgt vorwiegend auf nationaler Ebene und in extremer Konkurrenz unter den Staaten. Lösungen werden weniger in internationaler Zusammenarbeit gesucht als in nationalen Alleingängen. Die Schließung der Grenzen verstärkt bereits jetzt das nationalistische Denken. Ein von oben angerufenes „Wir“ ist immer ausschließend gedacht.

In Europa haben sich einmal mehr die hohlen Phrasen

1 Tagesspiegel, 08.04.2020

von **„europäischer Einheit und Solidarität“** selbst entlarvt. Die Grenzen unter den europäischen Staaten wurden dicht gemacht.
Als Italien und Spanien bereits im zuspitzenden Corona-Krisenstatus waren, verweigerte beispielsweise die deutsche Regierung erstmal Ausfuhren medizinischer Hilfsmittel, wie Schutzbekleidung etc. Das getrennte Vorgehen in den Maßnahmen zur Bekämpfung der Epidemie ist ein weiteres Armutszeugnis.
Der Streit darüber, welche Werkzeuge die EU nutzen soll, lässt weitere Widersprüche aufbrechen: Seien es Eurobonds, also eine Verteilung der Haftung für die Kredite auf alle EU-Staaten, oder Kredite im Rahmen des EMS (Europäischer Stabilitäts-Mechanismus/Euro-Rettungsschirm) und die Frage, wie vielen Milliarden Euro zur Eindämmung der Wirtschaftskrise in die vor allem betroffenen EU-Wirtschaften Italien, Frankreich und Spanien gepumpt werden sollen. Wenn eine Einigung doch noch in Richtung Eurobonds erfolgen sollte, dann vor allem getrieben von der Konkurrenz des deutschen Imperialismus zum chinesischen und russischen Imperialismus. Denn beide Staaten gehen jetzt schon auf Welttour, um sich in die Ökonomien der geschwächten Konkurrenten, z.B. Spanien und Italien einzukaufen.
Gleichzeitig betreibt die deutsche Wirtschaft eine Verschärfung des Außenwirtschaftsrechts, um wesentliche „deutsche Wirtschaftsinteressen“, Infrastruktur, Bevölkerungsversorgung, Medizintechnik, Energie, 5 G-Netz zu schützen und geballtes Eindringen ausländischen Kapitals aufzuhalten. Angesichts der schwierigen Lage der Weltwirtschaft ein für die Herrschenden gewagtes Unterfangen, denn das kann auch zu einer Schwächung der deutschen Wirtschaft führen. Die chinesischen Direktinvestitionen in Deutschland sind im letzten Jahr bereits um ein Drittel gesunken.
Es ist kein Zufall, dass die eskalierende Situation an den **europäischen Außengrenzen**, die sich verschärfende Lage von Geflüchteten in Libyen, im Mittleren Osten wie auch der rassistische Anschlag in Hanau in den Medien kaum mehr eine Rolle spielen. Das „Angebot der Bundesregierung, in „naher Zukunft“ 50 „unbegleitete“ Kinder/Jugendliche aus Lagern auf den griechischen Inseln auszufliegen, ist zynisch.
Einige EU-Staaten, darunter Deutschland, hatten gnädig vor Ausbruch der Krise erklärt, insgesamt 1 500! Kinder aus dem Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos aufzunehmen. Aus einem Camp, das für 2 000 Flüchtlinge angelegt ist, wo aber mehr als 20 000 Menschen zusammengepfercht leben müssen! In Zeiten von Corona! Was für eine widerliche Heuchelei aus den Mündern derer, die ständig von der „Europäischen Wertegemeinschaft“ reden.
Zum anderen werden ihre Widersprüche mit Kriegen ausgetragen. Die Kriege in Syrien, im Jemen, in allen weiteren Kriegsländern gehen unvermindert weiter. Die imperialistischen Widersprüche werden ganz offen ausgetragen in unterschiedlichen Konstellationen. In Libyen unterstützen die verschiedenen imperialistischen Machtgruppierungen in gegenseitiger Konkurrenz unterschiedliche Herrscher und tragen ihre Widersprüche militärisch über diese aus.

Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin – für ein Gesundheitssystem, welches den Menschen statt dem Profit dient!

Die aktuelle COVID-19-Pandemie zeigt eins ganz offen: Obwohl seit Jahren klar sein muss und viele VirologInnen und WissenschaftlerInnen vorausgesagt haben, dass es zu einer weiteren, auch weltweiten Pandemie kommen kann, die nicht nur Ostasien oder den afrikanischen Kontinent betrifft, sind die Herrschenden nicht vorbereitet.
In allen Ländern, die die Pandemie erfasst hat, wurden die Auswirkungen des Corona-Virus in unterschiedlichem Ausmaß nicht ernst genommen und verharmlost. Am 24. Januar traten in Europa die ersten drei Fälle der Corona-Erkrankung auf. Aufgrund des Verlaufs der Pandemie in China hätte die GroKo-Regierung sofort zum Schutz der Bevölkerung weitreichende Maßnahmen treffen können und müssen. Aber nichts davon, nicht einmal medizinisches Material wurde beschafft.
Die Krise trifft dabei auf ein System, das in den letzten Jahrzehnten von drastischen Einsparungen und Kürzungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sozialem geprägt ist, die im Namen des Marktes, des Profits, des Standorts durchgesetzt wurden.
Die Kapitalverwertung im Gesundheitssektor als profitablem Wirtschaftsstandort hat extrem zugenommen. Indem der Staat sich aus den kommunalen, städtischen Betrieben immer mehr zurückgezogen hat, wurde der Markt weit geöffnet: Für privatkapitalistisch betriebene Pflege- und Altersheime, Krankenhäuser, Pflegedienste. Großinvestoren haben diesen Gesundheitssektor zu einem lukrativen gewinnsteigernden Industriezweig ausgebaut.
Die Gesundheit, das höchste Gut eines jeden Menschen, ist in der kapitalistischen Wirtschaft den Marktgesetzen überlassen. Eine Vorausplanung für eine etwaige Pandemie, z.B.: Die Bereithaltung von Intensivmedizinstationen in großer Zahl, auch wenn sie im Normalfall nicht in dieser Menge gebraucht werden, ist dringend notwendig. Aber das ist nun mal nicht profitabel!

Das Gesundheitswesen wurde zur Gewinnmaximierung regelrecht ausgeblutet. Verbunden ist diese Zuspitzung im Gesundheitssektor mit enormer Arbeitsverdichtung, extremem Personalmangel und gleichzeitiger unterirdischer Entlohnung der Beschäftigten. Über 70 Prozent sind Frauen, und Niedriglöhne sind der Standard. Die Gesamtsituation führt in der akuten Corona-Krise zu bedrohlichen Zuständen für die erkrankten Menschen. Es fehlen PflegerInnen und ÄrztInnen. Im drittreichsten Land der Erde gibt es nicht genügend Gesichtsschutz und Schutzkleidung! In der Praxis der letzten Monate führte das zur Infizierung von tausenden (wahrscheinlich zehntausenden) Beschäftigten im Krankenhaus und in den Pflegeheimen. Was nutzt da die Beschaffung von Beatmungsgeräten, wenn die Menschen die sie bedienen, krankheitsbedingt ausfallen?

Auf der einen Seite die geballten Milliarden-Euro-Spritzen für die Großindustrie, aber im 750 Milliarden Euro Maßnahmenpaket sind weder Lohnerhöhung noch Zuschläge für ArbeiterInnen in den von diesem Staat seit neuestem als systemrelevant eingestuften Berufen und Branchen vorgesehen. Das betrifft die ArbeiterInnen im Gesundheitswesen, im Einzelhandel, in der Logistik und der Kinderbetreuung. Hastig wurden Provisorien zum Schutz für ArbeiterInnen im Gesundheitswesen, Einzelhandel, Waren- und Menschen-Transport gebastelt. Und dann wird applaudiert… Schön! Aber das ist völlig unzureichend.

Die 500 Euro Bonusgeschenke für Beschäftigte im Gesundheitssektor und auch im Einzelhandel sind nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein und reine Propagandaveranstaltungen.

Gleichzeitig hat die Bundesregierung „für bestimmte systemrelevante Berufe" am 10. April eine Notverordnung durchgejagt. Diese beinhaltet krasse Abweichungen vom Arbeitszeitgesetz: Arbeitszeiten von zwölf Stunden (!!) am Tag, bis zu 60 Stunden die Woche, Sonn- und Feiertagsarbeit und nur neun Stunden Ruhezeit zwischen Feierabend und neuem Arbeitstag. Zunächst wird die Verordnung bis Ende Juni befristet. Im Rahmen des Kleinstaaten-Föderalismus versucht jedes Bundesland seine eigenen Ermächtigungsgesetze durchzubringen.

Der ganze Verlauf der Krisenentwicklung zeigt einmal mehr, dass in der kapitalistischen Ökonomie die ArbeiterInnen die entscheidende Kraft sind, die das ganze System am Laufen halten. Die ArbeiterInnen, die produzieren, die LKW-FahrerInnen und die Beschäftigten im Handel, die für die Verteilung der Ware und den Verkauf verantwortlich sind. Die Beschäftigten im Gesundheitssektor, die für unsere Reproduktion und den Erhalt unserer Arbeitskraft so notwendig sind. Es sind nicht die Börse und die SpekulantInnen!

Ihre Sicherheit bedeutet für uns Repression

Einheit haben die Herrschenden nur darin, dass **massive Einschränkungen der demokratischen Grundrechte** täglich neu beschlossen und weiter ausgehebelt werden: Versammlungsverbote, massive Überwachung und Weitergabe von z.B. Handydaten, das sogenannte „Tracking" oder die Robert Koch Institut – Datenspende App. Unter dem Vorwand der Krankheitsbekämpfung werden die gläsernen Werktätigen allseitig überwacht und kontrolliert.

Unter dem massiven Druck von Finanzkapital und Monopolen sollen die bisherigen einschneidenden Eingriffe in die Wirtschaft, Geschäfts- und Betriebsschließungen, zurückgefahren werden. Selbst wenn die Zahlen der infizierten Menschen und die Todesfälle immer noch dramatisch steigen.

In der Diskussion über die „Ausstiegsszenarien", der Aufhebungen der Beschränkungen werden Feindbilder wie „die Risikogruppen" projiziert. Alte Menschen, Menschen mit schweren Vorerkrankungen, Menschen mit Behinderungen werden ins Visier genommen. Von PolitikerInnen und bürgerlichen WissenschaftlerInnen wird eine „Ethik-Debatte" geführt, was wiegt schwerer: Die Stabilität der kapitalistischen Ökonomie oder eine anfällige Gruppe von Menschen. Das Pendel schwingt eindeutig hin zu ersterem.

Parallel dazu führt der deutsche Rassismus im öffentlichen Raum und im Netz eine Hetze gegen Menschen, die als „asiatisch" markiert werden. Tätliche und verbale Angriffe häufen sich. Wie immer wird gegen eine Minderheit agiert, um ein Feindbild zu produzieren.

Racial Profiling bei der Kontrolle von Ausgangsbeschränkungen oder -sperren nehmen bereits wieder massiv zu. Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren hat der Staat ja schon lange geplant und auch mehrfach praktiziert. Jetzt geht es um einen weiteren Ausbau der Befugnisse der Armee gegenüber den BürgerInnen. 15 000 SoldatInnen werden eingesetzt, davon etwa 5 500 für „Absicherung" und „Schutz". 6 000 SoldatInnen sollen für polizeiähnliche Aufgaben militärische Einsätze leisten.

10. April 2020

Wir haben weitere wichtige Themen im Rahmen dieses Artikels nicht ansprechen können, so die Rolle der Pharmaindustrie bei der Entwicklung von Medikamenten gegen SARS-Viren, den Zusammenhang zwischen der Vernichtung unserer Lebensgrundlagen, der Natur und der Entwicklung neuartiger Viren usw. eben sowenig wie auf die Situation in verschiedenen Ländern weltweit und die spezifischen Probleme, politischen Strategien der Herrschenden und die Widerstände der Werktätigen weltweit.

Faschistischer Anschlag in Hanau

Solidarität mit Opfern und Angehörigen! Wut Empörung Widerstand!

Mittwochnacht hat der Nazi-Täter, T. Rathjen in Hanau ein faschistisches Blutbad verübt. Neun Menschen wurden brutal hingerichtet und viele schwer verletzt.

Wir gedenken

Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Fatih Saraçoğlu, Vili Viorel Pãun, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Gökhan Gültekin, Kalojan Velkov

Wir übermitteln den Familien, Angehörigen, FreundInnen und den verletzten Opfern unser tief empfundenes, **solidarisches Mitgefühl**. Die spontanen Kundgebungen am Donnerstagabend in Hanau und vielen Städten gegen diesen rassistischen Anschlag und die Solidaritätsbotschaften an die Betroffenen geben hoffentlich ein wenig Kraft diese schwere Zeit durch zustehen.

Die VertreterInnen des deutschen Staates vergießen nun viele Krokodilstränen. Es wird so getan, als ob dieser Staat nichts mit diesen Nazi-Morden zu tun habe. Dabei sind diese Morde nur ein Ergebnis des rassistischen **völkischen Gedankenguts**, mit dem dieser Staat nie gebrochen hat. Nazi-Verbrecher haben nicht nur den bundesrepublikanischen Staat in führenden Positionen mit aufgebaut, sondern überlebende jüdische Menschen, Roma/Sinti sowie italienische, polnische Zwangsarbeiter waren auch nach 1945 rassistischen Attacken ausgesetzt. 1959/1960 ging eine antisemitische Welle von Angriffe auf JüdInnen und Schändungen jüdischer Friedhöfe durchs Land.

Mit der zunehmenden Arbeitsmigration in die BRD in den 1960 Jahren war die **verschärfte Ausbeutung** der Arbeitskraft und die **Nicht-Gleichberechtigung** der ArbeiterInnen aus der Türkei, Marokko, Algerien, Portugal usw. immer verbunden mit **unsäglichen Hetzkampagnen** wie „Ausländerstopp", „Das Boot ist voll" und „Asylantenflut".

Der **antimuslimische Rassismus** wurde gezielt geschürt. Flankiert wurde das mit tätlichen Angriffen auf „Wohnheime" und auf als „nicht deutsch" klassifizierte migrantische Menschen. 1980 verübte die Nazi-organisation „Wehrsportgruppe Hoffmann" den Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest. 13 Menschen wurden ermordet.

In den 1990er Jahren bestimmte mit der Einverleibung der DDR massiv **aufgeputschter, übelster deutscher Nationalismus** und **Rassismus** den Alltag von MigrantInnen.

Grausame **faschistische Pogrome und Anschläge** in Hoyerswerda, Hünxe, Rostock, Mölln, Solingen, Lübeck und an vielen anderen Orten. Die Täter wurden stets „milde" bestraft. Die migrantischen Communities hatten viele Opfer zu beklagen. Im Juli 2000 der immer noch nicht aufgeklärte, antisemitische Sprengstoffanschlag in Düsseldorf/Wehrhahn.

Am 9. September 2000, vor genau 20 Jahren, begann das Terrornetzwerk NSU seine barbarische Mordserie unter Aufsicht des Verfassungsschutzes quer durch Deutschland.

Enver Şimsek, das erste Opfer wird auf offener Straße exekutiert. Seine Angehörigen, wie auch die der weiteren acht migrantischen Opfer der NSU-Morde werden von den staatlichen Behörden gnadenlos als „Täter" verdächtigt, verfolgt und drangsaliert. Bis 2011 der NSU auffliegt.

2015 in der „Flüchtlingskrise" werden Untergangsszenarien an die Wand gemalt, unzählige Geflüchteten-Unterkünfte von Nazis angegriffen. Es folgen die Menschenjagd in Chemnitz von Pegida und Konsorten, der antisemitische und rassistische Anschlag in Halle 2019.

Diese Anschlag- und Mordserien gehen bis heute weiter. **Jetzt in Hanau!** Ziel ist das **migrantische Leben** in all seinen Formen zu treffen, bzw. unmöglich zu machen. Angst und Schrecken zu verbreiten. Menschen zu vertreiben oder gar zu vernichten. Der ganze deutsche Rassenwahn.

Die geistigen BrandstifterInnen und Biedermänner/frauen verantwortlich für Hetze, Rassismus und Antisemitismus in dieser langen Reihe sind in bürgerlichen Parteien und Medien auszumachen. Die Nazis fühlten sich bestärkt und führten in diesem Klima aus, was die Ideologen vorgaben. **Der Staat schaute den Morden zu oder mordet mit.**

Wer diese Zusammenhänge nicht sehen will, verharmlost den faschistischen Mob und die faschistische Gefahr.

Nach dem Anschlag in Hanau passiert nun zweierlei: Einerseits werden dem Mörder Wahnvorstellungen angedichtet. Die Mordaktion wird sozusagen als die Einzeltat eines „Irren" hingestellt. Damit werden die Fragen nach organisatorischen Hintergründen, nach Netzwerken von vorneherein ausgeblendet.

Dabei ist der Mörder ein ganz normaler, deutscher, rassistischer Bürger. Die **Mordtat ist eine Gesinnungstat**, ausgeführt von jemandem, der sich nicht nur in seinem rassistischen Umfeld, sondern in seinem **faschistischen Netzwerk** sicher und wohl gefühlt hat.

Die sich nun ach so „betroffen" gebenden „Sicherheitskräfte" des Staates haben diesen Mörder einfach frei agieren lassen. Denn sein „Manifest" kursierte, wie sich herausgestellt hat, schon seit Monaten im Internet. Durchaus war der Täter auch Behörden bekannt. So wurde von staatlicher Seite auch beim NSU-Komplex gehandelt. Die angeblich mit Haftbefehl gesuchten Mörder des NSU-Trio konnten trotzdem jahrelang nicht festgenommen werden?!

Andererseits stellen sich die bürgerlichen Politiker aller Couleur hin und halten Brandreden gegen Rassismus und Faschismus. Jahrzehnte lang wurden die **linke politische Bewegung**, der Kommunismus **zum Hauptfeind** stilisiert, hingegen die **faschistischen Umtriebe bagatellisiert** und nicht verfolgt.

Jetzt plötzlich präsentieren diese PolitikerInnen sich als VorkämpferInnen gegen Rassismus und den „Rechtsterrorismus".

Zum Beispiel Innenminister Seehofer der in der „Migration die Mutter aller Probleme sieht".

Oder Ministerpräsident Bouffier. Er hat im hessischen Parlament durchgedrückt, dass die Akten zum NSU, zum Verfassungsschutzbeamten A. Temme, der im Internet-Cafe in Kassel während des Mordes an Halit Yozgat anwesend war, für 120 (!!!) Jahre gesperrt wurden.

Das alles ist nichts als eine unendliche Heuchelei. Sie soll nur dazu dienen, dass der Zusammenhang von Rassismus und Faschismus mit dem bürgerlichen Staat und dem Kapitalismus verdeckt wird.

Rassistisches Gedankengut ist eine der ideologischen Grundlagen des bürgerlichen Staates, das sich auch überall **institutionell** niederschlägt. Durch die Medien wird es jeden Tag in verschiedenen Formen immer wieder in die Köpfe transportiert. Der Faschismus wiederum ist eine **Herrschaftsform der Bourgeoisie**. Die AfD ist eine Option des Staates. Die AfD ist eine faschistische Partei, als solche gehört sie verboten. Aber faschistische oder rassistische politische Positionen sind in offener oder verdeckter Version in fast allen Parteien vertreten.

Unfassbar und ein Schlag ins Gesicht **von Opfern und antifaschistischen AktivistInnen** sind die jetzt staatlich geforderten Maßnahmen: Erweiterte Befugnisse für Verfassungsschutz und Polizei aber keine Einschränkung beim privaten Schusswaffenbesitz. Gestärkt werden sollen die Behörden, denen in den letzten Jahren Unterstützung und Mittäterschaft mit faschistischen Mörderbanden nachgewiesen werden konnten! Die Behörden, die belegbar antifaschistischem und anderem fortschrittlichen Widerstand mit brutaler Gewalt begegnen. Die Nazi-Morde und die zunehmende Faschisierung zeigen noch einmal, was Bertolt Brecht in den 1950er Jahren sagte: ***„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!"***

Gegen jede Form des Rassismus und gegen den sich entwickelnden Faschismus führt die **anti-rassistische und antifaschistische Bewegung** seit Jahren einen hartnäckigen Kampf. Diesen müssen wir verstärken und mehr vernetzen. Wir können, sollen und werden uns nicht auf diesen Staat verlassen. **Wir müssen uns selber schützen und gegenseitig unterstützen.** Dieser Kampf kann aber nur erfolgreich geführt werden als Kampf gegen den bürgerlichen Staat und gegen den Kapitalismus. Lassen wir uns von den Krokodilstränen der heute „Mächtigen" nicht täuschen.

Staat und Nazis Hand in Hand!
Organisieren wir den Widerstand!
Schließen wir uns in den antirassistischen, anti-faschistischen Reihen zusammen!
Zusammen für eine andere Gesellschaft – frei von Unterdrückung und Ausbeutung!
Für den Sozialismus und Kommunismus!

Flugblatt, Februar 2020

Hanau… Faschistischer Anschlag und Heuchelei der Herrschenden

Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie wurde auf einen Schlag in Politik und in den Medien, wie vieles andere auch, die faschistische Bluttat in Hanau in den Hintergrund gerückt. Die gleich nach dem Anschlag aufflammende gesellschaftliche Aufmerksamkeit – weggebrochen.

Newroz Duman von der Initiative „19. Februar Hanau" in einem Interview auf die Frage, wie sich die Corona-Krise auf die Angehörigen und Opfer auswirkt: *„Unterstützende Angebote brechen zusammen, ohne dass es einen Notfallplan gibt. Dabei ist eine intensive Unterstützung in den ersten Monaten nach so einem Einschnitt besonders wichtig. Die Zahl der Traumatisierten dürfte insgesamt im dreistelligen Bereich liegen. Es gibt eine ganze Reihe von Hanauern, die knapp überlebt haben. Viele andere haben Verwandte und enge Freunde verloren. Das Virus muss selbstverständlich ernst genommen werden, aber derzeit verdrängt es alles andere – auch die derzeitige Gewalt gegen Flüchtlinge an den europäischen Außengrenzen."* [1]

Opfer und Angehörige im Zentrum des Geschehens nach dem Anschlag?

Nach dem Massaker Mittwochnacht in Hanau reagierten viele der Zivilgesellschaft und vor allem die direkt Betroffenen mit spontanen Aktionen. Sie verdammen den Anschlag als das was es ist: Ein menschenfeindlicher, rassistischer, faschistischer Anschlag. Aber auch die Stadt- und Landespolitik und der Bundespräsident reagieren – diesmal sehr schnell – mit einer Kundgebung am Donnerstag. Angehörige und überlebende Opfer des Anschlages werden weder auf die Bühne gebeten noch war es ihnen erlaubt, zu sprechen. In Absprache von Stadt und Bundespräsidialamt wurde so gegen die Betroffenen entschieden.

Am Freitag und Samstag organisieren viele antirassistische, antifaschistische, migrantische und linke Vereine, Organisationen sowie Initiativen Demonstrationen und Aktionen. Hier war Raum für das Gedenken an die ermordeten Opfer und für ihre Familien und FreundInnen, für die direkt Betroffenen. Sie standen im Mittelpunkt. Hier solidarisieren sich auch andere Betroffene rassistischer Gewalt. Wie z.B. Candan Özer-Yilmaz, Ehefrau von Atilla Özer, der den Bombenanschlag des NSU in der Keupstraße schwer verletzt überlebt hatte, aber das Trauma nicht überwinden konnte und mittlerweile verstorben ist. Sie fordert, dass *„die Deutschen ihre eigene mörderische, rassistische Geschichte kennen, die Namen der Ermordeten wissen und Respekt lernen sollen, bevor sie sich selbst in Trauerbekundungen und Aufrufen gegen Rechts gefallen."* Grußbotschaften von Überlebenden rassistischer Anschläge, die Mitgefühl, Trost und Unterstützung vermittelten, wurden verlesen.

Am 4. März findet die staatliche „Trauerfeier" mit Angehörigen und überlebenden Opfern in Hanau statt, die auf öffentliche Plätze übertragen wird. Auf dem Banner der Trauerfeier *„Wir trauern um die **Opfer des rassistischen Anschlages**. … Wir werden sie nicht vergessen".* Die Namen der Ermordeten werden aufgeführt und es folgt der Zusatz: *„sowie die Mutter des Attentäters, die ebenso zu den Opfern zählt.* [2]

In der Veranstaltung versuchen Staatsvertreter, Kaminsky, Oberbürgermeister von Hanau, Bouffier, Ministerpräsident von Hessen, Merkel, Bundeskanzlerin und Steinmeier, Bundespräsident, die Angehörigen und Opfer mit einzubeziehen. Offenbar aufgrund der heftigen Kritik von Angehörigen der vom NSU-Netzwerk ermordeten Opfer am Umgang der Politik mit ihnen, der Erinnerungsarbeit vieler antirassistischer Initiativen wird versucht, diesmal „angemesse-

1 Frankfurter Rundschau, 19.03.2020

2 Die Nennung von Frau Rathjen als Opfer des offensichtlich rassistisch motivierten Anschlags finden wir nicht richtig. Über die Motive des Täters seine Mutter zu ermorden, ist bisher nichts bekannt. Sie in eine Reihe mit den Opfern des rassistisch-faschistischen Anschlages zu stellen und zu nennen, halten wir für völlig unangebracht.

Wir haben ein Familienmitglied verloren, wir haben Freunde verloren, wir haben Bekannte verloren, wir haben treue Kunden verloren, wir haben Mitmenschen verloren und die Stadt Hanau hat Mitbürger und liebevolle Menschen verloren. Zu diesen Menschen, die in dieser Nacht ihr junges Leben verloren haben ...

Mercedes Kierpacz:
Eine junge Frau, die versucht hat mit zwei Kindern das Leben zu meistern. Sie hat immer ihre Meinung gesagt und hatte trotzdem ein großes Herz.

Ferhat Unvar:
Ein junger selbstbewusster Mann, der klare eine Vorstellung vom Leben hatte und ein weiches Herz besitzt. Er sagte immer zu mir: *„großer Bruder Kemal, wir stehen immer zusammen, egal was passiert."* Heute bist du nicht mehr da.

Said Nesar Hashemi:
Ich werde sein Lächeln und seinen respektvollen Umgang mit allen Menschen niemals vergessen. Seine Bestellung war immer drei Mal Capri Sonne und eine Naschtüte. Er hat einen Platz in meinem Herzen.

Hamza Kurtović:
Er hatte immer ein Lächeln auf dem Gesicht und er hat gerne geteilt. Er hat seinen Freunden immer Getränke und Süßigkeiten gekauft. Er war ein menschlicher Engel.

Gökhan Gültekin:
Wir nannten ihn alle nur liebevoll „GoGo" und ich könnte so viel über ihn erzählen. Die Zeit hier würde niemals reichen. Jedes Treffen und jedes Telefonat hat er mit den Worten: „Möge Gott dich schützen." beendet. Er hatte die tiefe Erkenntnis, dass das Schicksal kommt wie es kommt. Du fehlst mir so sehr und ich werde dich niemals vergessen.

Kaloyan Velkov:
Ein äußerst sympathischer Mensch, der immer und überall gegrüßt hat und ich bin ihm oft begegnet. Du lässt eine Lücke unter den Menschen.

Sedat Gürbüz:
Und von ihm erzählt man, dass er ein absolut hilfsbereiter Mensch und anständiger junger Mann war. Wir werden dich auch vermissen.

Vili Viorel Pãun:
Wir haben ihn als einen netten und freundlichen Kunden kennengelernt. Jedes Treffen im Kiosk war von Respekt und Höflichkeit geprägt.

Fatih Saraçoğlu:
Die liebsten und engsten Menschen, erzählen von einem freundlichen, anständigen und höflichen Mitmenschen.
Wir werden euch wirklich alle vermissen und ihr alle hinterlasst eine große Lücke im Leben von Hanau.

Aus der Rede von Kemal Koçak auf der Trauerveranstaltung.

ner" zu reagieren. So werden die Namen der Opfer des Anschlages immer wieder genannt. Aber auch wenn die „hochrangigen PolitikerInnen" als „Paten für die betroffenen Familien" agieren, neben ihnen platziert werden und mit ihnen gemeinsam auf das Podium gehen, um Rosen niederzulegen – eine steife, distanzierte Atmosphäre ist förmlich spürbar. Die neben Steinmeier sitzende Mutter eines Opfers weint und er streift ihr hilflos unempathisch den Arm. Dominiert wird die Veranstaltung von der Selbstdarstellung der Politik. Schon in den „Begrüßungsworten" ihrer Reden benannten alle drei Politiker, auch namentlich, anwesende „Würdenträger, Staatsrepräsentanten" und so weiter. Für wen war wichtig, dass Bundespräsident a.D. Christian Wulff oder Fußballer Rudi Völler vor Ort war? Warum wurden nicht die Namen der Angehörigen, der Familien und FreundInnen genannt?
Immerhin wird Angehörigen die Möglichkeit gegeben, zu sprechen über Verlust, Trauer und Solidarität, aber auch über ihre Erwartungen an die Regierung und politisch Verantwortlichen.
Saida Hashemi, Schwester von Said Nesar, *„Diese Tat ändert nichts daran, wer wir sind und woran wir glauben. Das ist nicht der erste Anschlag hier in Deutschland, aber wir hoffen und beten dafür, dass das der letzte war. An dieser Stelle geht mein Mitgefühl an alle Opferfamilien dieser schrecklichen Tat und auch an alle Opferfamilien vergangener Anschläge. Wir sind nicht alleine, wir sind stark und halten zusammen!"* Ajla Kurtović, Schwester von Hamza fordert: *„Sorgen Sie, … dafür, dass, die Umstände dieses schrecklichen Verbrechens [müssen] restlos aufgeklärt und die entsprechenden Lehren daraus gezogen werden."* [3]
Und Kemal Koçak, der die Opfer kannte und an sie persönlich erinnert, klagt ein: *„Besonders die Worte, die ich jetzt sage, ist für die Oben, die am großen Hebel stehen. Ich möchte von meiner Seite aus nicht mehr viele, genauso die Angehörigen, nicht mehr viele Wörter hören, sondern wir wollen Taten sehen, dass was passiert, dass so was nicht wieder zustande kommt."*

Deutsche Realität in Hanau?

„Die Opfer waren keine Fremden" – „#hanaustehtzusammen" – „Wir sind alle gleich" - „Ein Angriff auf uns alle."
Leitmotiv der Veranstaltung war „Die Opfer waren keine Fremden." In den Reden von Bouffier, Kaminsky und Steinmeier wurde immer wieder beschworen, die Opfer waren HanauerInnen, sie waren „keine Fremden" und „wir sind alle gleich". Wohlwissend, dass das eine große Lüge ist!
In diesem Land sind nicht alle Menschen gleich, sondern sie sind unterschiedlich vor allem in ihrer Klassenzugehörigkeit, aber auch in ihrer Kultur, in ihrer Religion, in ihrer politischen Überzeugung, in ihrer Lebensart.
Sie werden von den Herrschenden „im Wertesystem" der „deutschen Leitkultur", des Nationalismus und der völkischen „Rasse-Kategorie" eingeteilt in gute Deut-

3 www.hanau-steht-zusammen.de/trauerfeier/

sche und nicht integrierte AusländerInnen, ja in Fremde. Sie sind das Feindbild, das immer und immer wieder herauf beschworen wurde und wird. Von „gut" bürgerlichen PolitikerInnen wie von Nazi-(Untergrund) Organisationen.
Alle Opfer des faschistischen Anschlags kommen aus Familien mit Migrationsgeschichte: Drei von ihnen, Mercedes Kierpacz, Vili Viorel Păun, Kalojan Velkov sind Roma, polnisch-deutscher, rumänischer und bulgarischer Herkunft, Ferhat Unvar und Gökhan Gültekin kurdischer, Sedat Gürbüz türkischer, Hamza Kurtović bosnisch-herzegowinischer und Said Nesar Hashemi afghanischer Herkunft.
Einige sind in Deutschland geboren und deutsche StaatsbürgerInnen. Aber egal ob sie rechtlich deutsche StaatsbürgerInnen waren, waren sie für die Herrschenden und die Mehrheitsgesellschaft „Nicht Deutsche", die Anderen!
Genau das wird von diesen deutschen Staatsrepräsentanten nicht konkret benannt. Auch in Hanau sind massiv deutscher Nationalismus und Chauvinismus, Angriffe und Beleidigungen, Diskriminierung und Alltagsrassismus Realität für Menschen, die als „nichtdeutsch" ausgemacht werden.
Wenn sich jetzt deutsche PolitikerInnen auf der Trauerfeier anlässlich eines rassistischen Massenmords hinstellen und verkünden, das ist „ein Angriff auf uns alle", ist das pure Heuchelei und blanker Zynismus.
Die faschistischen Mordanschläge der letzten Jahrzehnte und jetzt in Hanau sind immer und immer wieder Angriffe auf, die „Anderen", die in diesem Zusammenhang außerhalb des „Wir" als „deutschem Volkskörper" stehen, auf Menschen, die nicht ins deutschvölkische Weltbild passen. Sie senden die gezielte Botschaft aus: Ihr gehört nicht zu „Uns", seid hier niemals sicher.
In seiner Rede betont OB Kaminsky darüber hinaus: *„Unsere Stadt hat seit Jahrhunderten eine große, gute Tradition im Zusammenleben der unterschiedlichsten Menschen."* Das ist Geschichtsklitterung. Seit Jahrhunderten sind Antiziganismus, Antisemitismus und Rassismus in der deutschen Geschichte, Kultur und Politik fest verankerte Größen auch in Hanau. Die jeweils herrschenden Klassen haben immer wieder diese Instrumente eingesetzt, um ihre Macht zu festigen und die Unterdrückten gegeneinander aufzuhetzen.
Auf der selben Ebene der Verharmlosung durch PolitikerInnen und Medien liegt die Verortung der faschistischen Mordtaten im angeblichen „Wahn und Irrsinn"

der jeweiligen Täter. Bouffier spricht in seiner Rede in Hanau von *„rassistischen rechtsextremistischen Wahnvorstellungen"*. Und Kaminsky: *„Es ist für mich im übrigen unerheblich, ob der Täter ein einzelner irrer Rassist oder ein rassistischer irrer Einzelner war, entscheidend ist für mich, dass der geistige Nährboden des Hasses auf jeden Fall viele, viel zu viele Gewalttaten in unserem Land hervorbringt."*
Diese „Pathologisierung", also faschistisches Gedankengut und Verschwörungstheorie zur Krankheit abzustempeln, ist nichts anderes, als die Ursachen von Faschismus zu verleugnen und kleinzureden. Gleichzeitig werden die Nazi-Mörder von der Verantwortung für ihre Taten entlastet. Und natürlich wird auch der gesunde, weise Staat, der die irren Mörder verfolgt, reingewaschen.
Der strukturelle Rassismus in den staatlichen Institutionen folgt immer dem gleichen Muster. Auch im Hanauer Mordfall. Bei der Vorgehensweise der Bear-

beitung durch die Behörden, Polizei und BKA sind so viele Parallelen zum Umgang mit den Verbrechen des NSU-Netzwerks.

Auch hier spekulieren Ermittlungsbehörden und BKA von Anfang an, dass der Täter T. Rathjen „nur" verwirrter Einzelgänger sei. Zunächst lehnten sie „rechtsterroristische" Motive ab. Nach einem Sturm der Entrüstung, infolge der Veröffentlichung des „Manifests" von Rathjen müssen sie zurückrudern. Aber selbst wenn BKA-Chef Münch jetzt „klargestellt" hat, es handle sich um rechtsradikale und rassistische Taten, halten nach wie vor manche „Kreise" des BKA ihre Theorie vom verwirrten Einzelgänger aufrecht.

Mit welcher Ignoranz und Kaltschnäuzigkeit die Polizei gegenüber den Angehörigen und überlebenden Opfern vorgeht, belegt der Journalist Haschnik im Interview mit Neworz: *„Nach unseren Informationen sind vor kurzem plötzlich Polizisten bei Angehörigen aufgetaucht und haben diese ermahnt, Abstand vom Vater des Attentäters zu halten, wenn er wieder nach Hause kommt."*

Faschismus wird als Rechtsruck bagatellisiert!

Wenn wieder eine rassistische Mordtat Leid bei den Opfern schafft, erleben wir nun öfters, dass auch bürgerliche PolitikerInnen sich distanzieren und die Taten verurteilen.

Aber wir kennen auch die Hetzreden bürgerlicher PolitikerInnen: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland", „Migration ist die Mutter aller Probleme",„Das Boot ist voll", „Kinder statt Inder" und „Deutsche Leitkultur". Das Verharmlosen der Faschisierung von Gesellschaft und Staat wird auf allen Ebenen weiter betrieben.

Nicht erst seit gestern, nicht erst seit der „Heim ins Reich"-Führung der DDR durch die Herrschenden der BRD.

Nein, seit Gründung der BRD wüteten auch legal unzählige Parteien mit faschistoiden Programmen und Nazi-Netzwerke hierzulande mit rassistischen, antisemitischen und faschistischen Angriffen und Morden. Bei jedem Mordanschlag, bei jedem Gewaltangriff auf Minderheiten, Menschen, die aufgrund ihres Aussehens, ihrer Religion, ihrer Herkunft nicht ins deutsche Blut-und Boden-Schema passen, verfällt die bürgerliche Politik reflexhaft in die große Heuchelei.

Aber die Wurzeln und Ursachen des Vormarsches des Faschismus werden nicht angetastet. Wie auch? Deutschland, das sich als Großmeister der „Vergangenheitsbewältigung" beispielsweise des Genozids an den europäischen Juden gefällt, füttert immer wieder selbst mit seiner Politik den Nährboden für faschistische Politik und Gewalt.

Warum wird eine AfD, die eine faschistische Partei ist, nicht verboten? Denn nicht „nur" der Höcke-Flügel ist faschistisch. Die deutsch-völkisch, rassistische Ideologie durchzieht die ganze AfD.

Natürlich bieten ihre PolitikerInnen ein „breites" Spektrum an, wie sie sich an ihr Wählervolk wenden und versuchen, neue Wählerschichten zu

Initiative 19. Februar Hanau

Stellungnahme der Initiative „19. Februar Hanau" zur rechtsextremen Motivation sowie zur Informationsblockade bezüglich der rassistischen Morde in Hanau

Was wir wissen:

* Tobias Rathjen, der Mörder von Hanau, hatte bei seiner Tat am 19. Februar 2019 eine Waffe der Marke Czeska dabei, die er sich 12 Tage vorher bei einem lokalen Waffenhändler ausgeliehen hatte.
* Auf der Webseite des Täters war ein weißer Wolf mit blauen Augen abgebildet.
* Rathjen war in den letzten Jahren u.a. in Wyoming in den USA und in mehreren europäischen Ländern unterwegs und hat - wie unlängst vom Spiegel gemeldet - zweimal an „Gefechtstrainings" in der Slowakei teilgenommen.

Wir wissen noch nicht:

* ob – und wenn ja, wen – Rathjen am 19.02.2020 mit der Czeska erschossen hat.
* ob er sich als „einsamer Wolf" im nazistischen Konzept des „führerlosen Widerstandes" verortet oder zumindest darauf bezogen hat.
* ob er allein in der Slowakei war und ob er wie auch immer geartete Kontakte zu Rechtsextremen in Europa und/oder den USA hatte.

Wir fragen uns:

* Ist es ein Zufall, dass Rathjen eine Czeska – die Mordwaffe des NSU - ausgeliehen und womöglich auch eingesetzt hat?
* Ist es ein Zufall, dass er ein Symbol für seine Webseite verwendet hat, das eine historische wie auch aktuelle Geschichte des Nazismus hat?
* War Rathjen - jenseits seiner Slowakei-Besuche - nur auf Urlaubsreisen in den anderen europäischen Ländern und in Wyoming?

Und wir fragen uns natürlich: Warum geben die zuständigen Behörden seit nahezu sechs Wochen keinerlei Informationen zum aktuellen Ermittlungsstand heraus? Nichts zu ballistischen Untersuchungen, nichts zu Rathjens Webseite und nichts zu seinen Auslandsaufenthalten. Eine faktische Informationsblockade, während aus dem BKA angebliche Zwischenberichte in die Medien kommen, die die rassistische Motivation der Morde relativieren, um dann wieder dementiert zu werden.

Wir versprechen:

wir werden nichts vergessen und gemeinsam mit Angehörigen und FreundInnen der Opfer auf einer lückenlosen Aufklärung der Morde und deren Hintergründe bestehen.

Initiative 19. Februar Hanau am 7. April 2020
https://19feb-hanau.org

erschließen. Aber der Grundkonsens ist der faschistische Kern ihrer Politik.

Als „rechtsextremes Problem" der AfD kommentiert ein TV-Beitrag von „Report München" folgende Fakten: Der Hanauer AfD-Kandidat für Kommunalwahlen in Hanau, Bahr, hat faktisch die Morde am 19. Februar *„gutgeheißen"* und der AfD-Kandidat Nossol in Straubing *„promotet die faschistische Gefangenenhilfe"*, die das NSU-Mitglied Ralf Wohlleben, unterstützte. Als *„Entgleisung"* wird der Antisemitismus des Würzburger AfD-Kreisvorsitzenden Hartmann gewertet.

Er beschwört im Interview: *„Wir haben hier in Deutschland ein ganz großes Problem. Wir haben hier die Blöcke, einmal wir die Christen, dann haben wir noch den Block, der sehr viel Einfluss hat. Wirtschaftlich, kulturell. Das sind die Menschen des Blocks der Juden, des jüdischen Glaubens."* [4]

Das ist klare, deutlich faschistische Propaganda und Hetze. Die AfD ist der parlamentarische Arm der deutschen Nazi-Bewegungen. OB Kaminsky, der sich jetzt als Vorkämpfer gegen Rassismus präsentiert, hat Förster, Fraktionschef der faschistischen Truppe „Republikaner" (REP), die im Kreistag mit der NPD zusammenarbeitet, 2019 den „Landesehrenbrief" verliehen. Förster steht für rassistische Hetzte und teilt z.B. Posts im Netz wie *„40 Prozent der Flüchtlinge haben Aids"*.

Bei den Landtagswahlen 2018 brachte es die AfD in Hanau auf 16,2 Prozent der WählerInnenstimmen [5] Das alles sind die Zeichen der Faschisierung und weder ein Rechtsruck, noch Rechtsextremismus.

Der Grüne Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer hingegen warnt tatsächlich nach dem Anschlag in Hanau: *„Der AfD nicht voreilig die Mitschuld für Hanau geben".* Denn *„die Ursachen der Radikalisierung eines vermutlich psychisch gestörten Einzeltäters nachzuvollziehen, wird Zeit brauchen und vielleicht auch nie ganz gelingen."* Damit wird die Pathologisierung wirklich auf die Spitze getrieben!

Am 20. Februar, einen Tag nach dem Anschlag in Hanau lässt sich Kulturstaatsministerin Grütters auf der internationalen Bühne zur Eröffnung der Internationalen Filmfestspiele in Berlin „feiern". Standing Ovations für ihre Forderung:

„Nicht zuletzt, weil neue politische Kräfte nationalsozialistische Verbrechen relativieren und mit Hetzparolen Ressentiments schüren. Niemals darf es eine wie auch immer geartete, ***politische Zusammenarbeit mit diesen rassistischen und völkischen Kräften*** *geben".*

Aber ihre Partei arbeitet im Parlament, auf kommunaler und sonstiger Ebene mit genau solchen Kräften zusammen. Auch wenn die CDU/CSU ihren angeblichen „Unvereinbarkeitsbeschluss" dabei vor sich her tragen.

Wir haben uns hier die AfD herausgegriffen, weil sie im bürgerlichen Lager natürlich toleriert und ja, auf Kommunalebene sowie in unterschiedlichen Bereichen mit ihr zusammengearbeitet wird.

„Der totale Krieg kehrt nach Hanau zurück" oder Befreiung vom Faschismus?

Bereits zu Beginn seiner Rede auf der Trauerveranstaltung setzt OB Kaminsky die Bombardierung Hanaus im 2. Weltkrieg durch die Anti-Hitlerkoalition mit dem faschistischen Anschlag 2020 in Hanau gleich:

„Wir Hanauerinnen und Hanauer werden in wenigen Tagen an den Morgen des 19. März 1945 erinnern. Wie in jedem Jahr werden die Glocken unserer Kirchen um 4.20 Uhr Sturm läuten und damit an den Untergang Hanaus im Bombenhagel erinnern. In dieser Nacht kehrte der ***totale Krieg, der von Deutschland und leider auch von dieser Stadt ausgegangen ist, nach Hanau zurück****. Ich bin mir bewusst, dass jeder historische Bezug auch seine Schwächen hat, aber: Wir Hanauerinnen und Hanauer wissen sehr wohl, wohin Rechtsextremismus, Hass und Rassismus führen: zu Gewalt, zu Tod und unendlichem Leid!"* Dieser Vergleich hat nicht nur „Schwächen" sondern ist infam.

4 report München 10.03.2010

5 Frankfurter Rundschau, 20.02.2020

Kaminsky präsentiert hier ein unsägliches Geschichtsbild ganz in Tradition der Relativierung des Nazifaschismus beispielsweise beim deutsch-nationalistischen Gedenken an den „Bombenterror in Dresden".
Die deutsche Armee, das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit standen bis zum bitteren Endes des Weltkriegs hinter dem faschistischen Nazi-Regime und „kämpften bis zum letzten Atemzug."

Das „Leid" der deutschen Hanauer Bevölkerung hat sie zum großen Teil mit verursacht und selbst mit zu verantworten. Alliierte Bombenangriffe auf deutsche Städte zielten auf deren strategische Bedeutung in der Kriegsindustrie und auf Verkehrs- und Transportwege. Ihr Ziel die Zerschlagung des Nazifaschismus.
Im offiziellen Hanauer Geschichtsbild wird das zum Ereignis, zum **„Schicksalstag Hanaus"**.
Auf der Webseite des Rathauses findet sich kein Hinweise im Zusammenhang mit der „Bombennacht von Hanau" zum Beispiel auf die *„Nutzung des Werks 1942-1945 durch die **Vereinigten Deutschen Metallwerke**, auch VDM-Luftfahrtwerke und später Continentale Metall-Aktiengesellschaft genannt, zur kriegswichtigen Produktion von Flugzeugfahrwerken. Auf dem Fabrikgelände werden Baracken für Zwangsarbeiter errichtet."* [6]
Die Informationen der Stadtverwaltung lauten beschönigend und menschenverachtend: *„Durch den Krieg fehlten Arbeitskräfte in den Betrieben. So wurde auch in Hanau auf Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zurückgegriffen. Eine Aufstellung aus dem Jahr 1942 weist 24 Arbeitslager im Stadtgebiet von Hanau aus."* [7]
Die ganze Wahrheit ist: Zwischen 1942 und 1945 wurden in Hanauer Betrieben fast 15 000 Menschen als ZwangsarbeiterInnen versklavt.[8]
Im Gegensatz dazu, wird laut Internetportal der Stadt Hanau, alljährlich nicht an den **8. Mai als Tag der Befreiung vom Nazi-Faschismus** gedacht. Der Hauptfriedhof von Hanau spiegelt erschreckend dieses Geschichtsbild wieder. Ein imposantes „Ehrenmal" und ein großflächiges „Ehrenfeld 1939/45". [9]
Auf Tafeln sind die Namen der deutschen Opfer der Luftangriffe, die 2017 großzügig ergänzt wurden um die Namen der *„bei den Luftangriffen getöteten Fremd- und Zwangsarbeiter",* und die Namen der *„Gefallenen des 2. Weltkriegs"*, das heißt der Nazi-Eroberungs- und Mord-Armee-Angehörigen verzeichnet. Unterschiedslos. Also auch ein Ehrenmal für die Nazi-Täter und Mörder. So wird dem SS-Rotten-Führer Karl Rienkens zweimal gedacht, einmal auf der Ehrentafel und einmal auf dem Ehrenfeld! Ganz am anderen Ende des Hauptfriedhofs, in einer verlassenen Ecke das „Gräberfeld der Zwangsarbeiter". Auf den verwitterten Steinen ist zu lesen „12 unbekannte Polen" oder „Veronika Rasch Polin 1923 2.3.1944".
Der Vergleich der „Bombardierung Hanaus" mit dem „rassistischen Anschlag am 19. Februar" zeigt ein unsägliches Geschichtsverständnis, das wir anprangern und mit dem unbedingt gebrochen werden muss.

Was tun?

Um die heutige anschwellende Faschisierung tatsächlich wirksam zu bekämpfen sind vor allem Antirassismus und Antikapitalismus die Herausforderung an uns! Denn der Faschismus ist ein Produkt des Kapitalismus! Der Rassismus ist heute das Hauptinstrument der Herrschenden um die Faschisierung voranzutreiben.
Grundlegend werden wir nur dann etwas ändern, wenn wir gegen diesen bürgerlichen Staat kämpfen, für eine andere Gesellschaft, die jede Form von Unterdrückung unmöglich macht. Organisieren wir uns für den Sozialismus und Kommunismus!

6 Gutachterliche Stellungnahme zur Konversion des Bautz-Geländes www.hanau.de/mam/Stadtentwicklung/b-plaene/904.3-b-11-denkmalschutzgutachten.pdf

7 www.hanau.de/stadtentwicklung/geschichte/hanau_1933_-_1945/index.html

8 http://www.steffes-eschborn.de/historisches/ns-zeit_zwangsarbeiter/main-kinzig-kreis/main-kinzig-kreis.html, FR 12.05.2000

9 Informationsblatt des Magistrats der Stadt Hanau

Deutsche Demokratische Republik – Anspruch und Wirklichkeit
Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?

Teil 4

Von der Einheit Deutschlands zur Spaltung
Oktober 1949 bis Juni 1952 – DDR & SED

Vorbemerkung

In dieser Artikelserie stellen wir die Ergebnisse unserer intensiven Auseinandersetzung mit der Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der DDR und der SED zur Diskussion. Noch ist das keine abgeschlossene Analyse.
Aufgrund der Nachfragen von TA-LeserInnen wollen wir nochmals dazu ermuntern, uns Eure Kritiken, Anmerkungen und Ergänzungen, Gedanken mitzuteilen. Sie sind uns sehr willkommen. Unser Ziel ist, als Ergebnis der Artikelreihe Thesen und ein programmatisches Dokument zu verfassen.

Die Grundlage der gemeinsamen Politik der Besatzungsmächte gegenüber Deutschland wurde auf der Jalta (Krim) Konferenz (Februar 1945) und auf der Potsdamer Konferenz (Juli-August 1945) festgelegt. Das Potsdamer Abkommen war die einzige völkerrechtlich verbindliche Grundlage für einen neuen, demokratischen, friedliebenden deutschen Staat.
In unserer Artikelserie über die DDR haben wir in Teil 2 *„Kriegsende, Potsdamer Abkommen, SED-Gründung"* (TA, Nr. 82) die wesentlichen Bestimmungen und Zielsetzungen des Potsdamer Abkommens ausführlich dargelegt.
Trotz Unterzeichnung und Annahme des Potsdamer Abkommens wurden von den drei westlichen Besatzungsmächten, England, Frankreich, USA auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite zwei gegensätzliche Politikschienen gegenüber Deutschland gefahren.
Zum einen die Politik der Sowjetunion, die die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands auf dem Fundament eines entnazifizierten, entmilitarisierten, demokratischen und friedliebenden Staates wie es im Potsdamer Abkommen vorgesehen war, umsetzte. Zum anderen die Politik der drei imperialistischen Besatzungsmächte, die auf Zerstückelung, bzw. Spaltung Deutschlands ausgerichtet war.

Politik der Sowjetunion gegenüber Deutschland

Die Sowjetregierung verfolgte, gestützt auf die Beschlüsse der Konferenzen von Jalta und Potsdam, konsequent die Politik der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands auf der Grundlage der Demokratisierung des Landes. Auf den internationalen Konferenzen, auf denen die deutsche Frage behandelt wurde (von 1945 bis 1949), ist sie durch ihre Vertreter stets den Plänen einer gewaltsamen „Föderalisierung" Deutschlands entgegen getreten.
Die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens durch die Sowjetunion hatte zum Ergebnis, dass durch die SMAD (Sowjetische Militäradministration) in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), Ostdeutschland bedeutende demokratische Umgestaltungen auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet durchgeführt wurden.
Wir haben diese in unserer Artikelserie Teil 3 „Gründung der SED – Aufbaupolitik Sowjetische Besatzungszone" dargestellt und bewertet. (TA, Nr. 83) Die Sowjetunion war die einzige Besatzungsmacht, die sich konsequent an das Potsdamer Abkommen gehalten hat. Die anderen Besatzungsmächte haben sich definitiv nicht an das Potsdamer Abkommen gehalten.

Von der Potsdamer Konferenz bis zur VI. Außenministerkonferenz in Paris 1949

Wir haben hier nicht genügend Raum, um über die unaufhörlichen Bemühungen und Auseinandersetzungen, welche die VertreterInnen der Sowjetunion im Kontrollrat und auf den Außenministerkonferenzen um die Einheit Deutschlands geführt haben, detailliert zu berichten. Wer die Protokolle der Außenministerkonferenzen, der Sitzungen des Kontrollrats und die Noten der Regierung der UdSSR studiert,

kann feststellen, welche Energien seitens der Sowjetunion entwickelt wurden, um die Widerstände der Westalliierten zu brechen. [1]

Wir fassen die Haltung der Sowjetunion bis 1949 zusammen: Die Zweite Konferenz der Außenminister fand in Paris 1946 statt. [2]

Am 29. April beantragte der amerikanische Außenminister Byrnes, die deutsche Frage auf die Tagesordnung zu setzen und legte gleichzeitig einen Plan für die Entwaffnung und Besetzung Deutschlands auf 25 Jahre vor. Der sowjetische Außenminister Molotow nahm im Verlaufe der zweiten Sitzungsperiode dazu Stellung.

Molotow wies konkret nach, dass die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz von den drei westlichen Besatzungsmächten nicht umgesetzt worden sind. Er erläuterte die Haltung der Sowjetunion: *„Deshalb bin ich der Meinung, daß die Aufgabe nicht darin besteht, Deutschland zu vernichten, sondern darin, es zu einem demokratischen und friedliebenden Staat umzugestalten, der neben der Landwirtschaft seine Industrie und seinen Außenhandel besitzt, dem jedoch die wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten genommen sind, sich neuerdings als aggressive Kraft zu erheben."* [3]

Weiter unterstreicht Molotow die Position der Sowjetunion, dass Deutschland als ein Staat erhalten und das deutsche Volk selbst über den Staatsaufbau entscheiden soll. Ein Friedensvertrag mit Deutschland soll abgeschlossen und eine gesamtdeutsche Regierung gewählt werden. *„Die künftige deutsche Regierung muß eine demokratische Regierung sein, die imstande ist, die Überreste des Faschismus in Deutschland auszurotten, und gleichzeitig imstande ist, den Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Verbündeten nachzukommen, wobei sie in erster Linie die Reparationslieferungen an die Verbündeten sicherzustellen hat."* [4]

Auf dieser Konferenz wurde kein Beschluss über Deutschland gefasst, aber sich darüber geeinigt, eine Sonderkonferenz der Außenminister zur Besprechung der deutschen Frage einzuberufen. In Moskau vom 10. März bis zum 24. April 1947. Die Hauptthemen waren wie gehabt: Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung, wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands und Reparationen. Bei jedem Thema wurden von der Sowjetdelegation konkrete Vorschläge bzw. Beschlussentwürfe vorgelegt. Diese gingen von der tatsächlichen Lage in den Besatzungszonen von USA, Großbritannien und Frankreich aus. Weder fand dort eine Entmilitarisierung, eine Entnazifizierung noch eine Demokratisierung statt.

Die Sowjetdelegation führte aus: *„Dessen ungeachtet bleiben solche Riesenwerke wie die eigens für aggressive Zwecke geschaffenen Hermann-Göring-, Krupp-, Robert-Bosch-Werke, die Betriebe der I. G. Farbenindustrie und andere, die die Grundlage der Truste, Kartelle und anderer Industriemonopole bildeten, in Westdeutschland unangetastet oder sollen nur teilweise beschlagnahmt werden, was die Voraussetzungen für eine rasche Wiederherstellung ihrer ehemaligen kriegswirtschaftlichen Macht und Bedeutung schafft."* [5]

Konkreter Vorschlag war, den Kontrollrat damit zu beauftragen, bis zum 1. Juli 1947 einen Plan zur Liquidierung des deutschen Rüstungspotentials aufzustellen.

Des weiteren sollte die Frist für den Abschluss der Arbeiten zur Liquidierung des Rüstungspotentials auf spätestens Ende 1948 festgesetzt werden.

Hinsichtlich der Entnazifizierung prangerte die Sowjetdelegation die offensichtlichen „Mängel" an: *„Bis jetzt bleiben Personen, die aktiv zum Machtantritt Hitlers beigetragen und die Vorbereitung und Verwirklichung der deutschen Aggression organisiert hatten, in den großen Industriezentren Deutschlands weiterhin auf vielen wichtigen Wirtschafts- und Verwaltungsposten. Die Tatsachen zeigen, daß die Organisatoren des deutschen Faschismus und der Aggression, die unter dem Hitlerregime Leiter deutscher Truste, Konzerne und anderer Monopole waren, in einer Reihe von Fällen auf führenden Posten bleiben."* [6]

Die Sowjetdelegation forderte unverzügliche Maßnahmen zur Entfernung ehemaliger aktiver Faschisten von öffentlichen und halböffentlichen Stellen. Ebenso umgehende gerichtliche Anklagen, der noch nicht belangten Nazi-VerbrecherInnen, sowie die Beschleunigung der laufenden zivil- und kriegsgerichtlichen Verhandlungen gegen Nazis.

Folgende konkrete Vorschläge brachte sie ein:

„1. Den deutschen demokratischen Parteien und freien Gewerkschaften das Recht einzuräumen, sich im gesamtdeutschen Maßstab zusammenzuschließen, Parteitage und Konferenzen unter Teilnahme von Vertretern ganz Deutschlands zu veranstalten, ihre Zentralorgane zu wählen, ihre zentralen Zeitungen und Zeitschriften herauszugeben.

2. Den Kontrollrat zu beauftragen, einheitliche Prinzipien einer demokratischen Wahlgesetzgebung auf Grund des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechts bei

1 „Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion", Hrg. Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Bd. I und II, Rütten & Loening Berlin, 1957/1963 – „Dokumente SU"

2 25.04. bis 15.05. und 15.06. bis 12.07.1946

3 „Dokumente SU", Molotow, „Über das Schicksal Deutschlands und über den Friedensvertrag mit Deutschland", 09.07.1946, Bd. I, S. 18

4 „Dokumente SU", Bd. I, S. 22

5 „Dokumente SU", Bd. I, S. 41

6 „Dokumente SU", Bd. I, S. 46

geheimer Stimmabgabe und Verhältniswahlsystem auszuarbeiten und auf dem Territorium ganz Deutschlands in Kraft zu setzen.
3. Den im Kontrollrat vereinbarten Beschluß gutzuheißen, daß in der amerikanischen, der englischen und der französischen Besatzungszone im Laufe des Jahres 1947 die Bodenreform durchgeführt werden soll, um das Leben im deutschen Dorf auf demokratischer Grundlage umzugestalten." [7]

Um die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu fördern, fordert sie wiederholt eine deutsche Zentralverwaltungen für Industrie, Finanzen, Verkehrswesen, Post- und Fernmeldewesen, Außenhandel und Landwirtschaft zu bilden. Außerdem die Erhöhung des Niveaus der deutschen Industrie, insbesondere die Stahlerzeugung und eine gemeinsame Kontrolle der Besatzungsmächte über das Ruhrgebiet gefordert.

Was die Einheit Deutschlands betrifft, trat die Sowjetdelegation vehement dagegen auf, Deutschland als selbständigen Staat zu zerschlagen. Die Inangriffnahme von vorbereitenden Maßnahmen zur Bildung einer provisorischen deutschen Regierung wird als unaufschiebbare Aufgabe der Besatzungsmächte bekräftigt.

Auf der Konferenz wurden auch die Saar-, Rhein- und Ruhrfragen behandelt. Molotow erklärte: *„Die Sowjetregierung kann sich mit einer Politik, die auf die Lostrennung des Ruhr- und Rheingebiets von Deutschland abzielt, nicht einverstanden erklären. Das ist ein Kurs auf die Zerstückelung Deutschlands und auf seine Liquidierung als selbständiger Staat, was mit den Interessen eines dauerhaften Friedens nicht zu rechtfertigen ist. Man darf das deutsche Volk seines Staates nicht berauben."* [8]

Die deutsche Frage blieb ungelöst. Das Ergebnis der Konferenz, soweit sie Deutschland betraf, erschöpfte sich in dem Auftrag an die stellvertretenden Außenminister, die Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages fortzusetzen und in dem Beschluss, eine Kontrollkommission zu bilden um ein Abkommen über die Stärke der Besatzungstruppen der Viermächte auszuarbeiten.

Das nächste Außenminister-Treffen zu den nach wie vor offenen Fragen Deutschland betreffend wurde November 1947 in London einberufen. [9]

Die Forderungen der Sowjetdelegation auf der Konferenz: *„Die Sowjetdelegation beantragt, daß der Außenministerrat in erster Linie über folgende Grundfragen verhandelt, die sich auf die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland beziehen.*

a) Über die Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung;
b) über die Friedenskonferenz, die den Entwurf des Friedensvertrages mit Deutschland prüfen soll;
c) über die grundlegenden Direktiven für die Ausarbeitung des Friedensvertrages.
In Verbindung damit stellt die Sowjetdelegation folgende Anträge:
1. Es wird anerkannt, daß eine gesamtdeutsche demokratische Regierung entsprechend den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz unverzüglich zu bilden ist.

2. Es wird festgelegt, daß auf der Friedenskonferenz die Regierung Deutschlands die Möglichkeit erhält, ihre Meinung über den Friedensvertrag darzulegen.
3. Der Friedensvertrag soll von der deutschen Regierung unterzeichnet und dem deutschen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden.
4. Die Friedenskonferenz wird sich zusammensetzen aus Vertretern Großbritanniens, der Sowjetunion, der USA, Frankreichs, China und Vertretern der an Deutschland grenzenden verbündeten Staaten sowie jener verbündeten Staaten, die mit ihren Streitkräften am gemeinsamen

7 „Dokumente SU", Bd. I, S. 53
8 „Dokumente SU", Bd. I, S. 98
9 25.11. bis zum 15.12.1947

Kampf gegen Deutschland teilgenommen haben, nämlich Albaniens, Australiens, Belgiens, der Bjelorussischen Sozialistischen Sowjetrepublik, Brasiliens, Kanadas, der Tschechoslowakei, Dänemarks, Griechenlands, Indiens, Luxemburgs, der Niederlande, Neuseelands, Norwegens, Polens, der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Südafrikanischen Union und Jugoslawiens.

5. Dem Friedensvertrag mit Deutschland sind die Beschlüsse der Konferenzen von Jalta und Potsdam zugrunde zu legen." [10]

Trotz langer Diskussionen wird in der „deutschen Frage" wieder keine Einigung erzielt. Die Konferenz wird am 15. Dezember 1947 auf Antrag des amerikanischen Außenministers Marshall unterbrochen und auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die nächste Außenministerkonferenz tagte vom 23. Mai bis 20. Juni 1949 in Paris. Die Sowjetdelegation kämpfte weiterhin um die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands. Nicht nur die Vorschläge oder Anträge in dieser Richtung, sondern auch der sowjetische Vorschlag auf Wiederherstellung des Alliierten Kontrollrates wird als „ein Schritt zurück" abgelehnt. Wie bei den vorhergehenden wird auch auf dieser Konferenz keine Einigung über die „deutsche Frage" erzielt.

10 „Dokumente SU", Bd. I, S. 129-130

Das Gegenteil war der Fall: Die Spaltung Deutschlands wurde, besonders seit 1947, in schnellem Tempo vorangetrieben. Die imperialistischen Besatzungsmächte wollten die SBZ an das in Westdeutschland geschaffene Regime anschließen. Ihr Vorschlag: Beitritt der Länder der SBZ zum Bonner Grundgesetz, das am 23. Mai 1949 in Kraft tritt, dem Tag des Beginns der Pariser Außenministerkonferenz. Hier stellten sie das von ihnen vorangetriebene „Besatzungskonzept" vor: Ein Besatzungsstatut gültig für alle vier Besatzungszonen und eine zentrale Verwaltung durch die Hohe Kommission.

Trotz aller Bemühungen der Sowjetunion, ein demokratisches, friedliebendes, einheitliches, souveränes Deutschland zu gestalten, wird Deutschland systematisch von den imperialistischen Besatzungsmächten gespalten und in den drei Besatzungszonen in Westdeutschland wird ein separater Teilstaat als antikommunistischer Brückenkopf im Kampf gegen die SU aufgebaut.

Kurze Geschichte der Spaltung Deutschlands

Sowohl in den USA als auch in Großbritannien entwickelten während des Zweiten Weltkriegs Politiker Pläne für die vollständige Auflösung Deutschlands. Sie forderten die restlose Aufteilung all seiner Gebiete an die Nachbarstaaten Frankreich, Holland, Belgien, Polen und die Tschechoslowakei. Sogar die Parole *„Nach diesem Krieg darf es kein Deutschland mehr geben!"* wurde propagiert. Dieses Projekt war bereits in den ersten Kriegsjahren als wesentlicher Bestandteil der offiziellen amerikanisch-englischen Kriegspolitik anvisiert worden. Ab Anfang 1945 stellte auch Frankreich die Forderung nach Annexionen von Rhein, Saar und Ruhr. Sowohl auf der Konferenz der Außenminister in Moskau, Oktober 1943, als auch zwei Monate später auf der „Teheraner Konferenz UdSSR, USA und Großbritannien" wurden ebensolche Pläne vorgebracht. Deutschland sollte zum Beispiel in fünf autonome Kleinstaaten aufgeteilt werden. Die Ausgliederung des Ruhrgebietes und der Saar sollte vorgenommen werden, der Hamburger und Kieler Hafen sollten unter internationale Verwaltung gestellt werden. [11]

Am 10. Mai 1945 unterzeichnete Truman, der Präsi-

11 Prof. Dr. Karl Bittel, „Die Feinde der deutschen Nation, Eine historische Dokumentation über die Deutschlandpolitik der imperialistischen Westmächte von 1942-1949", Berliner Verlag GmbH, 1952; „Die Sowjetunion auf Internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941-1945" Bd. 1-6, Verlag Progreß/ Staatsverlag der DDR, Moskau/ Berlin, 1986/1988

dent der USA eine Geheimdirektive JCS/1067 an General Eisenhower, in der für die amerikanischen Besatzungstruppen scharfe Maßnahmen zur Zerschlagung der deutschen Einheit angeordnet wurden. Nach der Morgenthau-Devise *„Die Militärverwaltung soll von Anfang an auf die spätere Teilung Deutschlands hinarbeiten."*

In der Praxis hatten die westlichen Besatzungsmächte schon im Sommer 1946 die Spaltungspläne vereinbart. In rascher Folge wurde nun die Abspaltung der Westzonen vollzogen. Am 2. Dezember 1946 unterzeichneten die USA und Großbritannien in New York das Abkommen über die „Bizone", das am 1. Januar 1947 in Kraft trat. Im Dezember 1946 wird das Saargebiet von Deutschland abgetrennt.

Am 5. Juni 1947 verkündete der Außenminister der USA seinen „Marshall-Plan". Offiziell wurde er als „Hilfe" an die drei westlichen Besatzungszonen deklariert. Als Ziel aber beinhaltete der Plan ihre schnelle Abspaltung, um volle Verfügungsgewalt über ihr politisches, wirtschaftliches und militärisches Potential zu erlangen.

Die Londoner Außenministerkonferenz wurde am 15. Dezember 1947 vom amerikanischen Außenminister Marshall gesprengt. Unmittelbar danach starteten in London die Verhandlungen der westlichen Außenminister über die Bildung des westdeutschen Separatstaates. Am 19. Dezember 1947 erklärte US-Außenminister Marshall: *„Zur Zeit ist an ein einheitliches Deutschland nicht zu denken."* Der *„New York Herald Tribune"* kommentierte: *„Das Zeitalter von Jalta ist vorbei. Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Weststaaten einzubauen."* [12]

Frühjahr 1948 fand in London die „Separat-Konferenz" der westlichen Besatzungsmächte statt, zu der zeitweise die Vertreter der Beneluxstaaten hinzugezogen wurden.

Die Teilnehmer erzielten eine grundsätzliche Übereinstimmung, die dann auf der zweiten Londoner Konferenz 1948 mit den „Londoner Empfehlungen" den Startschuss für die Bildung des separaten deutschen Weststaates und damit zur Spaltung Deutschlands gab.

USA, Großbritannien und Frankreich verweigerten im Alliierten Kontrollrat, Auskunft über ihre Besatzungspolitik zu geben.

Im März kommt die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates zum Erliegen und im Juni tritt die Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen in Kraft.

Am 4. April 1949 unterzeichneten Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal und die USA in Washington den **Nordatlantikpakt (NATO)**.

Das Grundgesetz, verabschiedet vom Parlamentarischen Rat, tritt im Mai in Kraft. Im August folgen die Wahlen für den ersten Bundestag. Anfang September konstituieren sich westdeutscher Bundestag und Bundesrat. Im September wird Heuss (FDP) zum Präsidenten und Adenauer zum Bundeskanzler gewählt. Ende September wird die Adenauer-Koalitions-Regierung gebildet. **Damit ist die Spaltung Deutschlands vollzogen.**

Zusammengefasst zeigt diese Entwicklung, spätestens seit 1946 wurden zwei entgegengesetzte politische Strategien in den Besatzungszonen der westlichen Alliierten und in der SBZ verfolgt.

Während die westlichen imperialistischen Besatzungsmächte, vor allem die USA aktiv auf einen Teilstaat Westdeutschland hinarbeiteten, den sie als Sprungbrett im Kampf gegen die Sowjetunion verwenden wollten, versuchte die sozialistische Sowjetunion mit aller Kraft, das im Potsdamer Abkommen vorgesehene Projekt der Schaffung eines einheitlichen, entmilitarisierten, demokratischen, friedliebenden Deutschlands zu verwirklichen.

Gründung der DDR

Die Gründung der DDR war eine Reaktion auf die von den imperialistischen Besatzungsmächten vollendete Spaltung Deutschlands, nämlich: die Gründung der BRD. Die sozialistische Sowjetunion und die SED reagierten mit der Gründung der DDR, ohne dabei das Ziel der Vereinheitlichung Deutschlands auf demokratischer Grundlage aufzugeben. Das war eine richtige Strategie. Aber in der konkreten, grundlegenden Politik für die Einheit wurden von der SED bedeutende nationalistische Fehler gemacht. Die nationale Frage wurde über den Klassenkampf im internationalen wie im nationalen Rahmen gestellt.

Der Deutsche Volksrat hat sich auf seiner 9. Tagung, am 7. Oktober 1949 als Provisorische Deutsche Volkskammer konstituiert. Gleichzeitig wurde die vom Dritten Volkskongreß beschlossene Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft gesetzt und Otto Grotewohl mit der Bildung einer demokratischen deutschen Regierung beauftragt.

Für den Deutschen Volksrat stand die Entscheidung auf der Tagesordnung, die Einheit Deutschland entweder per Anschluss an die BRD und damit Eingliederung in die Strukturen und Gesetze der Bonner Regierung zu akzeptieren. Oder aber auf Basis der seit Kriegsende bis dahin in der SBZ durch die SMAD und antifaschistisch-demokratischen Kräfte geschaffenen

12 „Dokumente SU", Bd. I, S. 165

und erreichten Errungenschaften, den eigenen Weg fortzusetzen und auf dieser antifaschistisch-demokratischen Grundlage, den Kampf für die Wiedervereinigung Deutschlands zu führen. Die Entscheidung fiel für den zweiten Weg.

Das „hohe Ziel" dieser Entscheidung wird im „Manifest des Deutschen Volksrats" deklariert: *„Der nationale Notstand, in den das deutsche Volk durch den Bruch des Potsdamer Abkommens seitens der imperialistischen Westmächte gestürzt wurde, rüttelt alle Deutschen auf zum Kampf um das hohe Ziel: Errichtung eines einheitlichen, unabhängigen demokratischen Deutschland mit dem Ziel des baldigen Abschlusses eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland und des Abzuges aller Besatzungstruppen in kurzer Frist."* [13]

Am Ende des Manifestes wird die Gründung der DDR angekündigt: ***„Deutsche Männer und Frauen, deutsche Jugend!*** *Auf der Grundlage der vom 3. Deutschen Volkskongreß bestätigten Verfassung ist in der deutschen Hauptstadt Berlin einmütig von allen Parteien und Massenorganisationen im Deutschen Volksrat die Deutsche Demokratische Republik geschaffen worden. Die verfassungsmäßig gebildete Provisorische Deutsche Regierung wird den Kampf um den Frieden, um die Einheit und Souveränität Deutschlands an die Spitze ihrer Bemühungen setzen. Sie wird ein mächtiges Bollwerk im Kampf um die Verwirklichung des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland sein. Wir rufen alle Deutschen auf, die Gefahr der Stunde, aber auch die Möglichkeit der Abwehr klar zu erkennen. Wir rufen das deutsche Volk auf, die Rettung der Nation in die eigene Hand zu nehmen und durch die Unterstützung des Kampfes der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die Bahn frei zu machen für Frieden, Aufbau und nationale Freiheit in der einigen Deutschen Demokratischen Republik. Es lebe die Nationale Front des demokratischen Deutschland."* [14]

Am 10. Oktober werden die Verwaltungsfunktionen von der Sowjetregierung an die Provisorische Regierung der DDR übertragen, die SMAD aufgelöst und eine Sowjetische Kontrollkommission (SKK) gebildet. Nach Einschätzung der Lage erklärt der Chef der SMAD, W. I. Tschuikow: *„Unter diesen Umständen kann man nicht umhin, das Bestreben deutscher demokratischer Kreise als rechtmäßig anzuerkennen, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und dessen Wiedergeburt auf demokratischer und friedlicher Grundlage in die eigenen Hände zu nehmen. Eben darin erblickt die Sowjetregierung den Sinn der Beschlüsse des Deutschen Volksrats über die Inkraftsetzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und über die Bildung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin. Dabei nimmt die Sowjetregierung zur Kenntnis, daß die Provisorische Regierung auf dem Boden der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz steht und die Verpflichtungen erfüllen wird, die sich aus den gemeinsam gefaßten Viermächtebeschlüssen ergeben."* [15]

Somit wird die Gründung der DDR auch von der Sowjetunion bestätigt. Das Potsdamer Abkommen bzw. die Beschlüsse über Deutschland – mit Ausnahme der Einheit Deutschlands – wurden in der SBZ umgesetzt. Die Einheit Deutschlands auf friedliebender, unabhängiger demokratischer Grundlage bleibt als Ziel, das noch erkämpft werden soll. Die Regierung der DDR und die SED setzen am Anfang im Einklang mit der Politik der Sowjetunion dieses Ziel ins Zentrum ihrer Politik.

13 „Manifest des Deutschen Volksrates, Die Nationale Front des Demokratischen Deutschland", Deutscher Volksrat Informationsdienst, S. 3, Nr. 7, 1949

14 ebenda, S. 4

15 „Beziehungen DDR-UdSSR 1949 bis 1955", Dokumentensammlung 1. Halbband, S. 99-100, Staatsverlag der DDR, Berlin 1975

Am 11. Oktober konstituiert sich die Länderkammer der DDR und am selben Tag wird Wilhelm Pieck auf einer gemeinsamen Sitzung der Provisorischen Volkskammer und der provisorischen Länderkammer zum Präsidenten der DDR gewählt. Einen Tag später wird die Provisorische Regierung der DDR unter Otto Grotewohl gebildet.

In der **Volkskammer** waren vertreten: **Alle Klassen und Schichten** der Gesellschaft – die ArbeiterInnenklasse, kleine und mittlere Bourgeoisie, ja auch Teile der Großbourgeoisie, die von Nazis verfolgt worden waren, Groß-, Mittel- und arme Bauern.

Alle Parteien: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), Christlich-Demokratische Union (CDU), Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und Massenorganisationen, Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), Freie Deutsche Jugend (FDJ), Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD), Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und Kulturbund.

Die Provisorische Regierung bildete sich aus acht VertreterInnen der SED, vier der CDU, drei aus der LDPD, je einem aus NDPD und DBD sowie einem Parteilosen. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik war für das ganze, einheitliche Deutschland vorgesehen. Angelehnt an die Weimarer Verfassung war das eine demokratische und fortschrittliche Verfassung. Bis Mitte 1952 wurde das politische System der DDR als antifaschistisch-demokratisch bezeichnet. Die SED lehnte – auf Grundlage einer falschen Einschätzung – bis dahin ab, die antifaschistisch-demokratische Ordnung als Volksdemokratie zu bewerten. Tatsächlich entsprach der klassenmäßige Charakter dieses antifaschistisch-demokratischen Staates dem klassenmäßigen Charakter des volksdemokratischen Staates. In diesem System ist das Proletariat mit Teilen der Bourgeoisie an der politischen Macht.

Politik der Sowjetunion nach der Spaltung Deutschlands

Der Kampf um die Einheit Deutschlands verwandelte sich nun in einen Kampf für die Wiedervereinigung Deutschlands. Bis zur Berliner Konferenz der Außenminister vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 fand nur eine Konferenz der Außenminister-Stellvertreter in Paris vom 5. März bis 21. Juni 1951 statt. Auf der Konferenz erfolgte keine Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte, und die Vertreter der Westmächte erklärten Juni 1951 eine Fortsetzung der Konferenz für zwecklos.

In dem Zeitraum von 1949-1954 hat die Sowjetregierung mit an die Regierungen der drei imperialistischen Besatzungsmächte gerichteten Noten mehrmals ihre Haltung für die Wiedervereinigung Deutschlands dargelegt. [16]

Im Februar 1952 wandte sich die Regierung der DDR mit dem Ersuchen an die vier Mächte, den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen. Die Sowjetregierung reagierte umgehend darauf und unterbreitete einen Entwurf für einen Friedensvertrag. Die imperialistischen Besatzungsmächte lehnten alle Vorschläge für die Wiedervereinigung Deutschlands ab.

Schrittweise geht die Übertragung der staatlichen Funktionen von der Sowjetunion an die Regierung der DDR voran. Im Oktober 1949 werden in der SBZ die Verwaltungsfunktionen an die Regierung der DDR übertragen. Die SMAD wird aufgelöst und eine Sowjetische Kontrollkommission (SKK) gebildet, die 1953 ihre Arbeit einstellt. Der nächste Schritt ist, einen *„Hohen Kommissar mit der Vertretung der Interessen der Sowjetunion in Deutschland und der Überwachung der Tätigkeit der staatlichen Organe der DDR im Hinblick auf die Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus den Potsdamer Beschlüssen der Alliierten Mächte über Deutschland ergeben, zu betrauen sowie mit der Aufrechterhaltung der entsprechenden Verbindung mit den Vertretern der Besatzungsbehörden der USA, Großbritanniens und Frankreichs in den Fragen gesamtdeutschen Charakters, die sich aus den vereinbarten Beschlüssen der vier Mächte über Deutschland ergeben."* [17]

Die Ausübung der Kontrollfunktionen der Oberkommandierenden der sowjetischen Truppen in der DDR wird aufgehoben und deren Tätigkeit auf das Kommando über die sowjetischen Truppen in Deutschland beschränkt. Ab 1953 wird die politische Maxime vertreten: *„Das Schicksal Deutschlands liegt in den Händen des deutschen Volkes"*. Das heißt auch, die Frage der Wiedervereinigung ist eine Sache des deutschen Volkes selbst.

Dabei rückt für die Sowjetunion, in der sich der Revisionismus Schritt für Schritt breit macht, immer mehr die Frage einer „internationalen Entspannung" in den Vordergrund.

Nach mehreren Noten der Sowjetregierung, deren Inhalt darauf abzielte, eine Außenministerkonferenz einzuberufen, erklärten die Regierungen der Westmächte ihr Einverständnis mit dem vorgeschlagenen Termin und zu den vorbereitenden Besprechungen der Vertreter der Hohen Kommissare.

16 „Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion", Hrg. Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Bd. I und II, Rütten & Loening Berlin, 1957/1963

17 „Dokumente SU", Bd. I, S. 319-320

Diese Konferenz tagte vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 in Berlin. Die „Deutsche Frage" – die Frage der Wiedervereinigung blieb auf der Strecke. (Letztendlich ging es in diesem Konflikt darum, ob ein demokratischer, friedliebender, souveräner Staat oder ein remilitarisierter, in die NATO u.a. westliche militärische Bündnisse eingebundener Staat entstehen wird.
Der sowjetische Außenminister Molotow bringt es auf den Punkt: *„In Ost- wie in Westdeutschland streben die demokratischen Kräfte danach, daß das vereinigte Deutschland ein demokratischer und friedliebender Staat sei. Bringen unsere vier Staaten dafür Sympathie auf und gehen sie einvernehmlich vor, so wird das vereinigte Deutschland zweifellos festen Schrittes diesen Weg betreten, und die gesamtdeutschen Wahlen werden den Interessen der Demokratie und des Friedens in Europa entsprechen. Der Dreimächteplan entspricht diesen Ziele nicht."* [18]

Molotow über die Ergebnisse der Konferenz: *„Auf der Berliner Konferenz wurde nicht einmal der Vorschlag der Sowjetregierung angenommen, die Deutschen anzuhören und zu erfahren, was das deutsche Volk selber über die unaufschiebbaren Aufgaben der Vereinigung Deutschlands und über die Teilnahme des deutschen Volkes an der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa denkt. Das wollte auch die Regierung Westdeutschlands nicht, die, man höre nur, nicht daran denkt, sich mit der Regierung Ostdeutschlands, mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die den Plänen zur Wiederherstellung des deutschen Militarismus Widerstand leistet, an einen Tisch zu setzen."* [19]
Nachdem die Berliner Konferenz deutlich zeigte, dass binnen kurzer Zeit keine Wiedervereinigung Deutschlands möglich ist, hat die Sowjetregierung ihre Beziehungen mit der DDR auf eine neue Stufe gehoben. März 1954 wurde die Souveränität der DDR in ihren inneren und äußeren Angelegenheiten und die Aufhebung der kontrollierenden Tätigkeit des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland beschlossen.
Nach der Berliner Konferenz wird von der Sowjetunion, den Ländern der Volksdemokratien und der DDR als brennendstes Problem in dieser Zeit das Problem von **Krieg und Frieden** gesehen.
Die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa und die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage werden als wichtigste Punkte von der Sowjetunion und der DDR auf die politische Agenda gesetzt. Ausgehend von einer sich immer stärker entwickelnden, defensiven, klassenversöhnlerischen, illusionären politischen Haltung gegenüber dem Imperialismus. Und das nach dem Koreakrieg 1952-1953! Im Namen der kollektiven Sicherheit in Europa wird versucht, die Remilitarisierung Deutschlands zu verhindern, was letztendlich scheitern musste.
Die Vorschläge der Sowjetunion zur Regelung der Deutschlandfrage sahen zu dieser Zeit im einzelnen die Bildung einer Provisorischen Regierung aus Vertretern der Parlamente der DDR und BRD vor, mit der Aufgabe, freie gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen und in der Vorbereitung eines Friedensvertrages die Vertretung Deutschlands wahrzunehmen. Gleichzeitig wird eine Debatte über den Abzug der Besatzungstruppen der vier Mächte angestoßen. Die Sowjetunion schlug den Westmächten mit mehreren Noten eine Konferenz über die *„europäische Sicherheit und die friedliche Lösung der deutschen Frage"* vor.
An der *„Moskauer Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa"* Ende 1954 beteiligen sich die Sowjetunion, die volksdemokratischen Länder Europas, die DDR

18 „Dokumente SU", Bd. I, S. 442-443

19 „Dokumente SU", Bd. I, S. 492

und Vertreter der Volksrepublik China als Beobachter.
Die Sowjetregierung erklärte Januar 1955 zum wiederholten Mal ihre Haltung *„Zur friedlichen Lösung der deutschen Frage"* und veröffentlichte den *„Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR"* über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland.
Auf der *„2. Konferenz Europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und die Sicherheit in Europa"* 1955 in Warschau werden der *„Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand"* und die *„Bildung eines vereinten Kommandos der Streitkräfte der Teilnehmerländer des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand"* beschlossen.
Auf der *„Genfer Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs"* im Juli 1955 werden „Probleme der Minderung der internationalen Spannungen" erörtert.
Die Delegation der UdSSR unterbreitete der Konferenz einen Entwurf zu einem Gesamteuropäischen Vertrag über Kollektive Sicherheit, einen Vertragsentwurf über den gegenseitigen Verzicht von Gewaltanwendung und einen Vorschlag über die *„Lösung von Streitfragen mit friedlichen Mitteln zwischen den Teilnehmerstaaten der in Europa bestehenden Gruppierungen*".
Die Delegation der UdSSR sah in der Schaffung eines Kollektiven Sicherheitssystems in Europa die geeignetste Möglichkeit die Wiedervereinigung Deutschlands anzustreben, weil dadurch das Wiedererstehen des deutschen Militarismus verhindert werden könnte. Sie ging zu dieser Zeit davon aus, dass in einem vereinigten Deutschland sich die friedliebenden und demokratischen Kräfte durchsetzen würden.
Die Westmächte änderten ihren Standpunkt nicht. Sie forcierten ein dem Pariser Abkommen entsprechendes remilitarisiertes Westdeutschland und ein langfristig unter ihrer Ägide vereinigtes Deutschland, das der NATO und der Westeuropäischen Militärunion (eine Form der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft) angehören sollte.
September 1955 werden in Moskau Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der UdSSR und der BRD geführt, an deren Ende die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen UdSSR und BRD steht.
Einige Tage später wird zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der DDR der *„Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken"* unterzeichnet. Die Hohe Kommission der UdSSR in Deutschland wird aufgelöst und die zwischenstaatlichen Beziehungen werden über Botschafter hergestellt.
Die nächste Außenministerkonferenz der vier Mächte tagt November 1955. Der Sowjetische Außenminister Molotow fordert, die europäische Sicherheit als übergeordnete und die Herstellung der Einheit Deutschland als untergeordnete Frage zu behandeln. Er bezeichnete die Wiedervereinigung Deutschlands als eine Aufgabe vor allem der deutschen Bevölkerung selbst. Dabei wird die Bildung eines Gesamtdeutschen Rats und der Abzug der Besatzungstruppen mit Ausnahme beschränkter Kontingente vorgeschlagen.
Die Westmächte vertraten die Position der Politik des „kalten Krieges". Sie lehnten im Verlauf der Verhandlungen alle Vorschläge der Sowjetdelegation ab. Molotow charakterisierte ihre Strategie sehr zutreffend: *„Es liegt klar auf der Hand, daß alle Versuche undurchführbar sind, die darauf abzielen, daß Ostdeutschland von Westdeutschland verschlungen wird. Die Vorschläge der drei Westmächte waren dennoch darauf gerichtet, daß Westdeutschland mit Hilfe des Eden-Plans Ostdeutschland verschlingen soll."* [20]
Am 27. und 28. Januar 1956 tagte der Politische Beratende Ausschuss der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Prag. Hauptthema sind das Sicherheitssystem in Europa und die Abrüstung. In der gemeinsamen Deklaration wird u.a. vorgeschlagen: *„Bis zur Herbeiführung eines Abkommens über die Schaffung eines wirksamen Sicherheitssystems in Europa wäre der Abschluß von Nichtangriffspakten zwischen entsprechenden Ländern mit der Verpflichtung, strittige Fragen nur mit friedlichen Mitteln zu lösen, ein ernsthafter Beitrag zur Festigung einer solchen Sicherheit und zur Schaffung des notwendigen Vertrauens zwischen europäischen Staaten."* [21]
Man sieht, dass die Politik der Sowjetunion ab 1954 nach und nach, aber systematisch sich von der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten zu einem einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschland zur Anerkennung der Existenz der beiden deutschen Staaten hin entwickelte. Das 1956 auf dem XX. Parteitag offen formulierte Grundprinzip der „Friedlichen Koexistenz der beiden Systeme" als Hauptpolitik wird in der Deutschlandfrage bereits vorweggenommen.
Der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 läutet im wahrsten Sinne des Wortes eine neue Ära ein. Den Sieg des Revisionismus in der Sowjetunion, die Übernahme der politischen Macht durch eine neue Bourgeoisie, die sich im Staatsapparat und der Sowjetökonomie entwickelt hat. Die Ausschaltung jeglicher Opposition gegen diesen „neuen Kurs" ist Programm. Der Weltimperialismus triumphiert. Die revisionistische Politik der friedlichen Koexistenz zwischen den

20 „Dokumente SU", Bd. II, S. 287
21 „Dokumente SU", Bd. II, S. 299-300

Zeittafel März 1948 – Februar 1956

1948

20. März bis 2. Juni: Zweite Londoner Konferenz

1. September: Konstitution des parlamentarischen Rats in Bonn. Erarbeitung Verfassung für westdeutsche Bundesrepublik

1949

10. April: Besatzungsstatut der drei westlichen Militärgouverneure und Übergabe an den Parlamentarischen Rat

28. April: Unterzeichnung des Abkommens über die Errichtung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut) durch Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, die Niederlande und die USA

23. Mai: Inkrafttreten Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

14. August: Erste Bundestagswahlen: Partei / Prozent / Abgeordneten-Anzahl: CDU/CSU 31% / 139; SPD 29,2% / 131; FDP 11,9% / 52; KPD 5,7% / 15; Bayernpartei 4,2% / 17; Deutsche Partei (DP) 4,0% / 17; Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) 2,9% / 12; Deutsche Reichspartei 1,8% / 5

12. September: Theodor Heuss (FDP) zum Bundespräsidenten gewählt

15. September: Wahl Konrad Adenauer (CDU) zum Bundeskanzler, Bildung einer Regierungskoalition aus CDU, CSU, FDP und DP (Faschistische, revanchistische Organisation)

7. Oktober: Deutsche Volksrat erklärt sich zur Provisorischen Volkskammer gemäß der am 19. März 1949 beschlossenen und vom 3. Deutschen Volkskongreß am 30. Mai 1949 bestätigten Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

15. Oktober: Diplomatische Anerkennung der DDR durch die Regierung der UdSSR

17.-25. Oktober: Austausch diplomatischer Missionen zwischen der DDR und Albanien, Bulgarien, China, Korea, Polen, Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei

1. Dezember: Erklärung des Demokratischen Blocks gegen die Anerkennung des Ruhrstatuts durch die Bonner Regierung

7. Dezember: Gesetz der Provisorischen Volkskammer der DDR (Prov. Volkskammer) zum Schutz der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten (Landarbeiterschutzgesetz)

18. Dezember: Annahme eines Landjugendprogrammes auf dem Kongress der Landarbeiterjugend in Schwerin

1950

7. Januar: Umwandlung der Volkskongreßssbewegung in die Nationale Front des demokratischen Deutschland. Konstituierung des Sekretariats der Nationalen Front

21. Januar: Veröffentlichung des Aufrufs der Nationalen Front gegen die Lostrennung des Saargebiets von Deutschland

3. Februar: Bildung Nationalrat der Nationalen Front

8. Februar: Prov. Volkskammer beschließt Jugendförderungsgesetz

15. Februar: Beschluss des Programms der „Nationalen Front des demokratischen Deutschlands"

13. März: Protesterklärung des Ministerrats der DDR gegen die Annexion des Saargebietes durch den französischen Militarismus unter Beihilfe der Bonner Regierung

12. April: Unterzeichnung eines Handelsabkommens der Regierungen der UdSSR und der DDR.

24. bis 29. April: Prozess gegen die Herwegen-Bründert-Gruppe in Dessau wegen Wirtschaftsverbrechen durch Verschiebung von über 100 Millionen DM Volksvermögen an die Konzernherren der Deutschen Continental Gasgesellschaft (DCGG)

1. Mai: Inkrafttreten des Gesetzes der Arbeit beschlosssen von der Prov. Volkskammer der DDR

16. Mai: Erklärung des Politbüros des ZK der SED gegen die Verletzung des Potsdamer Abkommens durch die Londoner Beschlüsse der Westmächte

4. bis 6. Juli: Gründung des Deutschen Schriftstellerverbandes auf dem 2. Deutschen Schriftstellerkongress in Berlin

6. Juli: Unterzeichnung eines Abkommens über die deutsch-polnische Friedensgrenze an der Oder und Neiße durch Otto Grotewohl und Jozef Cyrankiewicz in Zgorzelec

20. Juli: Zweijahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft 1949/1950 wird vorfristig erfüllt

18. August: Protestnote der Regierung der UdSSR gegen die Abhaltung einer separaten Westmächtekonferenz

25./26. August: I. Nationalkongreß der Nationalen Front in Berlin

31. August: Veröffentlichung eines Protesttelegramms der Regierung der DDR gegen den barbarischen Aggressionskrieg der USA in Korea

8. September: Prov. Volkskammer der DDR beschließt Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der DDR und über die Entschuldung und Kredithilfe für Klein- und Mittelbauern

17. September: Demonstration von 100 000 Bauern und Bäuerinnen in Leipzig für Frieden und Einheit Deutschlands

27. September: Prov. Volkskammer beschließt Gesetz über den Schutz von Mutter und Kind und die Rechte der Frau

29. September: Aufnahme der DDR in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

15. Oktober: Wahlen zur Volkskammer in der DDR

21. Oktober: Erste Konferenz der SED in Berlin zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse Westdeutschlands

4./5. November: Erster Kongress der deutschen Kämpfer für den Frieden in Berlin, für Entfaltung einer breiten Widerstandsbewegung gegen Remilitarisierung und Aggression

8. November: Regierungsneubildung und Konstituierung der Volkskammer der DDR

14. November: Erklärung des Nationalrats der Nationalen Front gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und für die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates

30. November: Vorschlag Ministerpräsident der DDR Otto Grotewohl an Bundeskanzler Adenauer zur Aufnahme von Verhandlungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates

14. – 20. Dezember: Prozess gegen 10 ehemalige Direktoren und leitende Angestellte der Deutschen Solvay-Werke in Bernburg (DDR) wegen Wirtschaftsverbrechen durch Verschiebung von mehr als 100 Millionen DM

„sozialistischen und imperialistischen Ländern" wird zur offiziellen Linie der KPdSU. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR werden mit dem Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit, weiter ausgebaut. Dazu dient auch die Herabsetzung des für den Aufenthalt der sowjetischen Truppen in der DDR bereitzustellenden Betrags von 1 600 Millionen auf 800 Millionen DM u.a. Die VertreterInnen der Sowjetunion sehen unter den gegenwärtigen Bedingungen keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands *„als den Weg der direkten Verhandlungen und der Verständigung zwischen den Regierungen der beiden Deutschen Staaten – der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik."* [22]

In der BRD wird am 20. Juli 1956 das „Wehrpflichtgesetz" verabschiedet, das fünf Tage später in Kraft tritt. Am 17. August 1956 wird die KPD verboten. Das Jahr 1956 bedeutet den Beginn einer Wendung in der Außenpolitik der Sowjetunion und in gewissem Maße auch der DDR. Schritt für Schritt entfernt sich die Sowjetunion von der Einheitspolitik für Deutschland hin zur Politik der „friedlichen Koexistenz". Diese führt zur diplomatischen Anerkennung der BRD und der DDR, also beider deutscher Staaten durch die Sowjetunion.

SED – DDR
Oktober 1949 bis Juni 1952

Nationale Frage

Die Politik der SED und der DDR-Regierung waren weitgehend identisch. Auch die Politik des Demokratischen Blocks, der Volkskongreßbewegung oder der Nationalen Front entsprach der SED Politik. „Die Nationale Frage, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands" stand im Zentrum der Politik der SED und ihren Organisationen. Alle anderen Fragen waren abhängig von dieser zentralen Frage, von diesem *„Kampf um das Hohe Ziel"*: Errichtung eines einheitlichen, unabhängigen demokratischen Deutschlands. Damit war auch das Ziel, einen Friedensvertrag für Deutschland und den Abzug aller Besatzungstruppen zu erreichen, verbunden.

Als die Spaltung Deutschlands durch die westlichen Besatzer vollzogen war, veröffentlichte der Parteivorstand der SED am 4. Oktober 1949 die Entschließung über „Die Nationale Front des demokratischen Deutschlands und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands":

„Die Bildung des Bonner Separatstaates und seiner Marionettenregierung hat die politische Einheit Deutschlands untergraben. Die Existenzgrundlagen eines einheitlichen Nationalstaates sind durch diese Spaltungspolitik erschüttert worden. Die Unabhängigkeit und Souveränität der deutschen Nation ist gefährdet.

Jeder deutsche Bürger, der als Patriot seines Vaterlandes für ein friedliches, einheitliches und unabhängiges Deutschland ist, ob Sozialist oder nicht, ob Demokrat oder nicht, jeder Arbeiter, Angestellte, Bauer, Intellektuelle, Handwerker, jeder Angehörige der freien Berufe und jeder Unternehmer muß sich über die Gründe des nationalen Notstandes Deutschlands und der nationalen Unterdrückung Westdeutschlands Rechenschaft able-

gen und muß sich darüber klar werden, auf welchem Weg und mit welchen Mitteln das deutsche Volk die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als demokratischen und friedliebenden Staat erreichen und sich die Möglichkeit einer freien und unabhängigen Entwicklung als einheitliche große Nation auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen Völkern erkämpfen kann." [23]

22 „Dokumente SU", Bd. II, S. 320

23 „Die Nationale Front des demokratischen Deutschlands und die SED", „SED Dokumente", Bd. II, S. 327, Erste Ausgabe

Volksvermögen an westdeutsche Konzernherren.
15. Dezember: Volkskammer beschließt Gesetz zum Schutz des Friedens

1951
15. Januar: Aufruf des Bundesvorstandes des FDGB an die Werktätigen Westdeutschlands und Westberlins zur Aktionseinheit
31. Januar: Regierungserklärung und Appell der Volkskammer der DDR an den Bundestag der Deutschen Bundesrepublik: „Deutsche an einen Tisch!"
5. März: Präsidium der Volkskammer fordert Verhandlungen von den vier Großmächten über den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland noch im Jahre 1951
8. März: Bildung eines Gesamtdeutschen Arbeitskreises für Handel und Industrie in Leipzig
9. Mai: Beschluss der Regierung der DDR über die Durchführung einer Volksbefragung
3. bis 5. Juni: 96 Prozent der WählerInnen stimmen in der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages
13. – 15. Juni: 6. Tagung des ZK der SED: Beschlüsse über Steigerung der Arbeitsproduktivität und über Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den volkseigenen Betrieben
17. Juni: Aufruf des Bundesvorstandes des FDGB an den DGB Westdeutschlands: „Deutsche Gewerkschafter an einen Tisch!"
4./5. Juli: Gesamtdeutsche Metall- und Bergarbeiterkonferenz in Halle: Kampfprogramm der Metall- und Bergarbeiter Deutschlands gegen die Remilitarisierung und gegen den Schumanplan
23. Juli: Entschließung der gesamtdeutschen Konferenz der Eisenbahner, der Verkehrs-, Transport- und Hafenarbeiter in Eisenach: „Verhindert den Transport von USA-Kriegsmaterial!"
15. September und 10. Oktober: Regierungserklärung und Appell der Volkskammer der DDR an den Bundestag und an alle Deutschen für gesamtdeutsche Beratungen und freie Wahlen für eine Nationalversammlung
20. Oktober: Entschließung des ZK der SED für Verstärkung der Anstrengungen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands
31. Oktober: Gesetz über den Fünfjahrplan (1951-1955) für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR
2. November: Regierungserklärung der DDR für die Durchführung gesamtdeutscher Beratungen
20. November: Vorschlag des Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck an den westdeutschen Bundespräsidenten Theodor Heuss für ein Treffen zur Erörterung von Fragen der deutschen Einheit
11. Dezember: Erklärung der Regierungsdelegation der DDR vor dem zweiten politischen Ausschuss der UN-Vollversammlung in Paris

1952
9. Januar: Volkskammer der DDR billigt Gesetz über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung
19. Januar: Gesamtdeutsche Bergarbeiterkonferenz in Essen
31. Januar/1. Februar: Gesamtdeutsche Konferenz der Kulturschaffenden in Berlin
19. März: Deutscher Volksrat verabschiedet Verfassung für eine Deutsche Demokratische Republik
24. März: Brief des ZK der SED an den Parteivorstand der SPD: „Für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands"
17. April: Ministerrat der DDR „Erklärung an das deutsche Volk zum Kampf gegen den Generalkriegsvertrag, für einen Friedensvertrag und die Wiedervereinigung durch freie Wahlen"
17. Mai: Protest-Massenkundgebung Hunderttausender Werktätiger in Berlin gegen die blutigen Ausschreitungen der Adenauer-Polizei anlässlich der Jugenddemonstration in Essen am 11. Mai 1952
21. Mai: Aufruf des Nationalrats der Nationalen Front „An alle deutschen Patrioten zum nationalen Volkswiderstand gegen den Generalkriegsvertrag (EVG) der Westmächte"
10. Mai: Gründung des Deutschen Friedenskomitees
15. bis 16. Mai: Wahlen zum III. Deutschen Volkskongreß in der SBZ und dem sowjetischen Sektor Berlins
23./24. Mai: Prozess gegen die Burianeck-Bande wegen Verbrechen gegen die Bevölkerung der DDR
13. Juni: Protest des Demokratischen Blocks gegen die Unterzeichnung der Kriegsverträge von Bonn und Paris am 26./27. Mai durch Adenauer

1954
29. November bis 2. Dezember 1954: „Moskauer Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa"

1955
11. bis 14. Mai: 2. Konferenz Europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und die Sicherheit in Europa
18. bis 23. Juli: Genfer Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs
9. bis 13. September: Verhandlungen und Vereinbarung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Regierungsdelegationen der UdSSR und der BRD
17. bis 20. September: Gespräche zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der DDR. Vereinbarung über „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken"
22. September: Adenauer-Regierungserklärung über Moskauer Verhandlungen: BRD hält „Alleinvertretungsanspruch" für das ganze deutsche Volk aufrecht. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch dritte Staaten (außer der SU) wird als feindlicher Akt bewertet
23. September: Der Bonner Bundestag billigt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und Westdeutschland
24. September: Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR billigt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und Westdeutschland und verkündet einen entsprechenden Erlass
29. September: Billigung des Vertrags zwischen UdSSR und DDR durch die Volkskammer der DDR
27. Oktober bis 16. November: Außenministerkonferenz der vier Siegermächte in Genf

1956
14. bis 25. Februar: XX. Parteitag der KPdSU

In diesem Dokument werden programmatisch, antimarxistisch der Klassenkampf, der Kampf um den Sozialismus völlig dem Kampf um die Einheit Deutschlands, der nationalen Frage in Ost- und Westdeutschland untergeordnet. Für Westdeutschland wird die koloniale Versklavung durch den US-Imperialismus als Hauptgefahr beschworen und die Bedeutung des wider erstarkenden deutschen Imperialismus verkannt. Für Ostdeutschland wird nicht der Kampf für den Übergang von der antifaschistischen Volksdemokratie zum Sozialismus gestellt. Nein! Ausgangspunkt ist: *„Die nationale Frage ist zur wichtigsten politischen Lebensfrage* (an anderer Stelle *Überlebensfrage* TA) *des deutschen Volkes geworden.*" Es wird zum nationalen *„Befreiungskampf des ganzen Volkes" aufgerufen.* (ebenda, S. 344)

Ausgehend von diesem Verständnis sollte niemand von der Bewegung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands ausgeschlossen werden… Für die Wiederherstellung Einheit Deutschlands erklärt der SED-Parteivorstand: *„Wir sind zur Zusammenarbeit mit allen deutschen Patrioten bereit, darunter auch mit früheren Mitgliedern der Nazipartei, ehemaligen Offizieren, kleineren und mittleren Unternehmern und dem Teil der Großbourgeoisie in Westdeutschland, dem die Interessen Deutschlands am Herzen liegen und der bereit ist, die Bestrebungen des deutschen Volkes zur Wiederherstellung seiner Einheit und Unabhängigkeit zu unterstützen."* [24]

Also wird von der SED der Nationalen Front eine klassenversöhnlerische Zusammenarbeit, die „frühere Mitglieder der Nazipartei" einschließt, als Grundausrichtung vorgegeben. Das gipfelte darin, dass es der Parteivorstand für „geboten" hält: *„die ehemaligen Angehörigen der deutschen Wehrmacht, darunter Offiziere und Generale, …, in ihren bürgerlichen Rechten mit den übrigen Bürgern gleichzustellen."* [25]

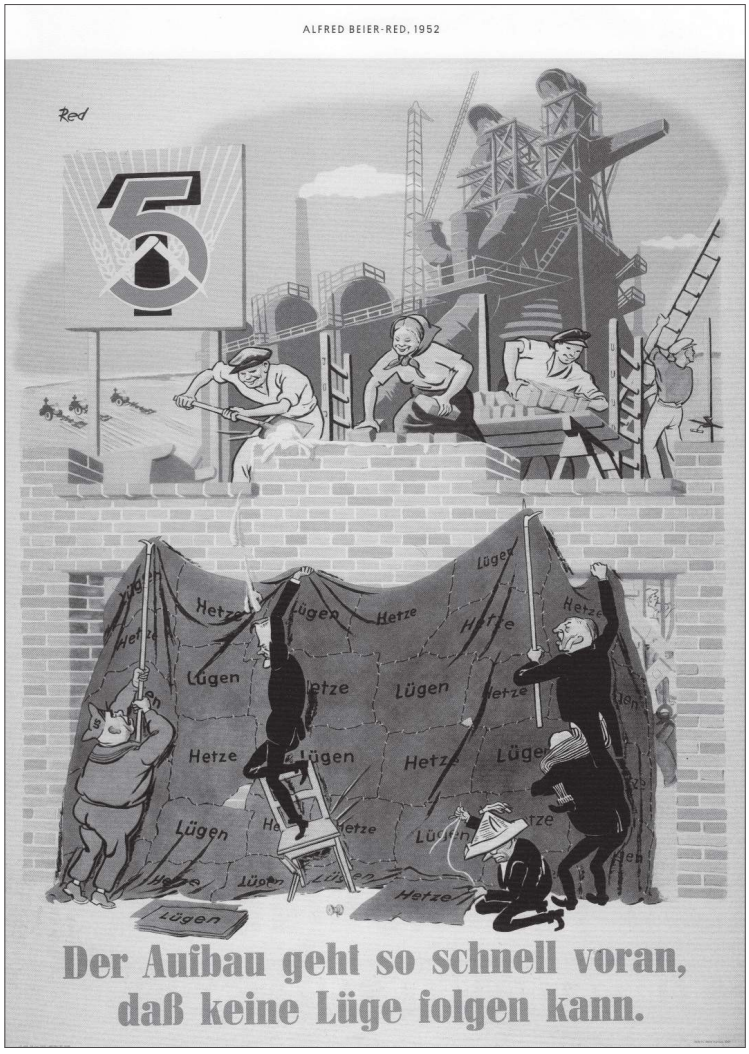
Warum? *„Die Beibehaltung der früheren Beschränkungen schadet gegenwärtig den Interessen des Volkes, da sie die Heranziehung eines* ***bedeutenden Teiles*** *der Bevölkerung in den allgemeinen nationalen Kampf erschwert und die Staatsorgane wie die Öffentlichkeit auf die Aufgaben des gestrigen Tages orientiert und nicht auf die neuen Aufgaben."* (Hervorh. TA) [26]

Also mit Nazi-Faschisten im nationalen Kampf gegen den westdeutschen Staat und den US-Imperialismus?

Am 7. Januar 1950 konstituierte sich das Sekretariat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. [27]

Im Februar wird der Nationalrat der Nationalen Front gebildet und das *„Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands"* beschlossen. Dieses stimmt im wesentlichen mit der oben angeführten Entschließung der SED überein. Ein einheitliches, demokratisches unabhängiges Deutschland war das gemeinsame Ziel.

Zwei weitere wichtige Politikfelder der SED und der DDR sind im Zeitraum bis Juni 1952 hervorzuheben: Der wirtschaftliche Fünfjahrplan der SED, später der Regierung der DDR und die Wahlen zur DDR Volkskammer.



„Der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951 bis 1955)" wird vom III. Parteitag der SED bestätigt und dem Ministerrat der DDR vorgelegt und von diesem am 17. August 1950 gebilligt. Da wir die Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslage in einem künftigen Artikel behandeln werden, gehen wir hier nicht ins Detail. Was hier aber gesagt werden muss, ist, dass die Wirtschaftspläne bis 1955 (inklusive) keine weiteren Enteignungen vom Privateigentum der Industriellen und HandwerkerInnen an Produktionsmitteln, noch Ent-

24 „SED Dokumente", Bd. II, S. 342
25 „SED Dokumente", Bd. II, S. 344
26 „SED Dokumente", Bd. II, S. 345
27 Vormals Sekretariat der Volkskongreßbewegung

Deutsches Kulturerbe, nationale Würde des deutschen Volkes, Nationalgefühl – Demokratisches, internationalistisches, sozialistisches Kulturverständnis?

In der Entschließung „Die Nationale Front des demokratischen Deutschlands und die SED" wird die Kulturpolitik der westlichen Großmächte und der Adenauer-Regierung als „Zerstörung deutschen Kulturgutes" angeprangert. Völlig klassenunspezifisch werden die „deutsche nationale Kultur" angepriesen und verheerende nationalistische Schlussfolgerungen gezogen:

„Auch die Grundlagen der deutschen nationalen Kultur werden untergraben. Statt die von Hitler degradierte deutsche Kultur demokratisch zu erneuern und zu fördern, wird in Westdeutschland eine Politik durchgeführt, die zur Massenarbeitslosigkeit der Geistesschaffenden, zur Schließung der Theater und zur Überschwemmung Westdeutschlands mit flachen, banalen und minderwertigen amerikanischen Büchern und Filmen führt. Die klassische deutsche Musik und die Musik unseres Volkes wird durch den Radau sogenannter Jazzkapellen verdrängt. (Das ist angelehnt an die rassistische Diktion der NS-Propaganda in den zwanziger und dreißiger Jahren gegen amerikanische Kultur.)

*Das **jahrhundertalte, hochentwickelte deutsche Kulturerbe** soll zerstört werden. Gleichzeitig wird in Deutschland die antinationale unwissenschaftliche Theorie des Kosmopolitismus des Weltbürgertums, der `Vereinigten Staaten von Europa' der Geist des Fatalismus und Pessimismus verbreitet.*

*Dies soll zur **Unterdrückung und Vernichtung der nationalen Würde des deutschen Volkes** zur Liquidierung des **Widerstandes der deutschen Nation** gegen die amerikanischen imperialistischen Sklavenherren führen. Die Verteidiger der Idee der Weltherrschaft der USA wollen das **Nationalgefühl** und die **Würde des deutschen Volkes** in den Schmutz treten, des Volkes, das **Luther (**Antisemit! TA) und … **Goethe** (Kriegsverherrlicher! TA)…..hervorgebracht hat."* Das ist ein völlig schräger „Antiimperialismus" begründet mit chauvinistischer Überhöhung deutscher Kultur anstatt den proletarischen Internationalismus zu propagieren.

„SED Dokumente", Bd. II, S. 337

eignungen der Großbauern und -bäuerinnen vorsieht. Im Gegenteil, es wird vorgesehen, dass sich die Wirtschaft in diesem Sektor um 60 Prozent entwickeln soll, sprich diese Teile der Bourgeoisie sich weiter bereichern sollen.

Auch der Fünfjahrplan der SED wird im Zusammenhang mit dem Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands verabschiedet und begründet.

„Der Fünfjahrplan wird durch einen nicht dagewesenen Aufschwung der Friedenswirtschaft und des kulturellen Lebens die demokratische Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik weiter festigen. Damit wird zugleich der Kampf für ein einheitliches, friedliches, demokratisches Deutschland verstärkt. Der Fünfjahrplan wird der Arbeiterschaft und Bevölkerung Westdeutschlands das leuchtende Beispiel sein, wie das ganze deutsche Volk ohne imperialistischen Marshallplan, ohne Besatzungsstatut, ohne anglo-amerikanische Militärgouverneure leben kann, wenn es sein Leben auf Grundlage einer friedlichen und fortschrittlichen demokratischen Ordnung aufbaut und die Grundgesetze der Planwirtschaft anwendet. [28]

Bereits hier spiegelt sich schon die irrige Auffassung der SED wieder, dass der Marshallplan den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands bedeuten würde und wie sie später in der Entschließung zur „Nationalen Front" schlussfolgert: *„Das Ergebnis dieser Politik ist die Massenarbeitslosigkeit von Arbeitern und Angestellten, den Ruin des Mittelstandes und der Bauern, den Bankrott von kleinen und mittleren Unternehmern, die künstlich geschaffene Konkurrenzunfähigkeiten eines großen Teils der westdeutschen Großindustrie. Damit ist die wirtschaftliche Existenz fast aller Schichten der westdeutschen Bevölkerung gefährdet."* [29]

Die langfristige Strategie der westlichen Großmächte, den imperialistischen Konkurrenten Deutschland einerseits klein zu halten, andererseits aber zum Bollwerk gegen den Kommunismus, insbesondere gegen die Sowjetunion aufzupäppeln und aufzurüsten, hat sie nicht auf dem Schirm. Zudem ermöglichten der Marshallplan und der Wiederaufbau der kapitalistischen Industrie es dem BRD-Regime, den Lebensstandard der Werktätigen im Verhältnis zur DDR sehr viel schneller zu heben.

Insofern ist die Prophezeiung im Fünfjahrplan vollkommen illusorisch und widerspricht völlig den tatsächlichen Klassenverhältnissen. Gleichzeitig tritt die DDR schon hier in den nicht zu gewinnenden Wettbewerb ein, den die Chruschtschowrevisionisten zur „Perfektion" getrieben haben, und sich so wie auch die SED völlig unglaubwürdig und ja, geradezu lächerlich gemacht haben: „Das Märchen vom Überholen des Kapitalismus auf ökonomischer Ebene." Dem Kapitalismus wurde damit auf seinem Feld begegnet, die Maßstäbe des kapitalistischen Konsums wurden zum Maßstab der Volksdemokratie gemacht, und nicht auf neue sozialistische Werte gesetzt.

„Das Beispiel der friedlichen, ehrlichen Arbeit wird überzeugend auf die Arbeiterschaft und die Bevölkerung Westdeutschlands wirken. Sie werden erkennen, wer der Freund und wer der Feind des deutschen Volk ist. So ist der Fünfjahrplan zugleich der Plan des Kampfes zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und zur Herstellung seiner Einheit, er entspricht also voll und ganz

28 Protokoll des III. Parteitages der SED, Dietz Verlag Berlin, Bd. I, 1951, S. 341-342

29 „SED Dokumente", Bd. II, S. 327

den Lebensinteressen unseres deutschen Volkes. (Starker Beifall)" [30]

Die Wahlen zur Volkskammer, dem Parlament der DDR, zu den Land- und Kreistagen und Gemeindevertretungen am 15. Oktober 1950, findet *„Im Zeichen des Programms der Nationalen Front"* statt. Der Demokratische Block beschließt am 16. Mai 1950 über die Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten der Nationalen Front zu den Wahlen:

„Das Interesse der ganzen Nation erfordert die engste Zusammenarbeit aller Patriotischen Kräfte, um die Nationale Front des demokratischen Deutschland zu stärken. Der Demokratische Block beschließt deshalb die gemeinsame Aufstellung von Kandidatenlisten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Diese unsere Einmütigkeit wird der Festigung des Friedens, der Festigung der demokratischen Ordnung, der Stärkung des Kampfes um die Einheit Deutschlands dienen und den Abzug der Besatzungstruppen und die Herstellung eines unabhängigen demokratischen Deutschlands im Sinne des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland herbeiführen." [31]

Für die Volkskammer sollte nach Artikel 52 der Verfassung an der festgesetzten Abgeordnetenzahl von 400 Mitgliedern festgehalten werden. Diese verteilten sich in dem vereinbarten gemeinsamen Wahlvorschlag prozentual wie folgt: SED 25 Prozent, CDU 15 Prozent, LDPD 15 Prozent, NDPD 7,5 Prozent, DBD 7,5 Prozent, FDGB 10 Prozent, FDJ 5 Prozent, DFD 3,7 Prozent, VVN 3,7 Prozent, Kulturbund 5 Prozent, VdgB 1,3 Prozent und Genossenschaften 1,3 Prozent. Für die Land- und Kreistage und Gemeindevertretungen galt ein ähnlicher Schlüssel.

Die Wahlbeteiligung lag bei 98,53 Prozent. 12 097 105 WählerInnen haben für die KandidatInnen der Nationalen Front gestimmt und 34 060 für die GegenkandidatInnen. Auf die Einheitsliste entfallen 99,7 Prozent der Stimmen.

Damit wird letztendlich eine Regierung der Nationalen Front gebildet. Dieser Fakt zeigt die Kräfteverhältnisse in der DDR. Alle Klassen und Schichten, ArbeiterInnenklasse, kleine und mittlere Bourgeoisie, Klein-, Mittel- und Großbauernschaft – außer Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer, die offene Nazis waren und während der Zeit vor der Gründung der DDR enteignet worden waren – waren in Volkskammer, Land- und Kreistagen und Gemeindevertretungen politisch vertreten. Die neue Regierung wird 15. November 1950 gebildet. Grotewohl bleibt Ministerpräsident der DDR. Der Regierung gehörten Mitglieder folgender Parteizugehörigkeit an: Zehn der SED und elf von anderen Parteien, CDU 4, LDPD 2, NDPD 2, DBD 1, FDGB 1 sowie ein Parteiloser. In der Regierungserklärung werden als Hauptaufgaben der Kampf für das einheitliche Deutschland und der Kampf für den Frieden festgelegt.

Für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands wird ein „Gesamtdeutscher Konstituierender Rat" vorgeschlagen, dem die konkrete Aufgabe der Vorbereitung zur Mitwirkung an den Verhandlungen über den Abschluss eines Friedensvertrages zugewiesen werden sollte, und die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen. Ziel war, dass dieser Gesamtdeutsche Konstituierende Rat alle Vorbereitungen trifft, damit eine gesamtdeutsche Regierung gebildet werden kann.

Das Jahr 1951 ist geprägt von den Bemühungen um die Bildung dieses Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates. **Unter dem Motto: *„Deutsche an einen Tisch!"*** soll sich dieser paritätisch aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zusammensetzen. Mehrere Erklärungen, Appelle von Seiten der Regierung, der Volkskammer, dem Nationalrat der DDR an die Bonner Regierung, an Kanzler Adenauer, den Bundestag, etc. laufen ins Leere. Die komplette Ablehnung aller Vorschläge durch die Westdeutsche Regierung und Verantwortlichen ist Standard.

Der Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands prägt auch die Zeit bis Juni 1952. Am 9. Januar 1952 billigt die Volkskammer den Entwurf eines demokratischen Gesetzes über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung. Am 13. Februar richtet der Ministerrat die Bitte an die vier Großmächte, den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen. Die Sowjetregierung war als einzige Besatzungsmacht dieser Bitte entgegen gekommen.

Der Kampf um die Einheit Deutschlands wird mit dem Kampf gegen den „Generalvertrag" [32] und gegen die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft" (EVG) ver-

30 Protokoll des III. Parteitages der SED, Dietz Verlag Berlin, Bd. I, 1951, S. 341-342

31 „Nationale Front des demokratischen Deutschland, Informationsdienst", Nr. 11, S. 17, 1950

32 „Am 26. Mai 1952 unterzeichneten die USA, Großbritannien und Frankreich mit der BRD in Bonn den separaten ‚Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten, den sogenannten Generalvertrag oder Deutschlandvertrag, der die Beziehungen zwischen den drei Westmächten und der Regierung der BRD regelte und die Bildung einer westdeutschen Armee legalisierte. Gleichzeitig mit dem ‚Generalvertrag' wurden eine Reihe weiterer zusätzlicher Vereinbarungen über die Rechte und Pflichten der ausländischen Streitkräfte auf dem Territorium der BRD unterzeichnet. Der ‚Generalvertrag' ... trat jedoch damals nicht in Kraft ... Die französische Nationalversammlung lehnte 1954 den EVG-Vertrag von 1952 ab. ... der Generalvertrag (wurde) in veränderter Form Bestandteil der Pariser Verträge, … sie traten am 5. Mai 1955 in Kraft." „Beziehungen DDR-UdSSR", 1949 bis 1955, Bd. 1, S. 368-369

bunden. In ihrem *„Ruf an die Nation"* April 1952 mobilisiert das ZK der SED die „deutsche Nation gegen den Generalkriegsvertrag", mit allen Mitteln Widerstand zu leisten und damit gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands zu kämpfen:

„Gestützt auf die Deutsche Demokratische Republik als die wichtigste Basis im Kampf für den einheitlichen, demokratischen und friedliebenden deutschen Staat wird sich unser Vaterland neu erheben, seine Unabhängigkeit erringen und ein freies Leben in Frieden und Wohlstand beginnen." [33]

Am 21. Mai 1952 ruft der Nationalrat der Nationalen Front „alle Deutschen zur Tat". Der Kampf der SED und DDR für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands bestimmt die gesamte Politik von der Gründung der DDR bis Juni 1952. In diesem Zeitraum wird keine direkte Propaganda und Agitation für den Kampf um Sozialismus in der DDR bzw. in Deutschland gemacht. Sozialismus wird nur im Zusammenhang der Verteidigung der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder thematisiert. Weil diese Länder, nach der Einschätzung der SED *„ihren volksdemokratischen Staatsapparat, der die Funktion der Diktatur des Proletariats ausübt, festigen"* konnten und *„den Weg zum Sozialismus beschritten"* haben. („Entschließungen", III. Parteitag der SED, Protokoll, Bd. II, S. 225) Für die SED war Sozialismus noch ein fernes Ziel.

Diese deutsch-nationale, chauvinistische Haltung der SED nur vier Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs und der Niederlage des Hitlerfaschismus ist Niederschmetternd. Das ist das Gegenteil einer marxistischen Analyse der Ideologie des Hitlerfaschismus beruhend auf dem deutschen Nationalismus, Chauvinismus und Antisemitismus. In der Kunst, Philosophie, ja im gesamten Überbau bildete sich seit Mitte des 18. Jahrhunderts mit dem Aufstreben der deutschen Großmacht diese genau diese Melange der spezifisch deutschen nationalistischen, imperialistischen Ideologie heraus, die sich in allen Bereichen auch niederschlug.

In der nächsten Artikelfolge befassen wir uns mit der Politik der SED zur Entwicklung der „Partei neuen Typus".

33 „SED Dokumente", Bd. IV, S. 27

Spannende Diskussionsveranstaltung

Am Vorabend des Luxemburg-Liebknecht-Lenin Wochenende haben wir zu unserer Diskussionsveranstaltung „DDR Anspruch & Wirklichkeit Antifaschistisch-Demokratisch? Sozialistisch?" eingeladen.

Im Vorfeld haben wir andere Organisationen und Gruppen, mit denen wir in Bündnissen und Aktionseinheiten zusammenarbeiten, speziell dazu angesprochen. In der solidarischen, links-alternativen Veranstaltungslocation kamen ungefähr 80 Interessierte zusammen. In zwei Powerpoint-Vorträgen stellten eine Genossin und ein Genosse unsere Einschätzungen zur Diskussion.

Der erste Teil umfasste den Zeitraum von 1945 bis 1949.

Hauptthemen waren: Die Potsdamer Konferenz, die Entstehung der SED und die Aufgaben der SMAD.

Ziel und Beschluss der Potsdamer Konferenz ist ein **entnazifiziertes, entmilitarisiertes, demokratisches, einheitliches und friedliebendes Deutschland!** In 19 Punkten werden politische und wirtschaftliche Grundsätze festgelegt. Das waren die entscheidenden Rahmenbedingungen für die Schaffung eines demokratischen Deutschlands, in dem die Nazis berechtigterweise unterdrückt werden. **Aber: Nach der Potsdamer Konferenz wurde innerhalb kürzester Zeit die Politik der imperialistischen Besatzungsmächte klar: Sie wollen und werden die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz nicht einhalten.**

Aufgabe der KPD war: Der Wiederaufbau der Kommunistischen Partei und Kampf für **die Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse.** Ihre **Hauptaufgabe,** den Kampf **gegen** den Kapitalismus und **für** den Sozialismus und die **Diktatur des Proletariats** zu propagie-

ren und dafür zu kämpfen. Der Kampf für den Sozialismus stand nicht unmittelbar auf der Tagesordnung. Wie auch? Die Mehrheit des deutschen Volkes stand hinter dem Nazi-Regime und war von deren Ideologie verseucht. Wie sollte man da sofort Sozialismus aufbauen? Diese Bedingungen erforderten die **taktische Ausrichtung** auf eine **antifaschistisch-demokratische Einheitsfront** mit dem Ziel des Aufbaus einer **Macht der Volksdemokratie**. Aber gleichzeitig musste das **strategische** Ziel, der Kampf für den Sozialismus, offensiv in der ArbeiterInnenklasse verankert und verteidigt werden. **Hat die KPD das gemacht?** Die KPD zog aus der gesamten politischen Situation eine andere Konsequenz: **Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED. Einheit der ArbeiterInnenklasse ja! aber?** Entscheidend ist, auf welcher Grundlage die Einheit stattfindet: Der Marxismus-Leninismus sagt ganz klar: Nur auf dem Programm des **antikapitalistischen Klassenkampfes. Für den Sozialismus** und **für die Diktatur des Proletariats. Für die klassenlose Gesellschaft und für den Kommunismus.**

Auf dem Vereinigungsparteitag von SPD und KPD wurde der Zusammenschluss zur **Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands** – **SED** besiegelt. **Die KPD wird aufgelöst in der SBZ. Das Fazit ist:** Die SED ist **keine kommunistische** Partei, sie ist eine links sozialdemokratische Partei.

Der Zusammenschluss von KPD und SPD zur SED auf dieser Grundlage war – auch in der konkreten Situation – falsch. Es war nicht das unaufschiebbare Gebot der Stunde, die SED zu schaffen, sondern das Fundament des Revisionismus wurde gelegt. Die Auflösung der KPD in der SBZ war falsch. Notwendig wäre gewesen, den Klassenkampf zu propagieren.

Die SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) als höchstes Machtorgan in der SBZ hat sich im Gegensatz zu den Besatzungsmächten in den westlichen Zonen **konsequent** an die **Beschlüsse der Potsdamer Konferenz** gehalten. Sie hat mit viel revolutionärem Einsatz und Elan die Aufgaben der **Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Demokratisierung in der SBZ** im Großen und Ganzen erfüllt. Die antifaschistisch-demokratischen, kommunistischen Kräfte wurden unterstützt und gefördert. In der SBZ wird ein friedliches, antifaschistisch-demokratisches Deutschland geschaffen. Alle antifaschistisch-demokratischen und sozialen Errungenschaften waren **nur** möglich, weil die Besatzungsmacht eine sozialistische Macht, **die Sowjetunion**, war. Die Einheit Deutschlands konnte nicht erreicht werden, weil die imperialistischen Besatzungsmächte eine Politik der Spaltung Deutschlands betrieben haben.

Im zweiten Beitrag ging es um die Zeitspanne von Gründung der DDR 1949 bis 1956.

Die Gründung der DDR – was sind die Grundlagen?

Am 4. Oktober 1949 schlägt die SED als Antwort auf die Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag in Westdeutschland die „Nationale Front" vor.

Das Dokument: Die Nationale Front des demokratischen Deutschlands beinhaltet 27 Thesen. Diese Thesen sind die Grundlage für den Kampf für die Einheit Deutschlands: Für die SED ist der Hauptfeind der Völker der US-Imperialismus nach dem 2. Weltkrieg. Westdeutschland wird als Kolonie, bzw. Halbkolonie des US-Imperialismus und die deutsche Bourgeoisie als Marionetten eingeschätzt. Das ist eine Verkennung des Wesens des deutschen Imperialismus. In diesen Thesen gibt es **nicht einen Hauch von Klassenkampf.**

Die Entnazifizierung wird mit keinem Wort erwähnt. In diesem Land, vier Jahre nach der Befreiung vom Faschismus wird für den Kampf um nationales Bewusstsein geworben. Jeglicher Klassenstandpunkt wird verlassen zugunsten der nationalen – ja – nationalistischen Frage. Die SED war für die Einheit Deutschlands. Das war unter den Bedingungen auch richtig. So war es im Potsdamer Abkommen auch festgelegt.

Aber die Einheit wird von der SED von einem rechtsopportunistischen und nationalistischen Standpunkt aus angegangen. Bei dieser „Nationalen Front" und später bei Gründung der DDR war das Prägende, dass ALLE Schichten beteiligt waren. **Bündnispartner** der KommunistInnen und der Arbeiterklasse soll **ein Großteil der deutschen Bourgeoisie** werden. **Sozialismus wird noch nicht einmal als Ziel genannt.**

Wir haben ausführlich **unsere Ausgangspunkte**, womit wir die DDR einschätzen können, ob sie sozia-

listisch war oder nicht begründet. Was **bedeutet, den Sozialismus** aufzubauen und die Notwendigkeit als politische Macht die **Diktatur des Proletariats** zu schaffen. Aufgrund der besonderen Bedingungen nach dem 2. Weltkrieg war es eine richtige Option, selbst in einem imperialistischen Land wie Deutschland, zunächst eine Form der Volksdemokratie zu bilden. Aber dabei klar im Proletariat und unter den Werktätigen bewusst zu machen, das ist **keine** Form der Diktatur des Proletariats. Ausgeführt wurde, als die DDR gegründet wurde, welche Klassen mit an der Macht beteiligt waren. Die SED entwickelte keine konkrete Propaganda für den Sozialismus in SBZ/DDR, bis sie dann 1952 auf der **2. Parteikonferenz** einfach beschlossen hat, so jetzt beginnen wir mit dem planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus. Ohne das Proletariat und die Werktätigen vom Weg zum Sozialismus auch nur ansatzweise zu überzeugen und sie darin aktiv einzubeziehen. Normerhöhungen, Arbeitslohnsenkungen, ein „Feldzug für strenge Sparsamkeit" waren Ergebnisse einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Am **17. Juni 1953** brachen Streiks und Proteste von ArbeiterInnen aus, (auch geschürt vom imperialistischen Westen). Verursacht aber im wesentlich durch eine falsche Politik der SED. Mit dem sogenannten **Neuen Kurs** wurden alle Maßnahmen zurückgenommen.

KINDERHYMNE

Anmut sparet nicht noch Mühe
Leidenschaft nicht noch Verstand
Daß ein gutes Deutschland blühe
Wie ein andres gutes Land.

Daß die Völker nicht erbleichen
Wie vor einer Räuberin
Sondern ihre Hände reichen
Uns wie andern Völkern hin.

Und nicht über und nicht unter
Andern Völkern wolln wir sein
Von der See bis zu den Alpen
Von der Oder bis zum Rhein.

Und weil wir dies Land verbessern
Lieben und beschirmen wir's
Und das liebste mag's uns scheinen
So wie anderen Völkern ihrs.

Bert Brecht, 1956

Auf dem 4. Parteitag 1954 wurde für die Einheit Deutschland eine sehr zurückgefahrene, sich nur auf demokratische Errungenschaften begrenzende Politik durchgeführt. Auch ein kapitalistisches System könnte diese verwirklichen. Nach dem **20. Parteitag der KPdSU**, unter Führung Chruschtschow wurden von der SED alle revisionistischen Thesen dieses Parteitags ohne jegliches Hinterfragen angenommen.

Eingerahmt wurden die Vortrags- und Diskussionsblöcke von Gedichten, vorgetragen von zwei jungen Frauen.

FDJ-GenossInnen haben sich mit einem Auszug aus ihrer Straßenpropaganda-Aktion „30 Jahre sind genug Revolution & Sozialismus" aktiv beteiligt und bereicherten die Veranstaltung.

Auf die Vorträge folgte eine lebhafte, interessante Diskussion. Verschiedene TeilnehmerInnen haben Fragen gestellt und ihre Meinung eingebracht. Die FDJler **ihre politische Einschätzung der DDR:** Von Anbeginn bis zur Einverleibung durch den westdeutschen Imperialismus war diese ein **Arbeiterstaat**. Wenn auch, ihrer Meinung nach, in den letzten Jahrzehnten schwerwiegende Fehler von der politischen Führung der SED und der DDR begangen wurden.

Beispielsweise wurden auch die politischen Positionen **Georgi Dimitroffs über die Volksdemokratie und die Diktatur des Proletariats** debattiert. Wir, *Trotz alledem!* haben die Einschätzung, dass die von der ganzen Kommunistischen Weltbewegung ab 1948 vertretene These „die Volksdemokratie sei eine Form der Diktatur des Proletariats", falsch ist. Wichtig ist diese Frage für den Übergang zum Sozialismus. Die Volksdemokratie kann nicht einfach per Dekret zum Sozialismus erklärt werden. Unserer Meinung nach muss der Übergang zum Sozialismus ein bewusster politischer Klassenkampf und Akt sein, der die gesamte Bourgeoisie von der politischen Macht ausschließt und nur die Werktätigen, die ArbeiterInnen und armen BäuerInnen die Macht im Staat ausüben. Einig waren wir uns in der Diskussion an der Kritik über Bürokratismus und um sich greifenden Revisionismus der SED Ende der 1950er Jahre. Diskutiert wurde auch über unsere heutigen Aufgaben, über die Verbindung von politischem Kampf und Theorieerarbeitung.

Selbstkritisch wollen wir für uns festhalten, dass wir in den Vorträgen das Positive bei der Gründung der DDR nicht ausreichend herausgestellt haben. Sie war bei ihrer Gründung **ein volksdemokratischer Staat und das bessere Deutschland**.

Vor und nach der Veranstaltung wurde am leckeren, offenen Büfett lebhaft diskutiert. Als wir alle auseinandergingen haben sich viele GenossInnen, die teils aus anderen Städten zur LLL-Aktion angereist waren und die FDJ TeilnehmerInnen für die gelungene Veranstaltung und Diskussion bedankt.

Und am nächsten Tag haben wir kämpferisch demonstriert!

Artikel aus „Proletarische Revolution/Österreich", Nr. 80

National-Demokratische Front Philippinen

Die Revolution hat kein Geschlecht

von Markus del Pilar und Pat Gambao

Vorbemerkung der PR-Redaktion: In Österreich sind Vorurteile über kommunistisch geführte Guerillakriege weit verbreitet, auch über den bewaffneten Kampf unter Führung der KP Philippinen. Deshalb haben wir den folgenden Text aus der Zeitung der National-Demokratischen Front der Philippinen ungekürzt übersetzt. [1]

„Wenn wir zusammen eingeteilt wären, hätten wir Kompaniestärke. Aber das wird nicht passieren. Haben Sie gesehen, wie rüpelhaft wir während des Volleyballspiels waren? Wir können extrem laut sein". Sie alle lachten über die Idee.

Selten kommen sie zusammen. Tatsächlich haben sich einige von ihnen gerade erst kennengelernt. Sie gehören verschiedenen Guerilla-Zonen an und können, wie sie sagen, nicht in Gruppen zusammengefasst werden. Nicht weil sie übermütig sind, sondern weil in den Gebieten, die ihnen zugewiesen wurden, ein besonderer Bedarf besteht.

Sie sind Mitglieder des Pulang-Bagani-Bataillons (PBB) der New People's Army (NPA), (Neue Volksarmee, Anmerkung d. Übers.). Revolutionäre. Bayot, Schwule.

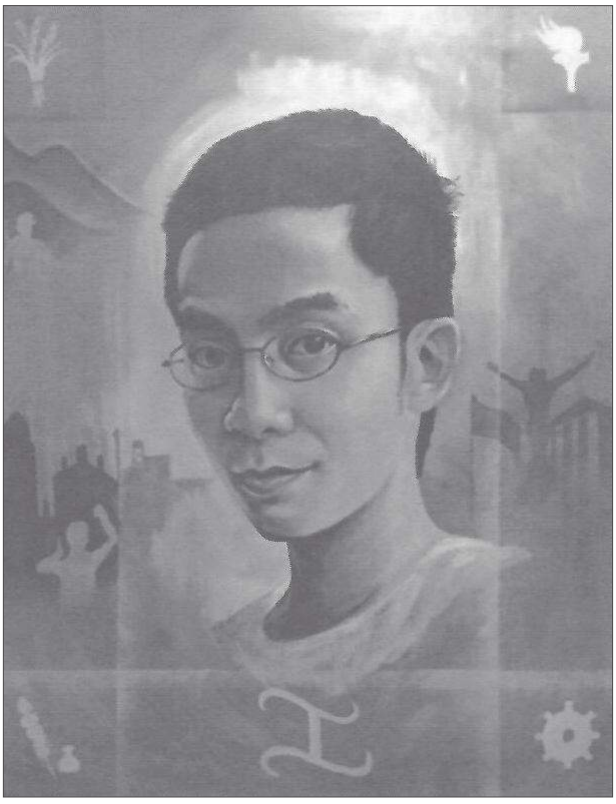
Der Kampf gegen Diskriminierung

Ka Riko, ein Choreograf, erzählte, dass ihre „Ninunong Bakla"; und „Anitong Bading"; (wörtlich: schwule „Vorfahren"; und schwule „Ikonen") in den städtischen Zentren von einigen Mitgliedern der Bewegung diskriminiert wurden, welche Homosexualität als Schwäche betrachteten. Die Schwulen wurden wegen ihres Fingerschnipsens und Hüftwackelns kritisiert, vor allem bei Kundgebungen. Es gab sogar eine Zeit, in der das Schwulsein als Sicherheitsrisiko galt.

Die wachsende Zahl von Schwulen und Lesben in der Partei erforderte gründliche Studien, ideologische Umgestaltung und einen politischen Leitfaden für die richtige Haltung gegenüber Mitgliedern, die ihre sexuellen Vorlieben äußerten. Diese Bemühungen zielen darauf ab, die geschlechtsspezifische Diskriminierung zu mildern, wenn nicht sogar ganz zu beseitigen. Dazu gehörte auch „Über das proletarische Verhältnis der Geschlechter (OPRS)"; ein Parteidokument, das Beziehungen und Eheschließungen lenken soll.

Das 10. Plenum der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) sprach sich für die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben und die Anerkennung ihrer sexuellen Präferenzen sowie ihrer Beziehungen und Ehen aus. Auch die Schwulen haben sich zur rechten Zeit bewährt; dass ihr Fingerschnipsen und ihr Hüftwackeln nichts mit ihrer Fähigkeit zu tun haben, zu führen und Aufgaben, einschließlich militärischer Aufgaben, zu erfüllen.

Der Prozess der Akzeptanz und Anerkennung der Rechte der nicht-heterosexuellen Mitglieder war jedoch nicht einfach. Abgesehen von der ungleichen Entwicklung der Mitglieder in der Bewegung ist der Einfluss der bürgerlichen Kultur und Gesellschaft stark, die auf Lesben, Schwule, Bi- und Transgender



(LGBT) herabsieht und sie diskriminiert. Die konsequente Bekämpfung dieses verderblichen Einflusses ist unerlässlich.

Ka Duday, eines der Mitglieder des medizinischen Personals der PBB, verriet, wie unbehaglich es ihm

1 https://liberation.ndfp.org/main-stream/the-revolution-has-no-gender/veröffentlicht 29. Juni 2018 Liberation, April-Juni 2018, S. 26-30. Auf Deutsch veröffentlicht von Proletarische Revolution Österreich, Nr. 80/2019; überarbeitete Übersetzung, TA.

anfangs zumute war. Er wusste nicht, wie er sich einordnen sollte. „Ich kann nicht mit den Männern baden, weil das gegen die Regeln verstößt. Ich kann mich den Frauen nicht anschließen, weil sie denken könnten, ich würde sie missbrauchen. Dann machte jemand die Bemerkung, dass Schwule keinen Platz in der Revolution hätten. Tief beleidigt, war ich sehr demoralisiert. Ich habe dann der Bewegung den Rücken zugekehrt. Doch zu Hause musste ich sehr weinen. Nach einigen Monaten habe ich ihnen mitgeteilt, dass ich zurückkehren und mit ihnen zusammen eine Bewertung vornehmen wolle".

Ka Duday glaubte, dass der Kampf gegen die minderwertige Kultur dieser bürgerlichen Gesellschaft, in die wir hineingeboren wurden, und die Einleitung von Veränderungen aus dem kollektiven Kampf der Schwulen, Lesben und Heteros in der nationaldemokratischen Revolution erwachsen würde. Es gibt Parteidokumente, die Schwule und Lesben darüber aufklären, dass sie von der Unterdrückung und Ausbeutung anderer sozialer Geschlechter betroffen sind. Daher ist es wichtig, dass sie eine aktive Rolle in der Volksrevolution übernehmen."

Aber wir können die Botschaft nicht aussenden und sie von der Notwendigkeit einer Revolution überzeugen, wenn wir selbst undiszipliniert sind", sagte Ka Duday.

Unterdessen teilte Ka Riko ihre Erfahrungen während einer Begegnung mit dem Militär im Jahr 2000 mit, bei der sie in die Defensive gedrängt wurden. Sie hatten es schwer, sich vom Feind abzusetzen. Das Militär rückte schnell vor. Dann positionierte sich einer ihrer Kameraden, ein Schwuler, abseits der NPA-Haupteinheit und schoss auf das Militär, um dessen Aufmerksamkeit abzulenken. Diese ermöglichte es der NPA-Einheit, zu manövrieren und sich zurückzuziehen. „Darauf sind wir stolz"! rief Ka Riko aus.

Dieser Vorfall diente als Wendepunkt der in Art und Weise, wie Schwule in ihrer Einheit behandelt wurden. Sie machten sich immer noch über sie lustig, aber diesmal mit Zuneigung, anders als zuvor, wo sie das Gefühl hatten, dass die Leute sie mieden.

Ka Riko bemerkte stolz: „Die Schwulen in der Bewegung sind großartig – mutige und echte Kämpfer."

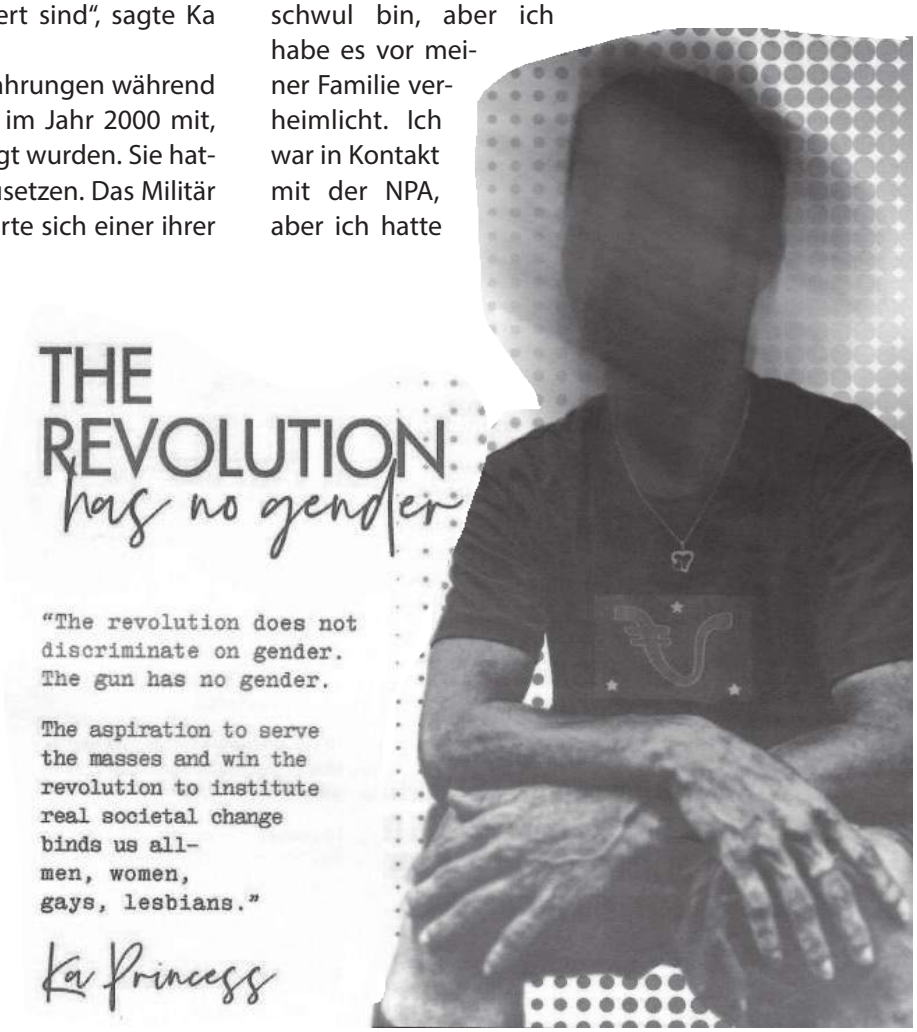
Sie erinnerten sich liebevoll an Wendel Gumban-Weng, wie er für seine Familie hieß, bzw. Wanda für seine Freunde und Genossen in der Stadt und Ka Waquin für die roten Kämpfer der PBB und der Lumad – er starb den Märtyrertod. Mit einem Abschluss in Tourismus an der Universität der Philippinen stellte Wendel persönliche Ambitionen zurück, um den Massen und der Revolution zu dienen.

„Abgesehen davon, dass er ein schwuler Krieger ist, ist Ka Waquins Hingabe an den Dienst am Volk eine unsterbliche Inspiration, nicht nur für uns Schwule, sondern auch für viele GenossInnen und die Massen. Er hat bewiesen, dass Schwulsein kein Hindernis ist, eine Waffe abzufeuern, besonders wenn es um die nationale Befreiung geht", erklärte Ka Duday.

Sein Schwulsein öffentlich machen

Neben der Konfrontation mit dem Feind wissen sie auch, dass es notwendig ist, sich mutig den inneren Widersprüchen zu stellen. Aus dem Schrank herauszukommen, sein Schwulsein öffentlich zu machen, kann auch heißen, herabgesetzt, verspottet und verabscheut zu werden.

„Seit der Highschool wusste ich bereits, dass ich schwul bin, aber ich habe es vor meiner Familie verheimlicht. Ich war in Kontakt mit der NPA, aber ich hatte



nicht vor, ihr beizutreten. Ich habe ihr lediglich geholfen, wenn ich es konnte.
Wenn Du aus einer Bauernfamilie stammst, sehnst Du Dich immer danach, Deine Familie aus ihrer elenden Lage zu befreien.
So arbeitete ich als Sicherheitsbeamter in der Stadt. Allerdings konnte ich die ausbeuterische Situation, in der sich die Sicherheitskräfte befinden, nicht ertragen. Es ist ein wertloses Opfer. Ich gab meinen Job auf und kontaktierte meinen Freund in der NPA, um meinen Wunsch zu äußern, mich der NPA anzuschließen", erzählte Ka Princess.
„Mehr als ein Jahr lang habe ich mein wahres Ich vor unserer Gruppe verborgen. Aber das belastete mich enorm, und so öffnete ich mich Ka Bob gegenüber, einem Leitungsmitglied. Ich bat ihn, dies mit der Leitung zu besprechen. Ich wusste nicht, wie sie reagieren würde, aber das war die geringste meiner Sorgen. Das Wichtigste war, dass ich mich „geoutet" hatte und mich erleichtert fühlte", fügte Princess hinzu.
Princess erwartete Spott von seinen Kameraden und den Massen, nachdem sie die Wahrheit erfahren hatten. Aber das geschah nicht. Tatsächlich gab es einige, die ihm erst nicht glaubten.
„Wenn Du wirklich Deine wahre Identität verbergen willst, machst Du alles, um keinen Verdacht zu erregen", erklärte Ka Princess.
Bei einer der Jubiläumsfeierlichkeiten der CPP lud Princess seine Familie ein. Dort gestand er ihnen seine sexuelle Vorliebe ein. Zuerst waren sie schockiert, aber nachdem er sich ihnen erklärt hatte, akzeptierten sie ihn von Herzen, so er war.
Princess Ka fühlte sich nach diesem Geständnis befreit, als ob ihm ein großer Dorn aus der Kehle gezogen worden wäre. Er trat der NPA als Ka Marco bei, jetzt ist sie Ka Princess, eine politische Führerin eines Zuges.
Für Ka Awra ist es eine doppelte Belastung, Moro (Anmerkung d. Übers.: muslimische Minderheit auf den Philippinen) und schwul zu sein.
„Ich beneidete meine Freunde in der Stadt, weil viele von ihnen, sowohl Männer als auch Frauen, den schwulen Jargon beherrschten. Ich hatte den Eindruck, dass sie Schwule sehr akzeptierten. Wie ich später erfuhr, vermuteten sie bereits, dass ich schwul sei, weil ich zurückhaltend und sanft war. Aber sie haben mich nie danach gefragt oder mich gezwungen, es zuzugeben.
Im Jahr 2005 wurde ich zur Gründung der Organisation von Schwulen und Lesben eingeladen. Ich fragte mich, warum ich eingeladen wurde. Bei der Selbstvorstellung musste man seinen Namen und sein Gender- schwul, lesbisch oder bisexuell – angeben. Als ich an der Reihe war zu sprechen – da sprach ich offen und meine „Karriere" als Awra Alindogan begann – unerwartet. Bongga! (Toll!)," staunte Ka Awra, ein Bildungsbeauftragter, über diese Erinnerungen.
Ka Awra entdeckte nach der Enthüllung, dass er noch viel mehr tun und zur Revolution beitragen kann – er kann schreiben, tanzen und seine kulturellen Fähigkeiten unter Beweis stellen, um seine Organisations- und Unterrichtsarbeit lebendig zu gestalten. Er war offen gegenüber seinen GenossInnen und den Massen.
Er erkannte, dass die Massen Dich unabhängig von deinem Gender akzeptieren und lieben werden, solange Du ihnen bei ihren Problemen helfen kannst; sie sehen dich am Gericht des Volkes bei der Lösung von Problemen; sie sind aufgeklärt und lernen aus deiner Unterweisung, aus den Parteikursen oder einfach beim Lesen und Schreiben. Solange Du mit ihnen zusammen Pläne und Programme entwirfst, die ihren Interessen dienen, werden sie Dich von ganzem Herzen akzeptieren.

Ein erfinderischer Schwuler

„Einmal wurde unser Lager überfallen und all unsere Habseligkeiten waren gestohlen worden. Als die Massen von dem Vorfall erfuhren, schickten sie mir einen Beutel voller Dinge, um das zu ersetzen, was ich verloren hatte. Die Geste hat mich so berührt, dass ich vor Freude weinen musste. Ich habe zurückgeschrieben, um ihnen zu danken. Die Massen lieben die Volksarmee so sehr. Sie freuen sich immer darauf, uns zu treffen und sich mit uns auszutauschen, wann immer wir in der Nähe sind"; so Ka Awra.
Awra sprach von der Erkenntnis, dass Respekt nicht dadurch verdient wird, dass man sein wahres Selbst verbirgt. Zunächst einmal muss man sein bevorzugtes soziales Geschlecht weder verbergen noch verleugnen. Wenn man seine Arbeit gut macht, ein gutes Verhältnis zu allen hat, sich an die Politik und die Programme der revolutionären Bewegung hält, gibt es keine Schwierigkeiten. Dies gilt nicht nur für Schwule. Alle Männer und Frauen müssen ihre Aufgaben für die Revolution gut erfüllen. Auf diese Weise werden sie sicherlich das Vertrauen und den Respekt ihrer GenossInnen und der Massen gewinnen.
Einmal wurde er mit der Leitung eines Teams in einer militärischen Spezialoperation beauftragt. Er lehnte dies vehement ab, vor allem weil seine langen Haare dafür hätten abgeschnitten werden müssen. Er weinte die ganze Zeit, als ihm die Haare geschnitten wurden. „Ayoko na mag-struggle (Ich will nicht mehr Teil des Kampfes sein)", sagte er lachend, als er sich an den Vorfall erinnerte.
Aber am Ende wurde ihm klar, dass er persönliche Wünsche nicht über seine revolutionären Aufgaben

stellen sollte. Schließlich nahm er die Aufgabe an, und sie probten, wie die Operation durchgeführt werden sollte. Er sollte einen angeblich von der AFP kontrollierten Kontrollpunkt besetzen. Während der eigentlichen taktischen Operation gab es Leiter, die ihn trainierten. Sie machten ihn immer dann aufmerksam, wenn seine Stimme und sein Handeln weich wurden. Aber sie haben ihn selbst sein lassen, wenn keine anderen Leute da waren. Er konnte sich mit gekreuzten Beinen hinsetzen. Er konnte sich mit Gusto zufächeln.

Aber wenn andere Leute und Fahrzeuge dort waren, musste er zu seinem „AFP-Charakter" zurückkehren und es gelang ihm gut, diese „Rolle" zu spielen, bemerkte Ka Awra.

„Nach der Operation, beim Zusammenpacken unserer Sachen, waren wir alle verdammt hungrig. Als sich ein LKW mit Obst näherte, baten mich Mitglieder meiner Einheit, um etwas zu essen zu bitten.

Obwohl ich irritiert war, gewann mein Mitgefühl die Oberhand, und ich hielt den Lastwagen an, um Essen zu bitten. Ich trug bereits ein Sando-Hemd, aber

immer noch eine Flecktarnhose. Ich ließ meinen Charme spielen.

Diejenigen im Lastwagen konnten mich jedoch immer noch mit der NPA identifizieren, weil sie sagten, niemand in der AFP würde zugeben, dass sie schwul seien. Später erfuhren wir, dass sie von einer der Barangays (Dörfer) kamen, wo wir zuvor Massenarbeit geleistet hatten", fuhr Awra fort.

Befreiungsbewegung

Die Anerkennung und Achtung der Rechte von Schwulen und Lesben durch die CPP (Kommunistischen Partei der Philippinen, Anmerkung d. Übers.) ist ein großer Fortschritt für die Schwulen und Lesben. Die Bewegung wird weitere Erkenntnisse gewinnen und Lehren daraus ziehen, während sie die nationaldemokratische Revolution vorantreibt.

Die Bewegung mag auf dem Weg auf enorme Hindernisse stoßen, aber sie wird, geleitet von den marxistisch-leninistisch-maoistischen Prinzipien, in der Lage sein, den Weg zum Sieg zu ebnen. Die GenossInnen, Kader und Massen werden die gelernten Lektionen untermauern, leben und weiter bereichern.

Laut Ka Riko kann nicht verhindert werden, dass Schwule immer noch Probleme haben könnten, vor allem mit Genossen, welche die bürgerliche Kultur, in der sie aufgewachsen sind, nicht vollständig abgeschüttelt haben. Aber hier unterscheidet sich die CPP von allen anderen politischen Parteien. Sie erkennt ihre Schwächen, lernt aus diesen und korrigiert sie, und damit ihre Mitglieder.

„Die Revolution diskriminiert nicht nach dem Geschlecht. Die Waffe hat kein Geschlecht. Das Bestreben, den Massen zu dienen und die Revolution zu gewinnen, um einen echten gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen, verbindet uns alle – Männer, Frauen, Schwule und Lesben", fügte Ka Princess hinzu.

„Es ist nur angemessen, dass sich alle Schwulen und Lesben der revolutionären Bewegung anschließen. Nur durch eine bewaffnete Revolution können wir eine Gesellschaft voranbringen und aufbauen, deren Schönheit nicht nur an der Oberfläche liegt, sondern auch aus dem Kern der völligen Freiheit hervorgeht", schloss Ka Duday.

Nicht nur hat die Partei die Rechte der Schwulen und Lesben anerkannt, sondern sie darüber hinaus mit Theorie und Praxis des MLM, des Marxismus-Leninismus-Maoismus, ausgestattet, um sie zur Befreiung nicht nur ihres Sektors, sondern aller unterdrückten Klassen zu befähigen.

Sie sind so in der Lage, dass sie den konventionellen Glauben daran, dass das von ihnen gewählte soziale Geschlecht nur für Schönheitssalons taugt und ihre Talente nur zur Unterhaltung dienen, zerschlagen können. Sie sind in der Lage, an einer Gesellschaft, die frei von den Fesseln der Ausbeutung und Diskriminierung ist, teilzuhaben und das Fundament dafür zu legen.

Queer Theory – bürgerlicher Irrationalismus in Reinkultur[1]

Vorbemerkung TA-Redaktion
Wir veröffentlichen die streitbare Diskussionsschrift von Max, Leser der Trotz alledem! über die Queer Theorie. Im Zusammenhang mit dem Artikel aus der Liberation möchten wir eine Debatte über die aufgeworfenen Themen anstoßen. Wir selbst haben noch keinen ausgereiften Standpunkt in der Frage. Als dringlich sehen wir es an, zur Lesben- und Schwulenbewegung tiefergehende Positionen zu entwickeln, die über demokratische Forderungen hinausgehen. Es geht darum, den revolutionären Standpunkt weiter zu entwickeln und in den Mittelpunkt zu stellen. Ebenso mangelt es auch uns noch an einer selbstkritischen Überprüfung der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis in der Vergangenheit.

In der April-Juni Ausgabe 2018 von Liberation, der Zeitung der Nationaldemokratischen Front der Philippinen erschien ein Artikel „Die Revolution hat kein soziales Geschlecht". Lesben tauchen in diesem Artikel kaum auf. Er enthält eine ganze Reihe von Entstellungen über gleichgeschlechtlich Orientierte. Immerhin geht er davon aus, dass Schwule und Lesben bewaffnet in den Reihen der Revolution kämpfen können und das auch tun. Doch wird gleichgeschlechtliche Orientierung dort als sexuelle Vorliebe bezeichnet, es wird die Buchstabensammlung LGBTQ (auf Deutsch Lesben Schwule Bisexuelle Transsexuelle Queer) benutzt, und Gender/Geschlecht wird als frei wählbar hingestellt.
Im folgenden möchte ich auf diesen Fragenkomplex genauer eingehen.

Biologie und Gesellschaft

Menschen reproduzieren sich nicht nur biologisch, sondern auch gesellschaftlich. Damit erschaffen sie sich durch die gesellschaftliche Praxis in einem gewissen Sinne selbst, auch wenn die Menschheit biologische Grundlagen hat. Zum Beispiel können Menschen nicht 32 mal so hoch springen wie sie selbst lang sind, im Gegensatz zu Heuschrecken. Was die biologische Reproduktion der Menschheit anbelangt, sind wir im wesentlichen eine zweigeschlechtliche Art. Daraus ergibt sich, dass, abgesehen von künstlicher Befruchtung wenn Frauen und Männer sexuell zusammenkommen, sich daraus Zeugung, Schwangerschaft und Geburt der neuen Generationen ergeben können. Weit über die Fortpflanzung hinaus haben Menschen Sexualität miteinander entwickelt, und die meisten sexuellen Begegnungen führen nicht zu Fortpflanzung. Menschen entwickeln Begehren und dieses ist vielfältig. Gemäß der herrschenden Ideologie dürfen Frauen nur Männer begehren und keine anderen Frauen; und das Begehren von Männern darf sich nur auf Frauen richten, doch keinesfalls auf andere Männer.
Die Realität in allen menschlichen Gesellschaften sieht, nach allem was wir darüber wissen können, anders aus: gleichgeschlechtliches Begehren kommt in allen menschlichen Gesellschaften vor. Wie es sich im Sozialen darstellt, ist allerdings von der ökonomischen Gesellschaftsformation und der jeweiligen Geschichte des betreffenden Landes / der betreffenden Region abhängig. Gleichgeschlechtliche wie auch andersgeschlechtliche sexuelle Orientierung ist tief in der jeweiligen Persönlichkeit verwurzelt und keine Frage irgendeiner sexuellen Vorliebe.

Patriarchat und Unterdrückung gleichgeschlechtlicher Beziehungen

Die Unterdrückung gleichgeschlechtlichen Begehrens ist eine Art flankierende Maßnahme zur Aufrechterhaltung des Patriarchats, welches wiederum eine der entscheidenden Bedingungen dafür ist, das der Kapitalismus funktioniert. Das Kapital braucht stets neue Generationen von ArbeiterInnen und werktätiger Intelligenz zur Ausbeutung und SoldatInnen zur Aufrechterhaltung seiner Ausbeuterordnung und zu deren kriegerischer Ausdehnung auf Kosten ihrer räuberischen Konkurrenten.
Frauen leisten weltweit nach wie vor den übergroßen Teil der Reproduktionsarbeit, Kindererziehung und Hausarbeit. Diese unbezahlte Arbeit, die viele Frauen zusätzlich zu ihrer Berufstätigkeit auf sich nehmen müssen, ist eine Bedingung für das Funktionieren des Imperialismus. Das ist die ökonomische Grundlage der Schwulen-und Lesbenfeindlichkeit. Hinzu kommt ein enormer Wust an reaktionären Ideologien und Handlungsweisen, zum Beispiel Religion und generelle Abwertung von Weiblichkeit. Diese Auffassungen werden insbesondere von Staat, Medien und Kirchen verbreitet, und sind als herrschende Ideen auch tief unter den Werktätigen verbreitet.

1 Irrationalismus bedeutet „Herabsetzung von Verstand und Vernunft, kritiklose Verherrlichung der Intuition, aristokratische Erkenntnistheorie, Ablehnung des gesellschaftlich-geschichtlichen Fortschritts, Schaffung von Mythen", (G. Lukacs, Die Zerstörung der Vernunft, Berlin 1954)

Also: es gibt ein biologisches Geschlecht (nur 0,02 Prozent aller Menschen werden intersexuell geboren).
Aus dem biologischen Geschlecht folgt aber keine bestimmte sexuelle und emotionale Orientierung, kein biologisch unterschiedlich strukturiertes Gehirn bei Frauen und Männern, keine biologische Bestimmtheit für Hausarbeit und Kindererziehung für Frauen, keine biologische Bestimmtheit für Männer, etwa dass sie zur Kindererziehung und Hausarbeit nicht fähig seien. Wie Mao sagte: *Was ein Mann tun kann, kann auch eine Frau tun.*
Dabei muss ganz klar sein, dass die Befreiung der Frauen nur möglich ist durch die kommunistische Revolution, die Kindererziehung und Hausarbeit vergesellschaftet.
Auf dem Wege dahin ist es zwingend erforderlich, dass Kommunistinnen frauenfeindlichen und frauenunterdrückerischen und allen anti-gleichgeschlechtlichen Ideologien, Haltungen und Handlungen sowohl in den eigenen Reihen als auch in den Reihen der Ausgebeuteten und Unterdrückten entschieden entgegentreten.

Kommunistische Bewegung und Selbstkritik

Was die Reihen der kommunistischen Bewegung anbelangt, gibt es hier einen riesigen Nachholbedarf. Das beginnt schon bei der antigleich-geschlechtlichen Haltung von Marx und Engels [2], und endet leider nicht mit dem Artikel der philippinischen Genossen, wo, wie bereits ausgeführt, nicht nur behauptet wird, dass Gleichgeschlechtlichkeit frei wählbar sei, sondern es zum Beispiel auch heißt, das Schwule zurückhaltend und sanft seien, gerne mit gekreuzten Beinen säßen, gerne einen Fächer benutzen und generell schwach seien.
Lenin sagte laut Clara Zetkin in einem Gespräch mit ihr, dass man nur am Kommunisten kratzen müsse und die Spießermentalität käme zum Vorschein. In diesem Bereich ist also viel zu tun.
Als sich zuerst in den USA und dann in anderen imperialistischen Herzländern, speziell in der BRD und Westberlin eine neue Bewegung für die Emanzipation von Schwulen und Lesben bildete, war sie politisch fortschrittlich. Viele AktivistInnen hatten an der sechziger Jahre-Bewegung teilgenommen und sahen sich als Linke.
Diese Zuneigung wurde meist nicht von heterolinker Seite erwidert. Besonders antigleichgeschlechtlich gebärdeten sich die KPD/ML Roter Morgen und auch der KBW. Eine ganze Reihe von Schwulen und Lesben wandten sich seinerzeit von Marxismus ab oder arbeiteten als Schranklesben oder Schrankschwule, also ohne sich zu outen, in ihren Organisationen weiter.
Mit dem Einsetzen der Aids-Krise trat mehr und mehr die Frage des Überlebens in den Vordergrund, insbesondere für die schwulen Männer.
Im Kampf gegen massivste staatliche und mediale Hetze konnte eine Kennzeichnungspflicht für HIV-positive und Lagereinweisung verhindert werden. Hauptsächlich schwule Männer, aber auch einige Lesben und intravenöse Drogengebraucher gründeten die Aidshilfen.
Durch den Tod vieler schwuler Aktivisten innerhalb eines kurzen Zeitraumes und das-wenige-Staatsgeld, welches in die Aidshilfen floss, war der Boden für eine weitere Ausbreitung der bürgerlichen Ideologie bereitet.
Statt Mobilisierung aller bildete sich Lobbypolitik heraus und statt des Kampfes für eine befreite Sexualität in einer befreiten Gesellschaft, gegen den damals noch bestehenden Schandparagraphen 175 und für die Entschädigung und Rehabilitierung schwuler KZ Häftlinge trat mehr und mehr die Forderung nach Gleichstellung in der bestehenden imperialistischen Ordnung und speziell die Forderung nach Eheöffnung für Gleichgeschlechtliche in den Vordergrund.
Als 1990-91 die Sowjetunion ihr scheinsozialistisches Kostüm abwarf und sich selbst auflöste, und der internationale Imperialismus sich die Staaten des bisherigen sowjetischen Machtbereiches einverleibte, in Deutschland die Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus, rieb sich die Bourgeoisie die Hände.
Einer ihrer Ideologen sprach sogar vom Ende der Geschichte. Jetzt war auch die Stunde des Postmarxismus, des Postmodernismus und der Queer Theory als Teil davon gekommen.

2 siehe den Artikel im Internet abzurufen unter http://www.etuxx.com/diskussionen/foo403.php

Postmodernismus und Queer Theory

Auf der Grundlage der reaktionären Philosophie Nietzsches hatte der französische Philosoph Michel Foucault seit den sechziger Jahren eine irrationalistische Philosophie ausgearbeitet. Es fehlt hier die Zeit, genauer auf Foucault einzugehen.

Nur soviel: Ganz wie Nietzsche hält er die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution, speziell der französischen, für negativ. Seine politische Positionierung gipfelte in Bewunderung für die islamische Revolution im Iran und den Ayatollah Khomeini.

Basierend auf den Schriften Foucaults, die übrigens auf Betreiben der CIA ins Englische übersetzt worden waren [3], entwickelte Judith Butler in den USA mit etlichen MitstreiterInnen die Queer Theory. Diese enstand im Kampf gegen den Marxismus und beruht erkenntnistheoretisch auf philosophischem Idealismus (ganz wie in der Bibel schafft das Wort die Realität *„es ist ein Mädchen!"* als Beispiel)

Diese Theorie besagt im Wesentlichen, dass es kein biologisches Geschlecht gibt, sondern das Geschlecht ausschließlich gesellschaftlich hergestellt wird. Damit wurden Frauen als besonders Unterdrückte im Patriarchat und damit als kämpfendes Kollektiv und handelnde Kraft abgeschafft. Mittlerweile gibt es im universitären Bereich in Deutschland eine ganze Reihe von Lehrstühlen, Forschungsprojekten und Initiativen, die diese Theorien verbreiten.

Ein fester Bestandteil dieser politischen Richtung ist auch die Propagierung von Transsexualität. Die Queer Theory besagt in dieser Hinsicht, dass das eigene Geschlecht frei wählbar sei und das Geschlecht vom Kopf her bestimmt würde, und nicht etwa durch so etwas Reaktionäres wie Chromosomen.

In den Anglo-Ländern, speziell den USA, führt diese Auffassung dazu, das schon kleine Kinder, die nach Meinung dieser „Experten" die an „Gender Disphoria" leiden, psychologisch und manchmal sogar medikamentös auf eine „Geschlechtsangleichung" vorbereitet werden, da mittlerweile ein beachtlicher Teil des medizinischen Establishments dort sich diesen queeren Auffassungen angeschlossen hat.

Nach Meinung dieser MedizinerInnen und PsychologInnen soll kleinen Kindern erklärt werden, dass Geschlecht frei wählbar sei und dass sie selbst entscheiden könnten, ob sie Junge oder Mädchen sein wollen. Weiter geht es dann mit der Verschreibung von Pubertätsblockern, weil es vorpubertär einfacher ist, Menschen „umzuoperieren", und dann nach erfolgreich verhinderter Pubertät, können mit 18 die operativen Prozeduren durchgeführt werden.

Diese sogenannte Geschlechtsangleichung bedeutet, Kindern das Recht auf eine Entwicklung zum Erwachsenen zu nehmen, was aber die Voraussetzung ist, um die eigene sexuelle und emotionale Orientierung herauszufinden und auszuprobieren. Diese „Angleichung" bedeutet auch, ein Leben lang Hormone nehmen zu müssen.

Heute kommen auf eine Transfrau sieben Transmänner, was uns eine Geschichte vom Patriarchat erzählt. In der medialen Darstellung scheint es umgekehrt zu sein, was ein weiterer Ausdruck der herrschenden Frauenverachtung ist. Bei Frauen ist es nicht so wichtig, was sie sexuell und emotional tun.

In transkritischen Publikationen wird gezeigt, dass 80 bis 95 Prozent aller Kinder, die als „geschlechtsidentitätsgestört" diagnostiziert werden, ohne Trans-Behandlung sich zu ganz normalen Schwulen und Lesben entwickeln.

Nach meiner Auffassung handelt es sich hier um extreme Körperverletzung an Kinder, deren Parteigänger übrigens sehr oft Kindern und Jugendlichen jegliches Recht auf eigene Sexualität absprechen, wie überhaupt Sexualität in der Queer Theory eine sehr geringe Rolle spielt.

Zugespitzt gesagt, handelt es sich hier um eine operative Abschaffungsstrategie gegen Lesben und Schwule (übrigens ganz auf der Linie der iranischen

3 http://thephilosophicalsalon.com/the-cia-reads-french-theory-on-the-intellectual-labor-of-dismantling-the-cultural-left/

Führung, die Schwule steinigen läßt und "geschlechtsangleichende" OP's bezahlt).
Des weiteren teilt die Queer Theory die Menschen in Cis und Trans. Cis sind solche Männer und Frauen, die mit ihrem biologischen Geschlecht einverstanden sind und sich infolgedessen nicht als Trans sehen.
Die sogenannte Transphobie ist ein Vorwurf, den die Queer Theory gerne erhebt, wenn Lesben, dass sie keine Transfrauen in ihren Versammlungsorten haben möchten, und mit ihnen auch keinen Sex haben wollen; wenn Frauen allgemein sagen, dass sie keine Transfrauen in ihren Umkleideräumen und auf ihren Toiletten haben möchten – das wird dann als Transphobie bezeichnet.
Desgleichen, wenn schwule Männer darauf beharren, dass sie das eigene biologische Geschlecht begehren.

Transphob ist, wenn Monatsbinden für Frauen als Produkt für Frauen gekennzeichnet werden, weil auch „Transmänner" dieses Produkt benutzen könnten. Transphob ist, wenn Menschen nicht so angesprochen werden, wie sie es wünschen.
Schon vor 15 Jahren forderte ein Mann, der heute Professor für *für Sexualwissenschaft und Sexuelle Bildung* in Merseburg ist mit DAT (plattdeutsch für das) Heinzi angesprochen zu werden.
Die Mitarbeiterin eines britischen Wirtschaftsforschungsinstituts wurde entlassen, weil sie eine Transfrau, die sich als Mann kleidet und von deren Transition nichts bekannt ist, als Mann bezeichnet hatte. Kündigungsgrund: Transphobie.

Grundwiderspruch und Intersektionalismus

Weitere Entwicklungen der Queer Theory schließen ein: den Intersektionalismus, womit das Zusammenwirken und die Wechselwirkung verschiedener Unterdrückungsformen gemeint ist. Während Kommunistinnen seit jeher der Auffassung sind, dass, basierend auf dem Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, alle Formen von Ausbeutung und Unterdrückung mit dem Ziel der klassenlosen Gesellschaft zu bekämpfen sind, hat die Queer Theory andere Vorstellungen.
Im antirassistischen Diskurs soll „White Privilege" abgebaut werden, also z.B. die etwas größere Sicherheit Bullen gegenüber, die PoC (People of Color) (aufgrund der Hautfarbe) bevorzugt Schikanen unterziehen.
Die kommunistische Forderung hingegen ist die Abschaffung jeglicher Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe. Die queere Forderung bedeutet im Kern: maximales Elend für alle, anstatt der Umwandlung von Privilegien in Rechte für alle.
Im antiklassistischen Diskurs soll der sogenannte Klassismus nicht etwa durch die Abschaffung der Klassen, sondern durch Stolz auf das Arbeiterinnendasein und Respekt des Kapitals für die Werktätigen bekämpft werden.
In der Abgrenzung gegen kulturelle Aneignung wird die rechte Theorie der kulturellen ethnischen Separation vertreten (so sollen Weiße zum Beispiel keine Rastalocken tragen). Der radikalere Teil der queeren Szene ist immer dabei, wenn es um den Kampf gegen die sogenannte Islamophobie geht. Hierzu ist zu sagen das, mit Marx ausgedrückt, die Kritik an der Religion die Voraussetzung jeglicher Kritik ist und dass alle Religionen sowohl Opium des Volks (Trost) als auch Opium für das Volk (Verdummung) sind. Darüber hinaus ist Phobie ein Begriff aus der Psychologie und dort sollte er auch bleiben.
Der treffende Ausdruck wäre Feindschaft gegen den Islam, und ich möchte an dieser Stelle an die ermorde-

ten Genossinnen in den islamisch geprägten Republiken der jungen Sowjetunion erinnern, die sich dort für Frauenbefreiung einsetzten, und an die Tausende von RevolutionärInnen, die das islamische Regime nach seinem Sieg im Iran abgeschlachtet hat.
Darüber hinaus spielt der Begriff Islamphobie direkt den Herrschenden in die Hände, weil dem Manöver, alle Flüchtlinge aus islamisch geprägten Ländern zu Muslimen zu erklären, in die Hände gespielt wird. Viele der Geflüchteten und gerade gleichgeschlechtlich Orientierte flüchten vor dem Islam, desgleichen AtheistInnen und Angehörige anderer Religionen.
Religionsfreiheit heißt auch Freiheit von Religion. Gleichzeitig muss dem deutschen Herrenmenschentum und Rassismus entgegengetreten werden, und selbstverständlich auch den christlichen Staatskirchen. Der deutsche Imperialismus ist in diesem Land der Hauptfeind.
Das sind die wichtigsten Tiefpunkte der Queer Theory.

Queer Theory zerstört staatsunabhängige fortschrittliche Schwulen- und Lesbenbewegung

Eine staatsunabhängige, sich auf die eigenen Kräfte stützende Schwulen- und Lesbenbewegung gibt es heute fast nicht mehr. Auf lesbischer Seite sieht es insofern etwas besser aus, als dass sich einige kritisch mit Trans beschäftigen und das auch öffentlich machen. Nicht alle haben sich vom queeren Quatsch einschüchtern oder sogar überzeugen lassen.
Insgesamt aber sehen wir uns mit einer mehr oder weniger staatsfinanzierten Buchstabensuppenbewegung (LSBTIQ) konfrontiert, in der gleichgeschlechtlich Orientierte mehr und mehr an den Rand gedrängt werden.
Mercedes Benz, Deutsche Bank, Evangelische Landeskirche und bald wohl auch uniformierte BundeswehrsoldatInnen [4] laufen bzw. fahren bei den CSDs mit. Die biologische Grundlage der Menschheit wird gänzlich geleugnet. Die Theorie vom 3. Geschlecht bis hin zur Theorie von 7,3 Milliarden Geschlechtern wird von reaktionären Presseorganen in die Welt hinausposaunt. [5]
Transsexuelle mit und ohne „geschlechtsangleichende" Operationen und Hormonbehandlungen geben in manchen Bereichen den Ton an – vom Cover der Vogue bis hin zu geschichtsfälschenden Darstellungen der militanten Kämpfe vom 28. Juni bis 4. Juli 1969, die im Stonewall Inn ihren Ausgang nahmen, wo zwei schwule Transvestiten zu Transsexuellen umgelogen werden.
Einige queere Theoretiker bezeichnen mittlerweile gleichgeschlechtliche Orientierung als reaktionär und fordern schwule Männer auf, ihre „Homosexualität" zu verlernen. Begründung: Homosexualität sei schon immer ein kolonialistisches Projekt gewesen.
Schwule Aktivisten und schwule Männer werden heute als weiße, alte, schwule Cis-Männer beleidigt; Lesben, die darauf bestehen, dass sie als Frauen begehren, werden aus dieser Ecke als TERFs (Trans Exclusionary Radical Feminists, Trans ausschließende Radikale FeministInnen) beschimpft.
Das Schwule Museum in Berlin trägt bereits das Gendersternchen im Namen, das früher schwule Berliner Stadtmagazin „Siegessäule" trägt heute den Untertitel: Wir sind Queer Berlin". Die Zeitung „Rosa Zone" benannte sich bereits 1998 in „Queer.de" um.
Diese Marginalisierung und erneute Unsichtbarmachung von gleichgeschlechtlich Orientierten, ja sogar das „Wegoperieren von Homosexualität vermittels „Geschlechtsangleichung", nennen die Queeristen „Inklusivität" und fordern gesellschaftliche „Inklusion". Sie wollen also teilhaben am Imperialismus, und ganz besonders die Gender-Studies-Studierten fordern so – durch die Blume gesagt – Jobs im Staatsapparat- oder als Diversity oder Gleichstellungsbeauftragte in kapitalistischen Firmen.

Revolutionäre und kommunistische Positionen entwickeln

Wie sollen revolutionäre und kommunistische Kräfte sich hier verhalten? Auf theoretischer Ebene muss der Kampf gegen die idealistische Queer Theory auf der Grundlage des historischen und dialektischen Materialismus erheblich vertieft werden. Das ist um so wichtiger, als sich diese Theorien in den gesellschaftswissenschaftlichen Studiengängen etabliert haben, und von vielen Medien propagiert werden, so dass wir mit Fug und Recht sagen können, die Queer Theory sei ein zeitgenössischer Ausdruck des imperialistischen Irrationalismus.
In der praktischen Politik müssen wir genau schauen, welche Aktionen und Forderungen unterstützenswert sind und welche nicht. Manche AnhängerInnen der Queer-Theory begehren nämlich tatsächlich gegen Patriarchat und antigleichgeschlechtliche Unterdrückung auf, und haben noch nicht erkannt, dass Queer Theory nur das Bestehende bestätigt oder sogar verschlimmert.
In Berlin gab es in den letzten Jahren regelmäßige queere Demonstrationen gegen den sogenannten *Marsch für das Leben,* der sich von christlichen und

4 https://www.queer.de/detail.phparticle_id=34428
5 z.B.: https://causa.tagesspiegel.de/gesellschaft/wie-weiter-zwischen-den-geschlechtern/geschlechtsorgane-verraten-nicht-mehr-als-die-haarfarbe.html

nazistischen Grundlagen aus gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen richtet und natürlich auch gegen das Existenzrecht von Schwulen und Lesben.
Diese wie auch jede andere antinazistischen Aktion ist selbstredend gut und die Teilnahme revolutionärer Kräfte auf eigener Plattform oder in Aktionseinheiten wäre ein Fortschritt.
Bei Unfug a la Mohrenstraße in Möhrenstrasse „umzubenennen" und das Ganze als antirassistische Aktion zu feiern, sollten fortschrittliche Kräfte dem tatsächliche antirassistische Arbeit, wie z.B. die Oury-Jalloh-Initiative, oder die Initiative für Burak Bektaş, entgegenstellen.
Überhaupt hat die Frage der Frauenunterdrückung und der Unterdrückung von gleichgeschlechtlich Orientierten und auch die Hetze gegen Transpersonen eine große Bedeutung im Kampf gegen die anwachsende faschistische Gefahr, und es sollte auch klar sein, dass trotz der gegenwärtigen Exzesse des Transgenderismus Nazi- und Bullenangriffe auf Transsexuelle zu bekämpfen sind, wie überhaupt alle Naziangriffe gegen Frauen, gegen gleichgeschlechtlich Orientierte, gegen Menschen nichtweißer Hautfarbe und selbstverständlich gegen alle Linken und Antifaschisten. etc.
Auch die Nazipropaganda vom „Genderwahn" und der angeblichen „Frühsexualisierung unserer Kinder" muss offensiv bekämpft werden. Dabei muss das Recht auf den eigenen Körper, also auch das Recht auf operative Eingriffe für konsensfähige Volljährige verteidigt werden, und auch sexualkundlicher Unterricht in der Schule (wobei im Imperialismus die Inhalte sehr kritisch gesehen werden müssen). Die Intersexuellen nicht zu vergessen: wir müssen deren Forderung nach einem Verbot operativer Eingriffe an intersexuellen Neugeborenen und Kindern unterstützen.
Anzustreben ist keine queere, sondern eine kommunistische Inklusivität, die in Wort und Tat die Interessen gleichgeschlechtlich Orientierter an der Abschaffung ihrer besonderen Unterdrückung aufnimmt als Teil des Kampfes der ArbeiterInnenklasse und aller Werktätigen für die klassenlose Gesellschaft.

Autor Max

Neu im Programm von JUMP UP

*** Zenobia : Halak Halak**

CD EUR 15,50 # LP EUR 18,90

(VÖ: 27.03.2020 - Aufgrund von Corona ist der VÖ-Termin auf den 05.06.2020 verlegt worden)

ZENOBIA ist aus der pulsierenden palästinensischen elektronischen Musikszene hervorgegangen und hat in kurzer Zeit einen großen Eindruck hinterlassen. ZENOBIAs Musik kombiniert kraftvolle Beats, levantinische Dabke-Rhythmen und arabische Pop-Melodien. Die Band lässt sich von Pop- und Volksmusik aus der ganzen Region (Ägypten, Palästina, Libanon, Syrien) inspirieren. Die Band besteht aus Nasser Halahlih und Isam Elias. Nasser war ein Pionier in der lokalen Szene, er war wohl der erste palästinensische Produzent elektronischer Musik in den späten 90ern. Der junge Keyboarder Isam hat einen Hintergrund in der klassischen europäischen Musik. Er wuchs in Nazareth auf, während Nasser aus Shefa Amr stammt (und noch lebt), einer kleinen Stadt zwischen Haifa und Nazareth.

*** Our Native Daughters: Songs Of Our Native Daughters**

CD EUR 18,00 (Import USA)

Songs of Our Native Daughters beleuchtet die Geschichten afroamerikanischer Frauen über Kampf, Widerstand und Hoffnung in neuem Licht. Es sind Texte & Lieder aus dem 17., 18. und 19. Jahrhundert, darunter Sklavenerzählungen und frühe Minneserien, sowie die verwandten Banjospieler Rhiannon Giddens, Amythyst Kiah, Leyla McCalla und Allison Russell, interpretieren sie und interpretieren daraus neue Werke.
Mit unnachgiebiger, messerscharfer Ehrlichkeit setzen sie sich aus einer kraftvollen, schwarzen Frauenperspektive mit sanierten Ansichten über Amerikas Geschichte der Sklaverei, des Rassismus und der Frauenfeindlichkeit auseinander.
52 Minuten, 36-seitiges Booklet mit Texten.

www.jump-up.de // info@jumpup.de

Schallplattenversand Matthias Henk PF 11 04 47, 28207 Bremen
Tel/Fax: 0421/4988535 (AB)

Neues und nicht Neues aus Palästina III: Oder Trumps „Jahrhundertdeal" – Kriegsplan gegen das palästinensische Volk

Wir haben im Januar 2019 einen Artikel mit dem Titel **„Palästina: Gretchenfrage jeder demokratischen Politik"** (TA Nr. 80) veröffentlicht. Darin haben wir zu den, bis zum damaligen Zeitpunkt letzten Entwicklungen in dieser Frage Stellung genommen. Im Anhang zu diesem Artikel, in dem wir über „Neues und nicht Neues" berichteten, haben wir auch unsere „Thesen zur Palästina-Israelfrage" veröffentlicht.

Seitdem hat sich in der Palästinafrage wieder einiges bewegt. Die US-Botschaft wurde von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt und trotz der Verurteilung durch die UN-Vollversammlung feierlich-pompös im Beisein des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu eröffnet. Die Intifada der palästinensischen Massen gegen diesen Affront wurde vom zionistischen Staat Israel brutalst unterdrückt. Das palästinensische Volk hat wieder mit hunderten von Toten für diese Provokation bezahlt.

Bei der Eröffnung dankte Netanyahu, wegen Korruptionsvorwürfen und anhängigen Verfahren in Schwierigkeiten geraten, seinem großen Freund Trump wegen seines „Muts". Die Eröffnung der Botschaft sei ein großer Tag für Israel und auch „ein großer Tag für den Frieden". Der zionistische Heuchler und Kriegsherr schob nach, wie er sich „den Frieden in Palästina vorstellt": *„Ein Frieden, der auf Lügen basiert, kann nur an den Felsen der nahöstlichen Realität zerschellen. Und die Wahrheit ist,* ***dass Jerusalem immer die Hauptstadt des jüdischen Volkes bleiben wird****."* [1]

Im Klartext heißt das, die PalästinenserInnen haben überhaupt kein Recht auf Jerusalem! Jerusalem ist jüdisch! Das ist eine Lüge, die als Wahrheit verkauft wird. Das liegt auf der Hand. J. Kushner, Trumps Schwiegersohn und Nahostpolitikberater des Schwiegervaters, erklärte bei der Eröffnung, die USA seien entschlossen, dabei zu helfen, ***„einen nachhaltigen Frieden zu schaffen."***

Plan für die Intensivierung des Kriegs im Namen „nachhaltiger Friedensschaffung":

Wie dieser „nachhaltige Frieden" aussehen soll, wurde in einer gemeinsamen Pressekonferenz von Trump und Netanyahu im Weißen Haus am 28. Januar 2020 der ganzen Welt vorgestellt! Der von Trump als „Deal des Jahrhunderts" verkaufte „Friedensplan" sieht eine „Zwei-Staaten-Lösung", d.h. auch die Gründung eines Palästinenserstaates neben dem israelischen vor.

Das ist allerdings weder eine „Zwei-Staaten-Lösung", wie sie im UN-Beschluss von 1947 vorgesehen war, noch eine Zwei-Staaten-Lösung, wie sie von der PLO nach 1974 vorgeschlagen und in UN-Resolutionen übernommen wurde. Trumps Plan stellt für die Gründung eines palästinensischen Staates völlig absurde Bedingungen, die die PalästinenserInnen schon immer mit nein beantwortet haben. So soll z.B. **Jerusalem** nach Vorstellung der US-Regierung ***„ungeteilte Hauptstadt Israels"*** bleiben. Gleichzeitig wird den PalästinenserInnen eine ***„Hauptstadt in Ostjerusalem"*** offeriert. Netanyahu konkretisiert in seiner Rede

diese Offerte: Die Palästinenserhauptstadt solle im Vorort Abu Dis angesiedelt werden – d.h. **jenseits der Mauern Jerusalems**. Die Mauer soll natürlich weiter existieren *„und soll als eine Grenze zwischen den Hauptstädten beider Parteien dienen"*.

Das ist die zynische Verhöhnung des palästinensischen Volkes und offensive Propaganda der zionistischen Positionen durch die US-Regierung. Außerdem sollen alle Siedlungen im Westjordanland Bestandteil von Israels Staatsgebiet werden. Bislang verurteilte die UNO in vielen Entschließungen diese Siedlungen als völkerrechtswidrig und verlangt deren Auflösung. Die PLO hat der Zwei-Staaten-Lösung nach 1974 nur unter der Bedingung zugestimmt, dass Israel sich aus allen nach 1967 besetzten Gebieten zurückzieht und alle jüdischen Siedlungen im Westjordanland aufge-

1 https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-05/jerusalem-israel-usa-botschaft-eroeffnung

löst werden. Das alles wird in dem sogenannten neuen *„nachhaltigen Friedensplan"* von Trump/Netanjahu völlig ignoriert. Nach diesem Plan ist vorgesehen, nur 70 Prozent des Westjordanlands den PalästinenserInnen „zuzuteilen". Das ist der Plan für die Absicherung der offenen Annektion von 30 Prozent des Westjordanlands durch den zionistischen Staat Israel. Die Festschreibung offenen Unrechts zu Recht.

Trump zeigte in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Netanjahu auf einer Landkarte die Grenzen des künftigen palästinensischen Staates. Er wäre komplett von Israel umgeben, der Gaza-Streifen wäre mit dem Westjordanland nur durch einen Tunnel verbunden. Der zukünftige palästinensische Staat wäre mit hunderten jüdischen Siedlungen, die auch zu integralen Bestandteilen des israelischen Staatsgebietes erklärt werden, übersät.

Was dieser als Friedensplan verkaufte Annexionsplan für die Zionisten wirklich bedeutet spricht der Kriegsminister Israels offen aus. Er redet nicht von „Westjordanland", sondern von „Judäa und Samaria". Das sind die Namen dieses Gebiets im alten Testament. Trumps Worte interpretiert er als direkte Aufforderung, aktiv zu werden: *„Trump hat deutlich gemacht, dass sich die Entscheidungen in unseren Händen befinden. Er sagte uns,* ***dass wir die Souveränität auf alle Siedlungen in Judäa und Samaria ausweiten sollen.*** *Dieser Vorgang geht nun vom Weißen Haus zum Regierungssitz in Jerusalem über. Diese Gelegenheit darf nicht verpasst werden."* [2]

Weitere unannehmbare Bedingungen der USA, die das palästinensische Volk annehmen soll, damit es „seinen eigenen Staat" von Trumps Gnaden erhalten könnte, sind:

– Israel muss als jüdischer Staat anerkannt werden. Das würde in der Praxis bedeuten, die völlige Entrechtung der arabischen Bevölkerung in Israel zu akzeptieren.

– Das palästinensische Volk und seine Regierung sollen „dem Terrorismus", damit ist der nationale Befreiungskampf der PalästinenserInnen gemeint, abschwören.

– Ein künftiger Staat Palästina muss entmilitarisiert sein.

– Auch die im Gazastreifen herrschende Hamas muss ihre Waffen abgeben.

– Israel behält eine übergeordnete „Sicherheitsverantwortung", was unter anderem die volle Kontrolle über den Luftraum westlich des Jordans, eine Kontrolle der Zubringerstraßen zu den palästinensischen Gebieten und Baubeschränkungen in den Grenzregionen bedeuten würde.

– Der US-Nahost-Plan sieht dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu zufolge kein Rückkehrrecht für palästinensische Geflüchtete nach Israel vor. Nach Angaben der US-Regierung sollen betroffene PalästinenserInnen drei Möglichkeiten bekommen: In den künftigen Staat Palästina zu ziehen, sich in den Staaten zu integrieren, in denen sie derzeit leben, oder sich in einem anderen Land niederzulassen.

Dabei geht es nach Angaben der Vereinten Nationen um etwa 5,5 Millionen Menschen – PalästinenserInnen, die 1948 im ersten Nahostkrieg flüchteten, sowie um ihre Nachkommen.

Das ist im Groben der **imperialistische, sogenannte „Zwei Staaten-Lösungs-Plan"** der USA, der angeblich „nachhaltigen Frieden" in dem Gebiet schaffen würde.

Dieser Plan ist, was die Lösung der Palästinafrage betrifft, nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben ist. Das ist der imperialistisch-zionistische Grenzerweiterungsplan des Staates Israel. Es ist eine dreiste Unverschämtheit, dass das als „Friedensplan" verkauft wird. Dieser Plan wird von palästinensischer Seite, wie in diesem Fall von einem Sprecher von Hamas, als das tituliert, was es wirklich ist: Müll!

2 Susanne Glass, ARD Tel Aviv, „zu den Reaktionen auf Trumps Nahost-Plan" tagesschau24 12:00 Uhr, 29.01.2020

Der palästinensische Präsident Mahmud Abbas, der für eine Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen vor 1967 ist, lehnt diesen Plan kategorisch ab: *„Nach dem Unsinn, den wir gehört haben, sagen wir ‚Nein', tausend Mal ‚Nein' zum Deal des Jahrhunderts. Präsident Donald Trump und Israels Premier Benjamin Netanyahu haben über die Ohrfeige des Jahrhunderts gesprochen. Eine Ohrfeige, die wir mit Ohrfeigen beantworten werden."*
Alle palästinensischen Organisationen lehnen Verhandlungen auf der Basis dieses Plans kategorisch ab.
Der palästinensische Diplomat Husam Zomlot, einst Botschafter in Washington, dessen diplomatische Vertretung von der US-Regierung geschlossen wurde, sagt in einer Sendung von CNN:
„Donald Trump hat die Aussicht auf eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung begraben. (…) Der israelische Premierminister hat doch bereits Jerusalem, alle Siedlungen und das Jordantal in seiner Tasche. Allein das Jordantal umfasst ein Drittel des besetzten Westjordanlands. Da stellt sich doch die Frage, ob irgendein israelischer Premierminister sich jemals wieder hinsetzen wird und eine Zwei-Staaten-Lösung verhandelt, die internationalen Beschlüssen entspricht."
Dieser Plan hat für die palästinensischen Werktätigen den heilsamen Effekt, dass etwaige Illusionen über eine Maklerrolle der USA und eine imperialistische „Zwei-Staaten-Lösung" in Palästina erst einmal völlig zerschlagen sind.
International sind nur die USA und das zionistische Israel vehement für diesen Plan. Es gibt darüber hinaus nur leise Stimmen von den Lakaienregimen wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi Arabien, Ägypten, die den PalästinenserInnen vorschlagen, darüber nachzudenken und den Plan als Verhandlungsgrundlage zu nehmen.
Die europäischen Imperialisten melden leise Bedenken und Vorbehalte an, mit der Begründung, dass dieser Plan den Krieg in dem Gebiet weiter entfachen könnte. Ansonsten wird dieser Plan international rundweg abgelehnt.
Die „Neuigkeit" des Trump-Plans hat letzten Endes nichts wirklich Neues gebracht.
Nach wie vor ist eine „Zwei-Staaten-Lösung" in den 1947 vorgesehenen Grenzen ein gangbarer Weg für die Gründung eines palästinensischen Staates.
Das ist aber ohne Revolution nicht zu haben. Nach wie vor liegt die wirkliche Lösung in den Revolutionen unter Führung des Proletariats.
Es ist die Aufgabe der KommunistInnen die imperialistischen Lösungsvorschläge zu entlarven und an der wirklichen Lösung zu arbeiten.

KRITIK & DISKUSSION

Wie ist der Weg zur Befreiung Palästinas?

Zu unserem Artikel „Palästina: Gretchenfrage jeder demokratischen Politik" und den „Thesen zur Palästina-Israelfrage", veröffentlicht in Trotz alledem!, Nummer 80, Januar 2019 haben uns zwei Genossen der IA.RKP Österreich, Emil und Gunter verschiedene Kritikpapiere geschickt. Wir danken den Genossen für ihre Kritiken, auch wenn wir sie nicht teilen. Eine offene Debatte über diese Fragen wird uns vorwärts bringen. In den hauptsächlichen Kritikpunkten und in der Herangehensweise an die Palästinafrage gibt es eine weitgehende Übereinstimmung in diesen beiden Schriften. Wir veröffentlichen daher nur die umfangreichere beider Schriften [1], von Genossen Gunter mit unserer Entgegnung.
Beide Genossen haben die Kritiken vor allem zur gegenseitigen politischen Auseinandersetzung zwischen unseren Organisationen geschrieben und nicht unbedingt für eine Veröffentlichung. Sie haben aber auch nichts dagegen, wenn wir sie abdrucken.
Wir denken, dass in den unterschiedlichen Positionen der Debatte viele Fragen angeschnitten werden, die in der antiimperialistischen Bewegung aktuell sind. Daher ist eine Veröffentlichung richtig und produktiv.
Zunächst wollen wir vorweg auf zwei Kritikpunkte der Schrift von Emil *„Kritische Anmerkungen zu Palästina in TA 80/2019 (Emil, 16.02.2019)"*, die wir nicht veröffentlichen, eingehen.
Der Genosse schreibt in seinen Anmerkungen zu unserem Artikel folgendes:

»1. „Palästina: Gretchenfrage jeder demokratischen Politik". Von den „Antideutschen" ist so eine Feststellung bekannt. Sie versuchen jede demokratische Bewegung, sei es gegen Frauenunterdrückung, gegen Zwangsräumungen, oder Abschiebungen zu spalten

1 Kritik an den „Thesen zur Palästina-Israel-Frage „ und an „Palästina: Gretchenfrage jeder demokratischen Politik" („Trotz Alledem" Nr. 80) (g, ia.rkp, 03042019)

mit ihrer Frage: Wie stehst du zu Israel? und wenn du kritisch bist, dann brüllen sie „linke Antisemiten raus!" Wir haben größere Differenzen zur Palästinapolitik von TA (wie auch von anderen Organisationen), aber wir sehen das eben nicht als „Gretchenfrage" für eine enge Zusammenarbeit in der „demokratischen Politik" an.»

Dazu wollen wir nur anmerken, dass wir hier den Begriff „Gretchenfrage" nicht als „Frage für eine enge Zusammenarbeit in der ‚demokratischen Politik' oder nicht" verwendet haben. Wir verwenden diesen Begriff um die Wichtigkeit der Haltung zu Palästina bei der Einschätzung einer Politik zu unterstreichen. Wir arbeiten mit vielen Menschen und Organisationen, deren Politik wir in etlichen Punkten falsch finden, in demokratischen, antifaschistischen, antirassistischen, anti-sexistischen Aktionseinheiten auch eng zusammen.

Ein weiterer Kritikpunkt von Emil lautet:

»***These 2) Am „Ende des 19. Jahrhunderts … war es nicht möglich weltweit von einer jüdischen Nation zu sprechen."*** *Eine weitere falsche Grundlage in These 2, denn auch heute können nur Zionisten oder Antisemiten „weltweit von einer jüdischen Nation sprechen" – vergleichbar vielleicht mit „Rasta-Nation" oder „Nation of Islam".»*

In unserem Text ging es uns nicht darum, wie bürgerliche Kräfte die Nation definieren. Es geht uns hier um die marxistisch-leninistische Definition. Nach dieser ist es am Ende des 19. Jahrhundert nicht möglich, weltweit von einer jüdischen Nation zu reden. Aber wie wir in These vier ausgeführt haben, führten die besonderen Entwicklungsbedingungen in Palästina bis Ende des zweiten Weltkriegs zur Entstehung einer jüdischen Nation.

Kritik an den „Thesen zur Palästina-Israel-Frage" und an „Palästina: Gretchenfrage jeder demokratischen Politik" [1] („Trotz Alledem" Nr. 80)

Bei der Kritikschrift des Genossen Gunter, Initiative für den Aufbau einer Revolutionär-Kommunistischen Partei (Österreich), die wir in Gänze veröffentlichen, haben wir in seinem Text unsere Entgegnungen/Antworten eingefügt. Uns ist bewusst, dass das eine gewisse Herausforderung an unsere LeserInnen darstellt, dabei den Überblick zu bewahren. Aber wenn wir die Kritikschrift in Gänze und dann unsere Kritik daran veröffentlicht hätten, wäre aufgrund der vielen Zitate und Verweise eine noch unübersichtlichere Antwort herausgekommen.

Kritik Genosse Gunter:[1]

In diesen beiden Texten wird eine „gangbare", nicht „völlig naive, illusorische" „Lösung" der Palästina-Frage (S. 53 und S. 57) und insbesondere die imperialistische „Zwei-Staaten-Lösung" propagiert. Diese für Kommunisten überraschende und noch dazu mit viel Verve propagierte Position paart sich andererseits mit der Feststellung, dass es „im Kapitalismus keine gerechte Lösung der nationalen Frage und keinen dauerhaften Frieden geben (kann)" (These 8). Letzteres ist richtig – aber es gilt nicht nur, solange es Kapitalismus gibt, sondern auch solange der zionistische Staat als Vorposten des Imperialismus im Nahen Osten besteht. Das Hirngespinst der „Zwei-Staaten-Lösung" ist nur ein imperialistisches und zionistisches Irrlicht. Sie aufzugreifen und zu unterstützen bedeutet Kapitulation vor der imperialistischen Propaganda.

Kommentar TA:

Das ist zusammengefasst die **Essenz der Kritik** des Genossen an unserem Palästina-Artikel und unseren Thesen. Sein Hauptvorwurf ist, dass wir die imperialistische Zwei-Staaten-Lösung propagieren würden.

Dazu wollen wir sagen: Es gibt in der Hauptsache **zwei** „Zwei-Staaten-Lösungen" in der Palästina-Frage, über die sich zu reden lohnt. Alle anderen sind imperialistische Heucheleien. Wir haben dazu in einem Artikel „Freiheit für Palästina!" in Trotz alledem!, Nr. 32/33, 2004 unsere politische Linie begründet. Im weiteren werden wir daraus ausführlich zitieren.

Die **erste** „Zwei-Staaten-Lösung" ist auf der 125. Sitzung der UNO am 26. November 1947 zusammen mit den imperialistischen Mächten beschlossen worden. Die Frage an Gunter ist, ist sie deshalb eine imperialistische Lösung, weil die Imperialisten dieser zugestimmt haben oder ist sie eine richtige Lösung trotz der Zustimmung der Imperialisten. Wir denken, dass diese von der SU maßgeblich mit ausgearbeitete Lösung eine richtige Lösung war und heute immer noch ist.

Der damalige Vertreter der UdSSR in der UNO, Gromyko, erläuterte die Position der Delegation der UdSSR zu dieser Lösung wie folgt:

«*„Die Erfahrung aus dem Studium der Palästina-Frage einschließlich der Erfahrung des Sonderausschusses, hat*

1 gunter, ia.rkp, 03042019

gezeigt, daß die Juden und Araber in Palästina nicht wünschen oder nicht in der Lage sind, zusammen zu leben.
Der logische Schluß folgte, daß, falls diese beiden Völker, die Palästina bewohnen und die beide tiefverwurzelte historische Bindungen zu diesem Land aufweisen, nicht zusammen innerhalb der Grenzen eines einzigen Staates leben können, es keine Alternative dazu gibt, anstelle eines Landes zwei Staaten – einen arabischen und einen jüdischen – zu bilden. Dies stellt aus der Sicht unserer Delegation die einzige praktikable Lösung dar."
Gromyko verwies – gegen die Meinung der arabischen Staaten, dass die Teilung eine historische Ungerechtigkeit sei – außerdem noch mal darauf hin, dass „die Juden als Ergebnis eines vom Hitler-Deutschland entfesselten Krieges mehr als jedes andere Volk" gelitten haben.
„Die Delegation der UdSSR ist weiterhin der Meinung, daß die Entscheidung, Palästina zu teilen, sich im Rahmen der hohe Prinzipien und der Ziele der Vereinigten Nationen bewegt. Diese Entscheidung entspricht auch dem Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Völker." (Protokoll der 125. Tagung der UNO, 26.11.1947).» [2]

Der Ausgangspunkt der damalig sozialistischen UdSSR war die Anerkennung der Tatsache, dass Palästina 1947 von zwei verschiedenen „Völkern" bewohnt wurde, die beide das Recht auf einen eigenen Staat hatten. Das heißt nichts anderes, als dass die Sowjetunion von der Existenz einer arabischen und einer jüdischen Nation in Palästina ausging.

Dazu führt Gromyko aus: *„Es ist wesentlich, die unbestreitbare Tatsache im Kopf zu haben, daß die Bevölkerung Palästinas aus zwei Völkern, den Arabern und den Juden besteht. Beide haben historische Wurzeln in Palästina. Palästina ist das Heimatland dieser beiden Völker geworden, jedes spielt eine wichtige Rolle in der Wirtschaft und im kulturellen Leben des Landes. Weder die historische Vergangenheit, noch die gegenwärtigen Bedingungen in Palästina können irgendeine einseitige Lösung des Palästina-Problems rechtfertigen. … Eine gerechte Lösung kann nur erreicht werden, wenn den legitimen Interessen beider Völker ausreichend Beachtung geschenkt wird."* [3]

Diese **erste „Zwei-Staaten-Lösung"** ist aus der Situation entwickelt worden, dass ein „unabhängiger, dualer, demokratischer, homogener arabischer, jüdischer Staat" Palästina, von Vertretern der beiden Bevölkerungsgruppen nicht akzeptiert wurde. Das war die „einzige praktikable Lösung". Diese „Zwei-Staaten-Lösung" in den 1947 vorgesehenen Staatsgrenzen ist nach wie vor die vorübergehende Lösung der Palästina-Frage, die wir KommunistInnen vertreten.

MarxistInnen-LeninistInnen, die diese Lösung ablehnen, müssen zuerst begründen, dass die Haltung und Entscheidung der UdSSR falsch war. Sie müssen begründen, warum sie das Selbstbestimmungsrecht der Jüdinnen und Juden auf einen eigenen, wenn auch bürgerlichen Staat in Palästina ablehnen, ohne sich ins Fahrwasser der arabischen Reaktion und des Antisemitismus zu begeben.

Die **zweite** „Zwei-Staaten-Lösung" der Palästinafrage wird von der PLO seit 1974 eingefordert. Diese erkennt das Existenzrecht des Staates Israel an und sieht die Gründung eines palästinensisch arabischen Staates in den Grenzen vom 04. Juni 1967 und den Rückzug aller jüdischen Siedlungen aus diesem Gebiet vor.

Zu dieser zweiten, von der palästinensischen Bourgeoisie vertretenen Lösung lautet unsere Position in dem Artikel: *„Die Forderung der PLO ... kann tatsächlich ein Schritt zum vorübergehenden Frieden sein. Insofern brächte eine solche vorübergehende Lösung sowohl den palästinensisch arabischen Massen als auch den jüdischen Werktätigen in Israel eine Verbesserung ihrer Lage und Kampfbedingungen. Aber diese Verbesserung beinhaltet keine entscheidenden, vorwärtsbringenden Forderungen für das palästinensische Volk.*
Die 1967er Lösung ist wenn überhaupt der allerminimalste, aber selbst unter zionistischer Besatzung schwerst erreichbare Lösungsansatz, der keineswegs das Recht der palästinensischen Nation auf Selbstbestimmung verwirklicht für eine tatsächlich demokratische Lösung der nationalen Frage. Auch viele Linke in der BRD stellen sich hinter die Forderung der PLO und fordern für heute ein Palästina in den Grenzen von 1967.
Diese Forderung ist unserer Meinung nach völlig unzureichend. Ein palästinensischer Staat in den Grenzen von 1967, also in den besetzten Gebieten, wäre überhaupt nicht überlebensfähig. Die Gebiete sind nicht zusammenhängend, die Wirtschaft wäre wie heute total abhängig. Wie soll man nach Palästina, wenn PalästinenserInnen die israelischen Straßen nicht benutzen dürfen? Die palästinensische Industrie liegt am Boden, die Landwirtschaft ist zerstört, die Plantagen dem Erdboden gleichgemacht, der Boden ausgelaugt und dürr … . Hinzu kommt, dass die Gebiete der Westbank mittlerweile vom Staat Israel, der seit der 2. Intifada mit dem Mauerbau und der Zubetonierung vom Gaza die Fakten für den künftigen palästinensischen Staat schafft, eingemauert werden. Was soll das für ein Staat sein, der nichts ist, als ein Stück zerstörtes Land, mit einer Mauer drumherum? Was soll das für ein Leben für das palästinensische Volk sein, die dann auch nicht viel mehr haben, als wie heute das Recht unter Bewachung zu atmen? Wenn wir heute etwas fordern, dann kann das nur sein: die Beendigung des Krieges, der Rückzug des israelischen

2 TA 33/34, 2004, S. 16
3 TA 33/34, S. 15

Staates und seiner Siedler aus den besetzten Gebieten und das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge.
Damit die PalästinenserInnen einen überlebensfähigen Staat gründen können, müssen sie mindestens über einen Staat in den Grenzen von 1947, also des UN-Teilungsbeschlusses, verfügen können. Diese Forderung wäre eine Lösung, die nationale Frage in den Hintergrund treten zu lassen und den Klassenkampf auf die Tagesordnung zu bringen. Auf Dauer kann jedoch nur ein vereinigtes, unabhängiges sozialistisches Palästina, das friedliche Zusammenleben aller in Palästina lebenden Völker garantieren." [4]

Andere Vorschläge und Pläne zu verschiedenen „Zwei-Staaten-Lösungen" werden von diversen imperialistischen Kräften favorisiert, die alle die zionistischen Siedlungen in den besetzten Gebieten nach 1967 als legitim anerkennen. Über diese „Lösungen" haben wir **nicht** diskutiert, weil diese von vorneherein völlig indiskutabel sind. Das sind tatsächlich „imperialistische Irrlichter". Wir haben mitnichten ein „imperialistisches Irrlicht" der Zwei-Staaten-Lösung vertreten, sondern fordern eine Zwei-Staaten-Lösung, die in dem Beschluss der UN von 1947 als „vorübergehende Lösung" entwickelt wurde.

Zu der **zweiten** „Zwei-Staaten-Lösung", die von bedeutenden Kräften der palästinensischen Befreiungsbewegung vertreten wird, sind wir der Meinung, dass dies ein Schritt zu einem vorübergehenden Frieden sein kann. Aber mehr nicht! In dem von Genossen Gunter kritisierten Artikel in Trotz alledem! Nr. 80 haben wir nicht umsonst auf den längeren Artikel von 2004 in TA Nr. 33/34 verwiesen.

Genosse Gunter kritisiert hier eine Position, die er uns zuschreibt, die aber nicht unsere ist. Diese Art von „Kritik" ist zwischen marxistisch-leninistischen GenossInnen, Organisationen nicht korrekt. Wir sind für Polemik und offene Debatte, auch zugespitzt und hart, aber bitte zutreffend.

Kritik Genosse Gunter:

Mit einem kühnen Bogen über sieben Jahrzehnte wird ein Bogen gespannt von dem behaupteten Bestehen einer jüdischen Nation zum Zeitpunkt der Gründung Israels 1948 [5] bis zum Eintreten für die heutige imperialistische „Zwei-Staaten-Lösung". TA stützt seine Unterstützung der „Zwei-Staaten-Lösung" maßgeblich auf die zumindest zweifelhafte Behauptung einer „jüdischen Nation" im Jahr 1948: „damit", wird mehrfach betont, sei das Recht auf einen eigenen Staat in Palästina gegeben.

Die Logik dieses Argumentationsbogens erschließt sich mir nicht. Man muss überprüfen, erstens die Frage der „jüdischen Nation in Palästina" 1948, zweitens wie sich diese Frage in weiterer Folge und bis heute entwickelte, drittens, ob sich daraus das „Existenzrecht des Staates Israel" ergibt und viertens, ob daraus die imperialistische „Zwei-Staaten-Lösung" abgeleitet werden kann.

Kommentar TA: Die Hauptfrage hier, die uns von dem Genossen trennt, ist die Frage des Existenzrechts des Staates Israel als die staatliche Organisation der JüdInnen in Palästina. Alle anderen Fragen hängen mit dieser Frage zusammen. Für Gunter hat der Staat Israel – im Unterschied zu anderen existierenden bürgerlichen Staaten – kein Existenzrecht. Wer eine „Zwei-Staaten-Lösung", in welcher Form auch immer, zulässt, befindet sich für ihn von vornherein in der Position „Kapitulation vor der imperialistischen Propaganda".

Kühne These, die sich zugleich gegen die kommunistische Haltung der damaligen sozialistischen UdSSR bei der Gründung des Staates Israel richtet!

Kritik Genosse Gunter:

1. Jüdische Nation: Die „jüdische Nation in Palästina" des Jahres 1948 ist der Ausgangs- wie auch der Dreh- und Angelpunkt der Argumentation. „Nach dem Zweiten Weltkrieg betrug die jüdische Bevölkerung in Palästina ca. ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Gemessen an den marxistischen Kriterien einer Nation (Gebiet, Kultur, Sprache, Wirtschaft und historische Gemeinschaft) bildete die jüdische Bevölkerung in Palästina Ende des Zweiten Weltkriegs weitgehend eine Nation. Das Recht der JüdInnen auf einen Staat in Palästina war damit gegeben." (These 4) Gemessen an den marxistischen Kriterien sind diesbezüglich erhebliche Zweifel angebracht.

Die *historische Gemeinschaft* trifft nicht zu, da der weitaus überwiegende Teil erst in der zweiten Hälfte der 1930er und in den 1940er Jahren einwanderte, also eine ganz andere Historie hatte und Teil anderer Nationen war. Sie hatten vielmehr eine russische/polnische, sefardische und türkische, westeuropäische usw. Geschichte. Nur eine Minderheit war in Israel geboren worden [6].

4 TA 33/34, S. 36/37

5 Ich erinnere mich, dass wir in den 1970er Jahren Beziehungen u.a. zum Kommunistischen Bund Galiläa, bestehend vor allem aus jüdischen plus einigen arabischen Israelis, hatten, der diese Phantasmagorie einer Nation 1948 kritisierte und wissenschaftlich widerlegte. Es dauerte nicht lange, bis die Organisation verboten und zerschlagen und auch ihre jüdischen Mitglieder in den Kerkern der angeblich „reaktionär-bürgerlichen Demokratie *nur* für die jüdischen BürgerInnen dieses Staates" (S. 53) verschwunden waren.

6 Von 1882 bis 1933 waren in einigen Wellen 200 000 nach

Kommentar TA: Zu der Frage der gemeinsamen Geschichte vergisst der Genosse, dass die Jüdinnen und Juden überall in den Ländern, wo sie lebten immer als „Andere" behandelt und ausgegrenzt wurden, antijüdischen Angriffen, bis hin zu Pogromen ausgesetzt waren. Egal ob sie russische, polnische, sephardische, türkische Geschichte hatten, waren sie als JüdInnen Teil dieser Geschichte. Sie wurden in dieser Geschichte als Jüdinnen und Juden höchstens „geduldet". Sie durften bestimmte Berufe, Gewerbe, Landwirtschaft etc. nicht betreiben.

Kritik Genosse Gunter:

Zum *Gebiet* ist zu sagen, dass es sich um koloniale Siedlerenklaven handelte: von den etwa 650 000 waren – typische Erscheinung der kolonialen Ansiedelung in „Feindesland"! – 70% in Tel Aviv, Haifa und der „zentralen Region", also in wenigen Zonen konzentriert [7].

Kommentar TA: Wo ist das Problem hinsichtlich des Territoriums in der Frage der Nation? Fakt war, dass die jüdische Bevölkerung sich in bestimmten Territorien konzentrierte. Bei der territorialen Teilung im Teilungsplan 1947 war das auch die Grundlage für die Grenzen des jüdischen und des arabischen Staates.

Kritik Genosse Gunter:

Zur gemeinsamen *Sprache* wäre anzumerken, dass keineswegs alle Einwanderer der hebräischen Sprache als Verkehrssprache mächtig waren (was übrigens bis heute so ist). 1948 konnte man, wenn man nicht zionistische Scheuklappen trug, nicht davon ausgehen, dass es sich bei diesem jüdischen Flüchtlings- und Immigrantenkonglomerat um eine Nation handle [8] – es sei denn man hätte die Gesamtheit aller auf dem Globus lebenden Juden für eine Nation gehalten.

Kommentar TA: Da vergisst der Genosse Gunter wiederum, dass JüdInnen überall in der Welt, durch die jüdische Religion, die die bestimmende Rolle in der gemeinsamen Kultur der Jüdinnen und Juden spielt, in der Sprache der Thora eine gemeinsame Sprache hatten. Sie beteten alle in der Sprache der Thora! Das in Israel zur Staatssprache entwickelte Hebräisch stützt sich zum großen Teil auf diese Sprache.

Kritik Genosse Gunter:

Es handelte sich um eine Kolonisierungsbewegung, als solche gedacht und als solche empfunden. Und es war eine imperialistisch induzierte Kolonisierungsbewegung. Sicher war sie auch aus dem erlittenen Antisemitismus und der Shoah gespeist, aber dennoch war sie in erster Linie ein imperialistisches Kolonialprojekt.

Kommentar TA: Hier geht der Genosse an der Tatsache vorbei, dass die JüdInnen, die 1947 ein Drittel der Bevölkerung in Palästina ausmachten, zum großen Teil Palästina als Fluchtpunkt vor Vernichtung gesehen haben. Und sie waren 1947 in Palästina, vor allem nicht als „Vorposten des Imperialismus", sondern als jüdische Überlebende, Flüchtlinge, die eine sichere Heimstatt suchten. Dass die Imperialisten diese zum großen Teil erzwungene Migrationsbewegung ausgenutzt haben, um unter anderem die eigene „Judenfrage" zu lösen und dann den Staat Israel als Vorposten im Gebiet verwenden konnten, liegt auch in der Schwäche der kommunistischen Bewegung – in Israel und international.

Die JüdInnen in Palästina hatten als eine große ethnische Gruppe, ja als eine eigene Nation in Palästina das Recht auf den eigenen Staat.

Was die „Kolonisierungsbewegung" betrifft: Wenn man den Staaten, die als Ergebnis der Kolonisierung entstanden sind, „das Existenzrecht" absprechen würde, müsste man heute Staaten wie die USA, Kanada, Australien etc. das „Existenzrecht" absprechen.

Kann man machen. Das käme Don Quichottes Kampf gegen Windmühlen gleich. Das würde am Fakt, dass diese Staaten existieren und solange existieren werden, bis sie durch eine proletarische Revolution zerschlagen werden, nichts ändern.

Palästina eingewandert (hauptsächlich aus Polen und dem zaristischen Russland), 1934 bis 1938 weitere 200 000 aus West- und Mitteleuropa, weitere 80 000 während des Zweiten Weltkriegs, dann bis 1948 relativ wenige, weil England, dessen Mandatsgebiet Palästina war, die Zuwanderung im Hinblick auf die beabsichtigten Teilungspläne Palästinas bremste. Die große Masse, nämlich nochmals 700 000, wanderte zwischen 1948 und bis 1951 ein.

7 Quelle: Zentrales Statistisches Büro Israels 2003, zitiert nach Ha'aretz 06.05.03 bzw. http://israel.nahost-politik.de/israel-nachrichten/news/bevoelkerung.html

8 Übrigens: Wie würde sich die Frage in Südafrika stellen? Bei Ende des Apartheid-Regimes 1993 standen 30,7 Millionen Schwarzen 5,2 Millionen Weißen gegenüber, also ein solider weißer Block und wesentlich mehr als die 650 000 Juden 1948 in Palästina, in besonderen Siedlungsgebieten konzentriert (eigenes Gebiet!), mit einer besonderen weißen Kultur, einer gemeinsamen Sprache, einer gemeinsamen Wirtschaft (indem sie die gesamte Kolonialwirtschaft beherrschten) und – anders als die jüdische in Israel – zweifellos eine historische Siedler- und Kolonialistengemeinschaft bildend. War das eine Nation und wenn ja, hätte sie (wenn sie das gewollt hätte und nicht darauf spekuliert hätte, ihre Kolonialprivilegien weitgehend ohnehin behalten zu können) das Recht auf einen eigenen Staat gehabt, d.h. auf einen kolonialistischen Pfahl im Fleisch Südafrikas?

Kritik Genosse Gunter:

2. Recht auf einen eigenen jüdischen Staat/Existenzrecht des Staates Israel: „Wie jede andere hat auch die jüdische Nation ein Recht auf einen eigenen Staat. Dieses Recht wurde durch die Gründung des Staates Israel in die Tat umgesetzt. Israel hat wie jeder andere bürgerliche Staat ein Existenzrecht. Solange bis dieser Staat durch eine proletarische Revolution zerschlagen wird." (S. 53) Und: „Das Recht der JüdInnen auf einen Staat in Palästina war damit (Anm.: mit der „jüdischen Nation") gegeben." (These 4) Gesetzt selbst die These der „jüdischen Nation in Palästina" wäre richtig und gesetzt weiter, ein „Recht auf einen eigenen Staat", d.h. auf einen eigenen jüdischen Staat, wäre „damit" gegeben – daraus ergibt sich noch lange nicht das Recht auf einen *solchen* Staat, dessen Vorgeschichte (in den 1930er Jahren) schon auf Mord und Vertreibung der dort lebenden arabischen Bevölkerung beruhte

und dessen weitere Entwicklung bruchlos auf dieser Linie weiterging.

Einen Staat, der sein Staatsgebiet immer weiter expandierte, was sogar in Bezug auf das seinerzeitige UN-sanktionierte Recht auf Staatsgründung einen Bruch jeglichen Völkerrechts bedeutete, jenes Rechts, auf das sonst von den Imperialisten so gerne referenziert wird. Israel ist eben nicht ein Staat wie jeder andere, sondern ein Staat, dessen Fundament, als zionistischer und rassistischer Staat auf fremdem Boden, ja dessen Existenz selbst ein *Unrecht* war und ist.

„Existenzrecht des Staates Israel" – das ist das „Existenzrecht" *dieses* rassistischen und zionistischen Unrechtsstaates und dient nur *dessen* Rechtfertigung und Verteidigung. Es ist dies keineswegs gleichbedeutend mit der Frage des Rechts der jüdischen Bevölkerung Palästinas auf eine Form staatlicher Organisation (im Rahmen eines gemeinsamen demokratischen und laizistischen Staates der Juden und Araber in Palästina).

Kommentar TA: Interessante, aber auf keinen Fall kommunistische These! Also das Existenzrecht wird nur Nationen, die einen demokratischen Staat gründen, zugestanden! Und zwar solch ein demokratischer Staat, der nicht „auf Mord und Vertreibung der dort lebenden…Bevölkerung beruht"! Was machen wir dann mit den USA, Kanada, Australien zum Beispiel?
Laut Gunther sollten diese Staaten aber bitte nicht rassistisch sein, auf fremden Boden sich konstituieren etc. Was machen wir z.B. mit der Türkei? Diese soll kein Unrechtsstaat sein?! Das heißt im Umkehrschluss, faschistische Staaten haben kein Existenzrecht?
Der Genosse verliert sich im Gefecht gegen den zionistischen Staat Israel in einem Wirrwarr und landet am Ende objektiv in der Position der Idealisierung des bürgerlichen Staates überhaupt!
Er sieht nicht, dass alle bürgerlichen Staaten wesensgleich sind. Alle bürgerlichen Staaten sind „Unrechtsstaaten". Sie sind auf der Vertreibung und Vernichtung anderer Völker und Ethnien, auf der Grundlage der Homogenisierung, auf dem Raub anderer Territorien errichtet worden. Dafür brauchen wir uns nur Deutschland anzuschauen. Genosse Gunter wird uns keine einzige Nation nennen können, die nicht diesen Weg gegangen ist!
Bürgerliche Staaten heute sind verschiedene Formen der Diktatur der Bourgeoisie! Israel ist ein bürgerlicher Staat und hat soviel Existenzrecht wie alle anderen auch! Alle müssen zerschlagen werden durch Revolutionen unter Führung des Proletariats.

Kritik Genosse Gunter:

3. Israelische Nation: Seit 1948 sind sieben Jahrzehnte vergangen und die Lage stellt sich anders dar als damals. Inzwischen hat sich in Israel eine spezifische Nation ausgebildet, die israelische Nation [9]. (Die etwa 20% arabischen Israelis sind einerseits eine nationale Minderheit in Israel, andererseits Teil der arabischen Nation [10].) Dies begrün-

9 Israelische Nation ist etwas anderes als jüdische Nation. Die in Israel lebenden Juden machen laut Ha'aretz (siehe Fußnote 7) „38% des Weltjudentums" aus. Sie konnten nach 1948 auf Basis der israelischen Staatlichkeit im Lauf der Jahrzehnte eine Nation bilden. Die anderswo auf der Welt lebenden Juden bilden natürlich keine Nation und sie bilden auch keine gemeinsame Nation mit der israelischen; Israel ist natürlich nicht der „Nationalstaat des (weltweiten) jüdischen Volkes" – wie es in dem unlängst beschlossenen ultrareaktionären Gesetz gleichen Namens heißt.

10 Die Frage der arabischen Nation diskutieren wir hier nicht,

det ein Existenzrecht staatlicher Organisation der jüdischen Bevölkerung Palästinas, aber nicht das Existenzrecht dieses zionistischen Staates in seiner konkreten Ausprägung.

Kommentar TA: Das ist gelinde gesagt ein Widerspruch in sich! Also nach Genosse Gunter gibt es jetzt eine israelische Nation. Warum jetzt? Braucht es genau sieben Jahrzehnte nach der Gründung eines Nationalstaates, um von einer Nation zu reden, warum nicht z.B. nach einer oder zwei Dekaden?
Das zeigt, wie idealistisch und willkürlich er hier mit der marxistisch-leninistischen Theorie der Nation umgeht. Eine „israelische Nation" hat das Recht auf staatliche Organisation. Aber sie darf nur einen Staat haben, der nicht zionistisch ist!
Nun die MarxistInnen-LeninistInnen gehen nicht von Wünschen sondern von konkreten historischen Gegebenheiten und von der Wirklichkeit aus. Fakt ist, dass nun die spezifische „israelische Nation" die heutige konkrete Staatsform geschaffen hat und in diesem Staat lebt. Auch wenn wir ihm das Existenzrecht absprechen, existiert dieser Staat doch! Wie andere bürgerliche Staaten auch.
Das Existenzrecht Israels zu negieren, heißt entweder purem philosophischen Idealismus anzuhängen oder aber es ist politische Judenfeindschaft. Alle anderen Siedlerstaaten (z.B. USA, Kanada, Australien), alle faschistischen Staaten (Türkei, Iran etc.) haben ein Existenzrecht. Aber der jüdische Siedlerstaat hat dieses Recht nicht. Warum? Weil sie Juden sind!
Es gibt keine andere Antwort auf diese Frage!

Kritik Genosse Gunter:

4. Klassenkampf und Hauptwiderspruch in Palästina: In These 9 heißt es: „Das Ende des Krieges in Palästina und ein Friedensabkommen zwischen arabischen PalästinenserInnen und dem Staat Israel ist die Voraussetzung für die Entwicklung des Klassenkampfes in Israel und Palästina."
Das ist ein falscher Ansatz. Der Hauptwiderspruch in Palästina ist nicht der zwischen jüdischer (plus arabischer) Bourgeoisie und jüdischer (plus arabischer) Arbeiterklasse. Die Klassenwidersprüche werden überlagert durch den nationalen Widerspruch zwischen dem unterdrückten palästinensischen Volk und dem zionistischen Staat als Kolonisator und Unterdrücker.

Kommentar TA: Das ist der einzige richtige Ansatz in dieser Frage. Genau deswegen ist ein Ende des Krieges für die Entwicklung des Klassenkampfes sowohl in Palästina als auch in Israel wichtig.

Kritik Genosse Gunter:

Die palästinensischen Massen (arabische Minorität auf israelischem Territorium und in den Expansionszonen, Westjordanland, Gaza) erleben tagtäglich, dass sie in erster Linie unmittelbar der israelischen Kolonialmacht gegenüber stehen. Es handelt sich für sie um einen nationalen Befreiungskampf gegen das Kolonialregime.
Sie können sich mit demokratischen und revolutionären jüdischen Kräften in Israel verbünden (und taten bzw. tun das auch immer wieder, solange die betreffenden jüdischen Genossen noch nicht im israelischen Knast landeten), aber sie führen einen anderen Kampf als den Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie in Israel.
Das kann man bedauern, weil der „reine" und nicht durch koloniale und nationale Unterdrückung „verschmutzte" Klassenkampf einfacher wäre, aber es ist so. Die Orientierung auf den *unmittelbar* gemeinsamen Klassenkampf der jüdischen und der arabischen Massen wäre nur dann richtig, wenn in Palästina nicht ein nationaler Widerspruch der Hauptwiderspruch wäre, sondern wenn es sich dabei bloß um einen Nebenwiderspruch handelte, wenn also grundsätzlich, d.h. als Hauptwiderspruch, alle Volksmassen in Palästina (incl. Israel) *unmittelbar* demselben Feind gegenüber stünden. So ist es aber nicht.
Deshalb ist das Argument ebenso falsch, wie wenn jemand in der Zeit des Apartheid-Regimes gesagt hätte, es sei dem Klassenkampf in Südafrika abträglich, dass die Schwarzen einen nationalen Befreiungskampf gegen das weiße Regime führen, statt auf diesen zu verzichten und sich stattdessen mit der weißen Arbeiterbewegung zum gemeinsamen Klassenkampf zusammenzuschließen.

Kommentar TA: Das Ende des Kriegs von Israel gegen das palästinensische Volk zu wollen, heißt nicht, zur Aufgabe des nationalen Befreiungskampfes aufzurufen.
Unser Aufruf zur Beendigung des Kriegs ist auf der einen Seite der Aufruf zur Intensivierung des Befreiungskampfes, auf der anderen Seite zur Intensivierung des Kampfes gegen den zionistischen kriegsführenden Staat Israel. Für die Beendigung des Kriegs gegen das palästinensische Volk. Ohne das wird es ein Ende des Krieges nicht geben.

weil sie hier nichts verloren hat. Ähnlich wie z.B. auch bei der kurdischen besteht immer die Frage, ob nicht verschiedene Teile einer Nation, die sich in verschiedenem gesellschaftlichem Umfeld und verschiedenen Staatlichkeiten befinden, als Nation allmählich auseinander driften.

Kritik Genosse Gunter:

Ganz im Gegenteil: Erst der Befreiungskampf der Schwarzen hat ermöglicht, dass sich auch in der weißen Arbeiterbewegung die (koloniale) Spreu vom (demokratischen) Weizen getrennt hat. Bezüglich des inneren Kolonialismus in Südafrika gab es diesbezüglich in den 1920er Jahren eine sehr intensive Debatte in der Komintern, die klar entschieden wurde.

Jeder Kampf, d.h. jeder Klassenkampf, jeder nationale oder sonstige demokratische Kampf, muss immer der Beförderung der Weltrevolution untergeordnet werden, aber er muss immer entsprechend der Bedingungen der jeweiligen konkreten Situation geführt werden.

Die These hingegen, die nationale Befreiungsbewegung in abhängigen, neokolonialen oder (wie Palästina) rechtlich oder faktisch kolonisierten Ländern sei dem gemeinsamen Klassenkampf mit Arbeiterklasse und Volk der Unterdrückernation gegen denselben Feind unterzuordnen, ist ein falscher Ansatz, der den nationalen Befreiungskampf an die zweite Stelle setzt und dem Neokolonialismus oder Kolonialismus Vorschub leistet. Der oben zitierte Passus setzt wie folgt fort: „Das (Anm.: d.h. das Ende des Krieges durch ein Friedensabkommen mit Israel) ist unter den heutigen Bedingungen nur in einem imperialistischen Frieden möglich" – natürlich nur als „Zwischenschritt" (S. 53) oder „Übergangslösung" (S. 59), aber doch. Also: Hintanstellen des nationalen Befreiungskampfes der Palästinenser zugunsten eines „imperialistischen Friedens".

Kommentar TA: Der Genosse versteht einfach unsere Position nicht und unterstellt uns eine Position, die wir nicht vertreten. Er geht davon aus, dass wir die These vertreten: *„die nationale Befreiungsbewegung in abhängigen, neokolonialen oder (wie Palästina) rechtlich oder faktisch kolonisierten Ländern sei dem gemeinsamen Klassenkampf mit Arbeiterklasse und Volk der Unterdrückernation gegen denselben Feind unterzuordnen."*
Das ist seine Phantasie und nicht unsere Position.

Kritik Genosse Gunter:

Ich will hier nicht Wortklauberei bezüglich des „imperialistischen Friedens" betreiben (obwohl mir so eine Formulierung nie in den Sinn käme und nach einigen Jahrzehnten „Friedensabkommen" mit dem zionistischen Staat allein schon bei diesem Wort das Kotzen kommt) und auch nichts unterstellen, was wahrscheinlich nicht so gemeint ist, aber ich will nochmals auf die Idee hinter dieser Argumentation hinweisen:

Gemeinsamer Klassenkampf der national unterdrückten Volksmassen und der Arbeiterklasse und der Volksmassen der Unterdrückernation verlange nationalen Frieden zwischen ihnen – und das könne eben „unter den heutigen Bedingungen" nur ein imperialistischer Frieden sein.

Das „vergisst" wie gesagt, dass der Hauptwiderspruch in Palästina anders verläuft. Auch in Israel und in der Solidaritätsbewegung für die palästinensische Sache muss sich die den Zionismus direkt oder indirekt deckende und ihn vertuschende Spreu vom revolutionären Weizen trennen.

Kommentar TA: Imperialistischer Frieden ist ein Begriff Lenins. Die meisten „Friedensabkommen" in den imperialistischen Kriegen enden mit einem imperialistischem Frieden.
Danke für die Belehrung, dass der Hauptwiderspruch in Palästina der nationale ist. Wir wussten und wissen es aber. Was wir nicht verstehen ist, wie der Genosse Gunter uns unterstellt, wir würden etwas anderes vertreten.

Kritik Genosse Gunter:

5. „Zwei-Staaten-Lösung": Der „imperialistische Frieden" nennt sich heute üblicherweise „Zwei-Staaten-Lösung". Auf S. 53 heißt es, die „Zwei-Staaten-Lösung" sei – **im Unterschied zur revolutionär-demokratischen Forderung nach einem gemeinsamen demokratischen und laizistischen Staat der Juden und Araber in Palästina –** „der einzig gangbare Weg" (S. 9).

Kommentar TA: Hier wird durch Auslassung unsere Position verfälscht. Damit die LeserInnen das selber beurteilen können, zitieren wir aus unserem Artikel, aus dem Gunter Wortfetzen zitiert, als Ganzes:
*„**Gibt es eine Lösung des Palästinaproblems?** Die radikale Lösung des Palästinaproblems ist nur durch demokratische, proletarische Revolutionen sowohl in Israel als auch in Palästina möglich. „Nur wenn die Völker selber reden", d.h. der bürgerliche Nationalismus keine Wirkungsmöglichkeiten mehr hat, nur wenn der proletarische Internationalismus der ArbeiterInnen, Werktätigen welcher Nationalität auch immer vorherrschend wird, nur dann ist eine radikale Lösung möglich.*
Dann können die Völker auch in Frieden zusammen leben, wobei sie die Formen dieses Zusammenlebens gleichberechtigt zusammen bestimmen. Das ist aber ein sehr langer Weg.
Als ein wichtiger Zwischenschritt auf diesem Weg ist eine Zweistaaten-Lösung, die im UN Teilungsplan 1947 vorgesehen war, ein gangbarer Weg. Allerdings wird dieser gangbare Weg vom zionistischen Staat Israel und den

hinter diesem Staat stehenden imperialistischen Mächten ständig torpediert." [11]

An anderer Stelle, in unseren Thesen wird unter Punkt 9 dazu wieder Stellung genommen:

„***Aktuelle Lösung*** *Das Ende des Krieges in Palästina und ein Friedensabkommen zwischen arabischen PalästinenserInnen und dem Staat Israel ist die Voraussetzung für die Entwicklung des Klassenkampfs in Israel und Palästina. Das ist unter heutigen Bedingungen nur in einem imperialistischen Frieden möglich. Die Forderung der PLO (Palästinensische Befreiungs-Organisation), in den Grenzen vom 4. Juni 1967 einen palästinensischen arabischen Staat zu gründen, in dem alle jüdischen Siedlungen aufgelöst werden, kann ein Schritt zum vorübergehenden Frieden sein. Eine solche Lösung bietet sowohl den palästinensischen Massen als auch den jüdischen Werktätigen in Israel eine Verbesserung ihrer Lage und Kampfbedingungen.*

Aber dies ist keine entscheidende, vorwärts bringende Forderung für die palästinensische Sache. Die 1967er Lösung ist überhaupt der minimalste aber selbst unter zionistischer Besatzung schwer erreichbare Lösungsansatz, der keineswegs das Recht der palästinensischen Nation auf Selbstbestimmung verwirklicht und keine tatsächlich demokratische Lösung der nationalen Frage in Palästina." [12]

Wie jede/r LeserIn sieht, ist die „Zwei-Staaten Lösung", die wir vertreten, nicht die imperialistische „Zwei-Staaten-Lösung" sondern die „Zwei-Staaten-Lösung" in den Grenzen von 1947. Gunter verfälscht einfach unsere Position.

Kritik Genosse Gunter:

Das ist „realistische" Kapitulation vor dem Druck der imperialistischen Propaganda. Sie ist indes überhaupt kein gangbarer Weg, sondern nur eine Nebelgranate des Imperialismus. Sie ist ein reaktionäres imperialistisches Konstrukt zur Bekämpfung und Deroutierung des palästinensischen Befreiungskampfes und der Solidaritätsbewegung mit ihm. Fast alle Imperialisten (außer zeitweilig einige „Scharfmacher") sind für diese „Lösung" [13].

Die „Zwei-Staaten-Lösung" zielt auf die Verewigung der zionistischen Herrschaft über *ganz* Palästina. Wenn revolutionäre Kräfte darauf hereinfallen, bedeutet dies Kapitulation vor Imperialismus und Zionismus [14]. Worin könnte diese „Lösung" überhaupt bestehen? Alleine schon ein Blick auf den Flickenteppich einer Landkarte Palästinas ließe einen verzweifeln, denn wie soll man auf dem Boden dieser Landfetzen, Bantustans und Mauern einen lebensfähigen Staat bilden? Jetzt kann man natürlich sagen, die heutige Realität interessiert uns nicht, wir beziehen uns auf den UN-Teilungsbeschluß aus 1947 [15] – aber das ist alles graue Vorzeit, von der Geschichte längst hinweggefegt, aus und vorbei. Niemals wird sich der zionistische Staat auf die Grenzen von 1947 zurückziehen.

Kommentar TA: Alles richtig. Aber: Wer landet hier bei der „realistischen Kapitulation" wir oder der Genosse Gunter? Eher er, der eine revolutionär-demokratische Forderung nicht stellt, weil der zionistische Staat diese nicht erfüllen würde!

Kritik Genosse Gunter:

Eher würde er einen Krieg zur „Endlösung der Palästinenserfrage" anzetteln. Die „Zwei-Staaten-Lösung" hat sogar verbale Anhänger unter zionistischen Scharfmachern – allerdings schwebt ihnen eine „Zwei-Staaten-Lösung" vor, die mehr an so etwas wie ein (inverses) Warschauer Ghetto erinnert als an einen Frieden.

Der langen Rede kurzer Sinn: Es gibt keine demo-

11 TA 80, S. 53-54

12 TA 80, S. 59

13 Auch wenn immer wieder zeitweilig irgendwelche „Extremisten" gegen die „Zwei-Staaten-Lösung", also offen für die absolute faschistische Herrschaft Israels über den ganzen Nahen Osten und seine weitere Expansion eintreten, ist das nicht die vorherrschende imperialistische Strömung. Wobei die Betonung auf „offen" liegt, denn faktisch unterstützen sie alle diese Herrschaft (wenn auch manchmal mit jämmerlicher Miene). Die Behauptung (S. 54), die Politik Trumps sei eine „Umkehr von der Politik Obamas" ist aus der Luft gegriffen. Hat etwa Obama irgendetwas realiter gegen den expansionistischen Siedlungsbau unternommen oder sonst irgendwie den zionistischen Staat auszubremsen versucht? Na ja, schreibt TA, aber er war immerhin für die „Zwei-Staaten-Lösung", während Trump anscheinend dagegen ist. Ich ziehe daraus einen ganz anderen Schluss: Was sagt uns das über die „Zwei-Staaten-Lösung", wenn sie auf dasselbe hinausläuft wie die Politik des Radaubruders Trump?

14 Auch in diesem Punkt übrigens ein seltsamer Widerspruch, weil TA bei aller Entschiedenheit, mit der die „Zwei-Staaten-Lösung" propagiert wird, zugleich schreibt: „Eine Lösung für das friedliche Zusammenleben beider Völker wäre ein dualer demokratischer Staat, in dem sowohl die arabische als auch die jüdische Bevölkerung gleichberechtigt zusammen leben" (These 4). So ist es und das kommt genau in der Forderung nach einem gemeinsamen demokratischen und laizistischen Staat der Juden und Araber in Palästina zum Ausdruck. (Über die Ausgestaltung des „dualen" Systems müsste man noch diskutieren, denn das kann viel und sehr Verschiedenes bedeuten.)

15 „Der Teilungsplan der UN wurde von der Sowjetunion unterstützt ... Die Haltung der SU war und ist auch im Rückblick richtig." (These 5) Man müsste so sagen: Die Absichten, die die SU 1947 verfolgte, waren in der Tat „fortschrittlich und demokratisch" – nur verfolgte der westliche Imperialismus vollständig entgegengesetzte Absichten und Ziele. Im Rückblick hat sich leider herausgestellt, dass es ganz anders kam als erhofft und man möglicherweise einen Fehler gemacht hatte.

kratische, also auch keine tragfähige Lösung bei Fortbestehen der zionistischen Staatsmacht. Wie es dem „zweiten", dem palästinensischen Staatsgebilde ergehen würde, wird uns tagtäglich in Gaza, im Westjordanland, in Jerusalem, in immer neuen Siedler- und Expansionszonen vorgeführt. Ohne Zerschlagung dieser Staatsmacht gibt es keine Lösung. Daher ist es die „Zwei-Staaten-Lösung", die „völlig naiv, illusorisch" (S. 57) ist, während die Forderung nach einem gemeinsamen demokratischen und laizistischen Staat der Juden und Araber in Palästina die einzige realistische Perspektive darstellt.

Vielleicht könnte man über sie dasselbe sagen wie Brecht über den Kommunismus: Diese Perspektive ist das „Einfache, das schwer zu machen ist". Aber es ist die einzige Perspektive und die einzige Alternative zur Fortdauer der Barbarei in Palästina. Die „Zwei-Staaten-Lösung" tut so, als ob es eine demokratische Lösung in Palästina ohne Revolution und bei Fortbestehen des zionistischen Staates geben könnte. Eine solche Lösung gibt es aber nicht. Und wenn einmal im Zuge bzw. im Gefolge von Revolution eine demokratische Lösung möglich sein wird, dann braucht man keine „Zwei-Staaten-Lösung" mehr.

Kommentar TA: Das ist des Pudels Kern: Genosse Gunter sieht nicht, dass der bürgerliche, zionistische Staat Israel durch den Kampf – sowohl den nationalen Befreiungskampf, den demokratischen Kampf der Massen in Israel gegen den zionistischen Staat als auch die internationale Solidarität der Völker mit diesen Kämpfen – zu bestimmten Zugeständnissen gezwungen werden kann. Er schließt das aus. Das heißt doch, vor der Stärke des Staates Israel einzuknicken?

Andererseits aber wird von einer Bewegung, die nicht einmal imstande sein soll, bestimmte demokratische Forderungen durchzusetzen, erwartet, dass sie den zionistischen Staat Israel durch die Revolution zerschlägt. Das ist eine rechte Politik in der Praxis und Wortradikalismus in der Theorie.

Kritik Genosse Gunter:

Die „Zwei-Staaten-Lösung" ist aber nicht nur eine Phantasmagorie, sondern heutzutage das beliebteste Instrument imperialistischer Heuchelei und Doppelzüngigkeit bezüglich Palästinas.

Kommentar TA: Nochmal. Der Genosse versteht nicht, dass wir die Zwei-Staaten-Lösung „als eine Übergangslösung" ansehen, die nichts mit der imperialistischen Zwei-Staaten-Lösung zu tun hat.

Kritik Genosse Gunter:

Kein Staatsbesuch in Israel, ohne dass nicht die „Zwei-Staaten-Lösung" beschworen würde. Zuerst wird dem zionistischen Staat unverbrüchliche Waffenbrüderschaft gelobt (oft untermauert durch Waffengeschäfte), sein „Recht auf Selbstverteidigung" hinausgeplärrt, manchmal werden auch pro forma „beide Seiten" zur „Mäßigung" ermahnt (wobei der „Selbstverteidigungs"-Terror des zionistischen Staates selbstverständlich davon unbenommen bleibt) und wird mit der „Zwei-Staaten-Lösung" herumgewedelt.

Das alles zusammen genommen ist ein ideologischer Feldzug zur Unterstützung und Forcierung des zionistischen Staates – während man sich „zu Hause" als Freund der „Mäßigung" und des „Friedens" ausgeben kann. Israel spielt dabei mit, nimmt das Mäßigungsgeplapper gerne in Kauf, auch wenn es manchmal scheinheilig grollt – und ruiniert mit umso mehr Verve systematisch das, was – rein hypothetisch – irgendwann einmal als Karikatur des „zweiten Staates" in Frage käme. Diese imperialistische Niedertracht muss von allen antiimperialistischen und demokratischen Kräften entlarvt und bekämpft werden.

6. Revolutionär-demokratischer Kampf und die Palästina-Frage: Die Forderung nach einem gemeinsamen demokratischen und laizistischen Staat der Juden und Araber in Palästina wird als unsinnig verworfen, denn sie wäre „nur dann zu erfüllen, wenn dieser Staat als bürgerlicher Staat nicht mehr existiert. Es sind zwar demokratische Forderungen, sie sind aber ohne Revolution nicht zu haben."

Kommentar TA: Hier wird wieder einfach etwas behauptet, was wir nicht vertreten. Uns werden Positionen untergeschoben, die nicht unsere sind. Wo haben wir denn die Forderung nach einem gemeinsamen demokratischen und laizistischen Staat der JüdInnen und AraberInnen in Palästina als unsinnig verworfen? Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir propagieren, dass dies die wirkliche Lösung in Palästina ist. Zu erklären, dass das nur durch Zerschlagung des zionistischen Staates Israel mit der Revolution möglich ist, heißt nicht, diese Forderung und Zielsetzung fallen zu lassen.

Kritik Genosse Gunter:

Die palästinensische Forderung nach einem gemeinsamen demokratischen und laizistischen Staat der Juden und Araber in Palästina wird als absurd abgetan („völlig naiv, illusorisch")

Kommentar TA: Welche palästinensische Forderung? Die momentan vorherrschende, palästinensische Forderung ist, unseres Wissens nach, die Forderung nach einem palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967, der Auflösung der jüdischen Siedlungen in diesen Grenzen und dem Rückkehrrecht der PalästinenserInnen etc. Es gibt unseres Wissens leider keine starken kommunistischen palästinensischen Kräfte, die über diese Forderungen hinaus gehen.
Ein gemeinsamer demokratischer, laizistischer Staat der JüdInnen und AraberInnen in Palästina, um zum Sozialismus und Kommunismus weiterzugehen, war und ist die Forderung der KommunistInnen für die wirkliche Lösung der Palästinafrage. Es ist absurd uns unterzujubeln, dass wir diese Forderung „völlig naiv und illusorisch" nennen und ablehnen. Dass dies heute ohne Revolution nicht zu haben ist, bedeutet nicht, dass wir diese Forderung fallen lassen sollen.

Kritik Genosse Gunter:

Es wird hier eine grundsätzliche Frage des revolutionär-demokratischen Kampfes angesprochen. Darf oder soll man etwas fordern, was politisch über den bürgerlichen Staat hinausweist, im gegebenen Fall über den zionistischen? Fast a*lle* radikaleren revolutionär-demokratischen Forderungen sind „ohne Revolution nicht zu haben". Erheben wir sie etwa deshalb nicht?
Wir haben 2018 gemeinsam die Frage des revolutionär-demokratischen Kampfes diskutiert, auch die Frage des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung und auch, wie diese Frage in den (nationalen und internationalen) Gesamtzusammenhang der Revolution gestellt werden muss. Lenin zieht in diesem Zusammenhang gegen den imperialistischen Ökonomismus" zu Felde – wobei dieser sich oft mit „realistischem" Einschwenken auf angeblich „gangbare" reformistische Luftprojekte paart (wie die „Zwei-Staaten-Lösung").
Wenn man für die „Zwei-Staaten-Lösung" ist, dann ist man entweder ein Imperialist und Zionist, dem es sowieso nur um die Verteidigung und Rechtfertigung Israels geht, oder man ist ein „imperialistischer Ökonomist", der das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung für „völlig naiv, illusorisch" hält. So jemand müsste sich allerdings fragen, ob tatsächlich die proletarische Revolution, für die wir alle ohne Bedenken bezüglich deren „Realismus" energisch eintreten, „realistischer", weniger „naiv" und weniger „illusorisch" ist als ein gemeinsamer demokratischer und laizistischer Staat der Juden und Araber in Palästina.

Kommentar TA: Täglich grüßt das Murmeltier! Noch einmal: Wir sind für die demokratische Revolution. Bis dahin sind wir auch für eine Zwei-Staaten-Lösung als Zwischenschritt, um Frieden unter den Völkern herzustellen und den Fokus auf den Klassenkampf zu legen. Wir sind **nicht** für die „Zwei-Staaten-Lösung" der Imperialisten!
Es ist die Aufgabe der KommunistInnen, aufzuzeigen und zu verteidigen, dass die Zwei-Staaten-Lösung von 1947 nichts zu tun hat mit der heutigen Zwei-Staaten-Lösung der Imperialisten. Die erste verteidigen wir auch heute, als Übergangslösung. Die zweite lehnen wir ab als Heuchelei und imperialistischen Betrug.

Der Vorschlag der PLO für einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 und die Auflösung der jüdischen Siedlungen ist nicht ausreichend, ist aber auch etwas anderes, als das, was die Imperialisten heute als Zwei-Staaten-Lösung preisen.

Kritik Genosse Gunter:

7. Die Shoah als Grund für das „Existenzrecht des Staates Israel"? Neben der fehlenden „Gangbarkeit" führt TA als weiteren Grund dafür an, warum die Forderung nach einem gemeinsamen demokratischen und laizistischen Staat der Juden und Araber in Palästina „völlig naiv, illusorisch" sei, nämlich dass der Staat Israel ein „Produkt der Shoah (sei), wo das kollektive Gedächtnis mit diesem Trauma lebt".

Kommentar TA: Das ist wieder eine Verdrehung unserer Position. Gunter behauptet, wir würden vertreten, die „Forderung nach einem gemeinsamen demokratischen und laizistischen Staat der Juden und Araber in Palästina" sei „völlig naiv, illusorisch", nämlich dass der Staat Israel ein „Produkt der Shoah (sei), wo das kollektive Gedächtnis mit diesem Trauma lebt".
Was wir aber völlig „naiv und illusorisch" nennen, ist nicht diese Forderung, sondern: *„Was wir an der BDS-Kampagne falsch finden und kritisieren ist etwas anderes. Die BDS-Kampagne, geht davon aus, dass Israel durch eine internationale Isolierung dazu gezwungen werden kann, die Forderungen der Kampagne zu erfüllen.* ***Das ist völlig naiv, illusorisch****, wenn die InitiatorInnen und UnterstützerInnen der Kampagne daran glauben."* [16]

Das ist, was wir völlig naiv und illusorisch finden. Aber nicht die Forderung nach einem gemeinsamen demokratischen und laizistischen Staat der JüdInnen und AraberInnen in Palästina. Weiter heißt es in unserem Artikel:
„Aber wenn sie nicht daran glauben, dann ist die Kampagne objektiv ein Fake. Die Massen werden getäuscht. In einem Staat wie Israel, der in seiner Entstehung auch ein Produkt der Shoah ist, wo das kollektive Gedächtnis mit diesem Trauma lebt, sind diese Forderungen nur dann zu erfüllen, wenn dieser Staat als bürgerlicher Staat nicht mehr existiert.
Das sind zwar demokratische Forderungen, sie sind aber ohne Revolution nicht zu haben. Vor allem nicht durch äußeren Druck. Der äußere Druck erzeugt nichts anderes, als dass die ZionistInnen das ganze Volk hinter sich sharen! Nur durch Klassenkampf und Revolution in Israel selbst sind diese Forderungen durchsetzbar." [17]
Wir haben nicht gesagt, dass der Staat Israel „ein Produkt der Shoah ist", wie der Genosse Gunter es verkürzt darstellt. Sondern wir haben geschrieben, dass der Staat *„in seiner Entstehung* ***AUCH*** *ein Produkt der Shoah ist".*
Das ist etwas anderes, als der Genosse behauptet. Hier wird erstens **der Staat Israel in seiner Entstehung** und der Staat Israel in seiner späteren Entwicklung getrennt! Zweitens wird Israel nicht als Produkt der Shoah, sondern **auch** als ein Produkt der Shoah eingeschätzt. Im Namen der Kritik, durch Unterlassungen, falsches Zitieren, Zitate aus dem Zusammenhang zu reißen etc. und den Kritisierten Positionen unterzujubeln, die nicht ihre Positionen der Kritisierten sind, ist eine falsche Methode. Der Genosse macht das in seiner Kritikschrift mehrfach, was für uns überraschend und enttäuschend ist.

Kritik Genosse Gunter:
Der Staat Israel ist aber in erster Linie ein Produkt des Imperialismus, nicht der Shoah.

Kommentar TA: Der Staat Israel ist in erster Linie ein Produkt des Wunsches und des Kampfes der JüdInnen für einen eigenen Staat. Natürlich haben die verschiedenen imperialistischen Mächte, vor allem England, versucht, diesen Wunsch und Kampf einer in vielen Ländern der Welt unterdrückten nationalen Gruppe, Minderheit für ihre Zwecke zu verwenden. Das geschieht aber unter den Bedingungen des Imperialismus mit allen nationalen Bewegungen.

Kritik Genosse Gunter:
Die Shoah hätte nicht zum Staat Israel führen müssen, wie auch der Völkermord an den Armeniern nicht zur Gründung eines armenischen Kolonialstaates z.B. rund um den Berg Ararat (wegen der Noah-Legende [18]) oder in Uganda (wegen eines imperialistischen Kolonisierungsplans [19]) mit

16 TA 80, S. 57

17 TA 80, S. 57

18 Jeder hat seine Legende, der eine die der Abstammung der Armenier von Noah, der auf dem Ararat gestrandet wäre, der andere die der Abstammung der Juden vom Stamme Juda.

19 Wieso Uganda? Auf Uganda richteten sich die ersten zionistischen Staatsgründungspläne im 19. Jhdt. Großbritannien hatte das dem Theodor Herzl, der Gallionsfigur des Zionismus, angeboten, es wurde von ihm zunächst auch angenommen, dann aber von der zionistischen Bewegung doch verworfen.

Ermordung und Vertreibung von gleich einmal einer Million dort lebender Menschen führte.

Kommentar TA: Die Diskussion so zu führen, „die Shoah hätte nicht zum Staat Israel führen müssen", geht von der Prämisse aus, wir würden das behaupten. Das ist aber nicht wahr. Wir haben nicht mehr und nicht weniger gesagt, als dass der Staat Israel bei seiner Entstehung auch ein Produkt der Shoah ist. Wer kritisieren will, soll sagen: Nein, das stimmt nicht, die Shoah hat bei der Gründung des Staates keine Rolle gespielt etc.
Das kann kein Mensch behaupten, der nicht mit Scheuklappen herumläuft. Über Geschichte kann man nicht mit hätte, könnte, wollte etc. diskutieren. Fakt ist, dass nach dem zweiten Weltkrieg in Palästina, und nicht anderswo, ein Drittel der Bevölkerung JüdInnen waren, die ihre quasistaatlichen Institutionen geschaffen hatten. Die massenhafte Emigration von JüdInnen nach Palästina und ihr Wille, dort ihren eigenen Staat aufbauen zu wollen, hängt natürlich **auch** mit der Shoah zusammen.

Kritik Genosse Gunter:

Das Trauma der Shoah, wird gesagt, würde eine Lösung in Gestalt eines gemeinsamen demokratischen und laizistischen Staates der Juden und Araber in Palästina verunmöglichen.

Kommentar TA: Wo haben wir das gesagt? Den ganzen Absatz, auf den sich diese Kritik bezieht, haben wir oben wiedergegeben. Und übrigens ist die Forderung der BDS-Kampagne nicht für einen „gemeinsamen, demokratischen, laizistischen Staat der Juden und Araber in Palästina". Sondern für die „Beendigung der Besatzung und Kolonisierung des 1967 besetzten arabischen Landes und Niederreißung der Mauer". Wir sagen, wir finden diese Forderungen richtig. Aber es ist illusorisch, daran zu glauben, dass diese Forderungen durch internationale Isolierung durchsetzbar sind. Was ist daran falsch?

Kritik Genosse Gunter:

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Ein Trauma kann man so oder so überwinden, das Trauma der Shoah kann man in demokratischer Richtung überwinden oder in reaktionärer Richtung, indem man gegen die Palästinenser ebensolche rassistische und faschistische Ideologie und Praktiken reproduziert, wie man sie seinerzeit – als von den Nazis verfolgte Juden – selbst erlebt hat. Die israelischen Volksmassen müssen, Hand in Hand mit den Palästinensern, mit dem Rassismus und den faschistischen Herrschaftsmethoden ihres Staates aufräumen und das Kolonialsystem, das dieser ausübt, brechen. Das ginge nicht, wegen der Shoah?

Kommentar TA: Wer sagt das denn? Wir nicht.
Aber die Position von Gunter, *„das Trauma der Shoah kann man überwinden … in reaktionärer Richtung, indem man gegen die Palästinenser ebensolche rassistische und faschistische Ideologie und Praktiken reproduziert, wie man sie seinerzeit – als von den Nazis verfolgte Juden – selbst erlebt hat."* ist grundfalsch.
Diese Gleichsetzung des faschistischen, deutschen, imperialistischen Nazi-Reichs mit dem Staat Israel mit „ebensolcher Ideologie und Praktiken", insbesondere bezogen auf die überlebenden Opfer der Shoah (sie reproduzieren diese gegen die Palästinenser) ist zynisch und letztlich eine Verharmlosung des deutschen faschistischen Imperialismus. BDS (Deutschland) lehnt im Übrigen richtigerweise eine solche Gleichsetzung des Staates Israels und des „NS-Staates" ab.

Kritik Genosse Gunter:

Wenn nicht einmal das geht, wie soll dann eine proletarische Revolution gehen? Um ihrer Selbstbefreiung willen müssen die jüdischen Volksmassen in Palästina dieses Trauma überwinden und mit ihm das zionistische Regime, das das Shoah-Trauma dazu ausnützt, die eigenen Gräueltaten zu rechtfertigen.

Kommentar TA: Völlig richtig!

Kritik Genosse Gunter:

8. Wem dient die Tirade gegen die BDS-Kampagne? Zuerst wird immerhin festgehalten, dass es sich bei etlichen Forderungen der Kampagne (wo es eher um allgemein gehaltene Losungen geht) um „demokratische Forderungen (handelt), die jeder demokratisch gesinnte Mensch, egal welcher Nationalität, verteidigen sollte".
Dann aber wird auf die namengebenden Forderungen der BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestition, Sanktionen) losgeprügelt: „Politischer Schwachsinn" sei das und die BDSler sollten sich lieber" mit etwas Sinnvollerem beschäftigen" (S. 57). Sie würden sich Illusionen machen, „dass Israel durch eine internationale Isolierung dazu gezwungen werden kann, die Forderungen der Kampagne zu erfüllen". Zwar ist schwer vorstellbar, dass sich ein denkender

Später bot das britische Kolonialregime – unter inzwischen völlig veränderten geostrategischen Bedingungen und aus anderen Kalkülen – dem Zionismus Palästina als neue „Heimat" an, um ein imperialistisches Siedlerbollwerk im Nahen Osten zu errichten.

Mensch tatsächlich solche Illusionen macht – nämlich dass das ohne gewaltigen Aufschwung des Befreiungsbewegung der Palästinenser und der demokratischen Kämpfe in Israel ginge, aber sei's drum.

Kommentar TA: Der Genosse übersieht einfach, welchen Anspruch die BDS-Kampagne hat. Wir haben das Dokument zitiert, dort heißt es unmissverständlich: *„Wir unterstützen daher den Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft aus dem Jahre 2005 zur gewaltfreien und weltweiten BDS Bewegung die durch Boykott, Desinvestment und Sanktionskampagnen Israel veranlassen will, seine Kolonialpolitik aufzugeben."*
Mit seiner Kritik an uns sagt Gunter faktisch, dass die BDSlerInnen wohl keine „denkenden Menschen" sind! Selbstkritisch merken wir an, unsere Begrifflichkeit „politischer Schwachsinn" in der Polemik gegen die BDS-Bewegung ist nicht hilfreich und falsch.

Kritik Genosse Gunter:

Sehr wohl geht es allerdings auch heute darum, durch bestimmte Losungen und Forderungen auf nationaler und internationaler Ebene den zionistischen Staat in der demokratischen Öffentlichkeit zu desavouieren, zu seiner Isolierung beizutragen und ihn so zu schwächen. Natürlich kann man jede solche Forderung so oder so stellen. Man kann die Staatsmacht beknien, man kann sie aber auch attackieren.

Man kann Forderungen revolutionär oder reformistisch stellen. Manche dieser Forderungen mögen eher sinnvoll sein, andere weniger. Z.B. ist ein Boykottaufruf an deutsche Konsumenten, keine israelischen Kiwi zu kaufen, zwar „berechtigt" (da nicht nur auf geraubtem Land, sondern auch mit geraubtem Wasser produziert...), aber – wie aller Konsumentenboykott – wenig nützlich; die Boykottforderung an die deutsche Regierung hingegen oder auch ein Aufruf an die Hafenarbeitergewerkschaft bezüglich Waffenexport nach Israel oder die nach einem Boykott von Wasserableitungsprojekten, die den Palästinensern noch das letzte Wasser rauben, dagegen sehr sinnvoll.

Auch wenn die BDS-Kampagne einige illusionäre Flausen im Kopf und keine klare Position zur Frage der Staatsmacht und des demokratischen Kampfes hat – warum muss man derart gegen sie geifern? Außerdem: Was immer der BDS an Fehlern und „politischem Schwachsinn" anhaften mögen, es ist nichts im Vergleich zu der Verirrung, sich für die imperialistische „Zwei-Staaten-Lösung" stark zu machen.

Kommentar TA: Die berechtigte Kritik an BDS von uns ist „geifern"! Uns imperialistischen Ökonomismus anzudichten, aufgrund von Auslassungen in Zitaten, sich auf entstellte Positionen zu berufen und uns dann damit zu beschuldigen, wir würden uns „für die imperialistische „Zwei Staaten Lösung stark (zu) machen", wie das genannt werden soll, sollen die LeserInnen selber entscheiden.

Kritik Genosse Gunter:

Vollständig daneben sind auch die auf den Klassenkampf in Deutschland bezogenen Argumente, die von TA gegen die BDS-Kampagne vorgebracht werden: Man dürfe vom deutschen bürgerlichen Staat nichts fordern, was „nur erfolgreich sein kann, wenn andere bürgerliche Staaten diese Kampagne unterstützen und mitmachen", denn das sei „ein Aufruf an die Bourgeoisie, an die herrschende Klasse dieses Landes, sich gegen die israelische Bourgeoisie zu stellen". Na und?

Sind wir nicht auch z.B. gegen den Vietnamkrieg und speziell gegen die Politik unserer Regierungen aufgetreten, obwohl diese Kampagnen nach dieser Logik „ein Aufruf an die Bourgeoisie, an die herrschende Klasse (unserer Länder) war, sich gegen die amerikanische Bourgeoisie zu stellen".

Kommentar TA: Wir haben in Vietnam-Kampagnen unsere Forderungen als Losungen gerufen „USA/SA/SS", „Raus aus Vietnam", „Sieg im Volkskrieg" etc. Amerikanische Soldaten, die in Europa den Kriegsdienst in Vietnam verweigerten, haben wir praktisch unterstützt unterzutauchen etc. Wirkliche RevolutionärInnen haben in keiner Kampagne Positionen eingenommen, die den eigenen Staat als etwas Besseres als einen anderen bürgerlichen Staat darstellen!
Allerdings gab es in den revolutionären Reihen auch fehlerhafte Positionen, die auf der Grundlage „USA – Hauptfeind der Völker der Welt" vergessen haben, dass der Hauptfeind im eigenen Land steht!

Kritik Genosse Gunter:

Ich erspare mir, die Absurdität dieser Argumentation zu kommentieren und alle Kampagnen der letzten Jahrzehnte aufzuzählen, in denen wir selbstverständlich faschistische Regime, imperialistische Aggressionen, Invasionen, Bürgerkriege, reaktionäre Bewegungen usw. kritisiert haben und in diesem Zusammenhang selbstverständlich auch Forderungen an die eigene Regierung gestellt haben – hauptsächlich zu dem Zweck, diese so besser entlarven zu können (und nicht aus der Hoffnung, sie würden – bei dem gegebenen Verhältnis der Klassenkräfte – unseren Forderungen entsprechen).

Kommentar TA: Was ist aber, wenn tatsächlich erwartet und erklärt wird, dass diese Forderungen durch die eigene Bourgeoisie erfüllt werden?

Kritik Genosse Gunter:

Weiter geht's bei TA: „Damit sagen wir in jedem gegebenen Land dem Proletariat und den Werktätigen, ‚unsere Bourgeoisie' ist auf jeden Fall besser als die israelische!" Wieso denn? Das sagen wir damit überhaupt nicht! „Auf einmal ist die deutsche Bourgeoisie in Deutschland ein Faktor im Kampf für die Demokratie in Israel. Der deutsche Imperialismus ist bei dieser (BDS-)Kampagne nicht der Hauptfeind, sondern etwaiger Bündnispartner!"

Also: Wenn man den deutschen Imperialismus bekämpft, indem man an ihn Forderungen richtet, die gegen seine pro-zionistische Politik gerichtet sind, schürt man Illusionen, er wäre ein Bündnispartner gegen den zionistischen Staat? Dann dürfte man an keine imperialistische Regierung mehr irgendwelche anti-imperialistischen Forderungen richten.

Wenn wir damals, bleiben wir beim Beispiel Vietnam, von der eigenen Regierung verlangten, sie dürfe den US-Krieg nicht weiter direkt oder indirekt unterstützen, das südvietnamesische Quislingregime nicht länger anerkennen, Überflugrechte usw. für das US-Militär nicht mehr gewähren, sie müsse Vertreter Nordvietnams und der vietnamesischen Befreiungsbewegung empfangen und normale diplomatische Beziehungen unterhalten, US-Deserteuren Aufenthaltsrecht gewähren usw. usf. – dann „(sagten) wir in jedem gegebenen Land dem Proletariat und den Werktätigen, ‚unsere Bourgeoisie' ist auf jeden Fall besser als die amerikanische"? Das ist wirklich ganz großer Quatsch mit sehr an den Haaren herbei gezogenen Argumenten.

Kommentar TA: Es kommt bei solchen Forderungen darauf an, ob man diese Forderungen tatsächlich für die Entlarvung der eigenen Bourgeoisie stellt oder nicht! Ob man bei der Aufstellung solcher Forderungen zugleich die eigene Bourgeoisie direkt entlarvt, oder nicht.

Bei der BDS-Kampagne wird das nicht gemacht. Auch bei der Vietnam-Kampagne gab es Leute in der BRD, die im Namen des Kampfes gegen den US-Imperialismus vor allem für die „Souveränität Deutschlands", das heißt des deutschen Imperialismus auf der Weltbühne gekämpft haben. Ein Teil dieser Leute landete später bei den Faschos, wie der ehemalige Anwalt Horst Mahler! Ein anderer Teil später bei der Drei-Welten-Theorie!

Kritik Genosse Gunter:

In Frankreich sind übrigens seit 2015 Aktivitäten im Sinne von BDS (also Forderungen nach Boykott, Desinvestition, Sanktionierung ... Israels) unter schwere Strafen gestellt, es laufen seither Dutzende Gerichtsprozesse, es wurde schon eine Reihe von Militanten zu Haftstrafen verurteilt, es gibt laufend gerichtliche und administrative Verbote und Polizeieinsätze gegen BDS-Aktivitäten. Die französische Bourgeoisie scheint offensichtlich nicht der Meinung zu sein, dass sie durch die BDS-Kampagne „auf jeden Fall besser" wegkäme als die israelische und dass sie deren „Bündnispartner" sei.

Kommentar TA: Nicht nur in Frankreich, auch in Deutschland werden staatliche Stellen, vor allem aber Antideutsche gegen die BDSlerInnen aktiv. Der zionistische Staat Israel versucht alles, um diese Bewegung zu vernichten.

Wir sind natürlich bei diesen Angriffen gegen die BDSlerInnen auf der Seite der BDSlerInnen. Das heißt aber nicht, dass wir uns mit unserer Kritik an ihren falschen Positionen und Illusionen zurückhalten.

Kritik Genosse Gunter:

9. Der Staat Israel – eine bürgerliche Demokratie *nur* gegenüber den jüdischen BürgerInnen des Landes? Auf S. 53 heißt es bei TA, der Staat Israel sei eine „reaktionär-bürgerliche Demokratie *nur* für die jüdischen BürgerInnen dieses Staates". Nicht einmal das ist wahr bzw. nur, solange sie nicht radikal gegen ihn auftreten, ansonsten sie mit faschistischen Methoden unterdrückt werden (auch jüdische Organisationen, Bewegungen und Personen). Das ist glatte Unwahrheit und Verhöhnung aller der jüdischen Menschen, die in diesem Land wegen der geringsten „Vergehen" gegen Zionismus, Rassismus und Faschismus oder wegen ihres demokratischen Engagements für die Sache der Palästinenser verfolgt werden und im Gefängnis landen!

Kommentar TA: Der Genosse hat ein falsches Verständnis von der bürgerlichen Demokratie. Jeder bürgerlich demokratische Staat geht gegen seine „radikalen", revolutionären, kommunistischen GegnerInnen, selbst wenn sie „gleichberechtigte Staatsbürger" sind, auch mit faschistischen Methoden vor. Das haben wir in der BRD z.B. zu Zeiten der RAF-Verfolgung erlebt. Wir erleben das z.B. im Vorgehen des französischen Staates gegen die Gelbwestenbewegung etc. Was den Staat Israel von anderen bürgerlich demokratischen Staaten unterscheidet, ist, dass er sich quasi im permanenten Kriegszustand befindet. Insofern ist sein Vorgehen gegen die radikale jüdische Opposition mit

faschistischen Methoden der „Normalzustand" in einer bürgerlichen Demokratie.

Kritik Genosse Gunter:

10. Kein Einknicken vor der imperialistisch-zionistischen „Antisemitismus"-Hetze! Keinesfalls ist jeder, der das „Existenzrecht des Staates Israel" nicht anerkennt, ein versteckter Antisemit. Noch viel weniger gilt das, wenn einer bloß die imperialistische „Zwei-Staaten-Lösung" nicht befürwortet. Genau das wird aber von TA auf S. 53 suggeriert. „Politischen Strömungen und Parteien, die das Existenzrecht des Staates Israel nicht anerkennen" wird dort unterstellt, dass für sie zugleich „alle jüdischen Menschen Feinde sind".

Die „dünne, aber fundamental wichtige Trennlinie zwischen Antizionismus und Antijudaismus", meint TA, verschwände auf diese Weise. Nur eine „dünne Trennlinie" unterscheidet jemanden, der gegen den zionistischen Staat ist, von jemandem, der gegen „die Juden" ist?

Kommentar TA: Gegen den zionistischen Staat Israel zu sein und das Existenzrecht eines jüdischen Staates in dem Gebiet überhaupt zu bestreiten, sind zwei Paar Schuhe.
Die JüdInnen in Palästina haben das Recht auf staatliche Existenz. Genauso wie die PalästinenserInnen das Recht auf staatliche Existenz haben. Die JüdInnen in Palästina haben dieses Recht in Form des zionistischen Staates 1948 in die Tat umgesetzt. Die palästinensische Befreiungsbewegung führt seit der Gründung des Staates Israel einen nationalen Befreiungskampf für ihr Recht auf einen Staat Palästina.
Der zionistische Staat Israel versucht mit allen Mitteln, die Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern. Der Kampf des palästinensischen Volkes für den eigenen Staat gegen den zionistischen Staat Israel ist ein gerechter Kampf.
Das Recht der JüdInnen auf den eigenen Staat in Palästina nicht anzuerkennen, in diesem Sinne das Existenzrecht Israels abzulehnen, ist aber falsch.
Dieses Absprechen des Existenzrechts Israels geht sehr oft mit Feindlichkeit gegenüber JüdInnen einher. In dem Sinne gibt es eine sehr dünne Trennungslinie zwischen Antizionismus und Antisemitismus.

Kritik Genosse Gunter:

Zwar handelt dieser Passus von den Palästinensern, aber diese Propaganda gehört zum Standardrepertoire der Bourgeoispropaganda auch bei uns:
Wer auch nur die leiseste substantielle Kritik an Israel vorbringt, wird mit dem Vorwurf des Antisemitismus angeschüttet. Das ist das blanke Einknicken vor dem Zionismus. Es handelt sich hierbei mitnichten um eine „dünne Trennlinie", sondern vielmehr um ideologisch und politisch vollständig entgegengesetzte Positionen.
Das ist wie wenn jemandem, der das Regime kritisiert, das sich mit dem Namen Erdoğan verbindet, unterstellt würde, er sei ein Türkenhasser und nur eine „dünne Trennlinie" sei zwischen Kritik an bzw. Kampf gegen dieses Regime und rassistischer Hetze gegen Türken.

Kommentar TA: Das ist auch ein gutes Beispiel: Auch bei der Kritik an dem Erdoğan-Regime gibt es, wenn man nicht aufpasst, eine dünne Trennungslinie zwischen der berechtigten Kritik und der rassistischen Islamfeindlichkeit oder „Türkenfeindschaft".
Wir kennen zum Beispiel die „Kritik", sprich faschistische Hetze des „Sozialdemokraten!!!" Sarrazin! Oder die „Kritik" des österreichischen Kanzlers!

Abschließend denken wir, viele Fragen sind noch offen und es gibt eine Menge zu diskutieren. Mit den GenossInnen der IA.RKP, mit denen uns eine fruchtbare politische, internationalistische Zusammenarbeit und Praxis verbindet, werden wir diese Debatte sicherlich gemeinsam weiterführen.
Wir rufen natürlich auch unsere TA-LeserInnen auf, sich daran zu beteiligen!

2020 Frauenbefreiung und Friedrich Engels

Mobilisierung zum 8. März

Hier fragen sich vielleicht einige LeserInnen, was hat hier ein Mann in Vorbereitung zu den Frauentag-Aktionen 2020 denn zu suchen? Wir meinen: Sehr viel!
Denn dieser Friedrich Engels, dessen Geburtstag, 28. November 1820, sich dieses Jahr zum 200. Mal jährt, war als Kommunist, herausragender **Theoretiker und Vorkämpfer in der Frage der Frauenbefreiung.** Clara Zetkins Nachruf auf Engels bringt seine Bedeutung genau auf den Punkt:
Was das Proletariat und insbesondere die deutsche Arbeiterklasse Engels verdankt und mit ihm verliert, ist unermeßlich. Wohl hat er selbst uns gelehrt, daß die sozialistische Bewegung aus den Verhältnissen emporwächst und nicht mit Personen steht und fällt. Aber seine Persönlichkeit ragte so hoch, sein Wirken war so umfassend und tief, daß sein Verschwinden eine klaffende Lücke läßt, die niemand auszufüllen vermag.
*Die **Proletarierinnen** aber schulden ihm besonders dankbares Erinnern. Nicht nur für ihren **Befreiungskampf als Ausgebeutete** hat er die wissenschaftliche Grundlage geschaffen, auch für ihr **Emanzipationsringen als Frauen**. Das Streben des weiblichen Geschlecht nach voller Gleichberechtigung ward von dem Philistertum vor allem mit dem Hinweis bekämpft auf die **Unvereinbarkeit des vollen Menschseins der Frau** mit dem Wesen der Familie und den Pflichten ihr gegenüber. Und die auf der Sklaverei der Frau beruhende **vaterrechtliche Familie** galt dem Philistertum als die **Familie an und für sich**, als die **einzig mögliche sittliche, wirtschaftliche, soziale Norm des Zusammenlebens der Geschlechter bis in alle Ewigkeit**. Wohl hatten die Utopisten, vor allem Fourier, wohl hatten Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest" mit glänzender Schärfe gezeigt, daß der Kapitalismus" dem **Familienverhältnis** seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein **reines Geldverhältnis** zurückgeführt" hat. Engels aber war es aber vorbehalten Spießbürgers Köhlerglauben [1] an den ewigen Bestand der vaterrechtlichen Familie für immer zu zertrümmern. Im Anschluß an die Arbeiten Morgans und Bachofens, die er erweiterte, vertiefte, als Bausteine eines wunderbar logischen und klaren Gefüges ordnete, wies er wissenschaftlich unanfechtbar nach, daß die Familie wie jedes andere soziale Gebilde unter der treibenden Kraft der Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse wächst und sich verändert, daß ihre Formen ein stetes Werden und Vergehen erfahren. Seine meisterhafte Studie „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" ist von grundlegender Bedeutung für den Befreiungskampf des gesamten weiblichen Geschlechts.*

Auftaktkundgebung zum Engelsjahr in Wuppertal

Wir beteiligen uns als *Trotz alledem!* in einem Bündnis linker Organisationen (bisher neun Gruppen), das unter dem Motto „#Engelsjahr 2020 – Verteidigen wir Engels Erbe" zu Aktionen und Demonstrationen in Wuppertal, der Geburtsstadt von Engels aufruft. Am **15. Februar** veranstaltete in Wuppertal das Bündnis eine Auftaktkundgebung zum Jubiläumsjahr. Ziel war es, ein kritisches Zeichen gegen die Stadtverwaltung Wuppertal zu setzen. Sie hat an diesem Samstag ihren Start ins „Engels-Jahr" ausgerufen.
Wir als Engelsbündnis wollten demonstrieren, dass Engels nicht den bürgerlichen Klassen, sondern den Unterdrückten, Ausgebeuteten, der Arbeiterklasse gehört. Friedrich Engels war und ist ein Philosoph, ein Vordenker und Praktiker des Klassenkampfes für den Sozialismus. Er war revolutionärer Kämpfer, Kommunist und Internationalist. Ungefähr 40-50 Menschen, vor allem revolutionäre Jugendliche versammelten sich vor den City Arkaden (Wuppertal-Barmen). Fast alle Bündnisgruppen sind mit ihren Fahnen und Transparenten gekommen. Jede Organisation des Engelsbündnisses hat zu einem Thema eine Rede gehalten. Wir haben als ***Trotz Alledem,*** in Vorbereitung auf den 8. März 2020, eine kämpferischen Rede zur Frauenfrage, auf der Kundgebung gehalten.

1 Köhlerglaube bedeutet soviel wie bedingungsloser Kirchenglaube, blinder Glaube überhaupt.

Frauenbefreiung fordert Revolution – alles andere ist Illusion

Liebe Genossinnen und Genossen, Ich begrüße euch im Namen von Trotz Alledem, Zeitung für den Aufbau der Bolschewistischen Partei in **Deutschland im Februar 2020 –** Kriege, Männergewalt, Vergewaltigung, Ausbeutung, Arbeitshetze, Erwerbslosigkeit, Verarmung, Hunger, Not: das hat das kapitalistische System weltweit uns, werktätigen Frauen zu bieten.

In diesem System stehen wir unterdrückten Frauen auf der Hierarchie ganz unten, trotz allem Propagandagedöns von der angeblichen Gleichberechtigung!

Auch wenn viele es nicht hören wollen: Die BRD, eines der reichsten Länder der Welt ist nach wie vor eine **Klassengesellschaft.** In dieser sind wir werktätigen Frauen auf allen Ebenen **doppelt ausgebeutet und unterdrückt: patriarchal und kapitalistisch.**

In der reichen BRD erhalten wir werktätige Frauen immer noch etwa 20 Prozent weniger Lohn als Männer für gleiche Arbeit: Zum BeispielBandarbeiterinnen, im drei Schichtsystem. Oder in der Lebensmittelindustrie jämmerliche 900-1000 Euro. Wir Frauen bekommen, wenn überhaupt die schlechtesten, unterbezahltesten Jobs. Wir sind **erniedrigendsten Arbeitsbedingungen** ausgesetzt.

Wir werden zu **Zwangsprostitution und faktischer Sklavenarbeit** gezwungen. Daneben ‚leisten' wir **unbezahlt Familien- und Hausarbeit**. Schlechte **Bildungschancen und Niedrigstrenten** im Alter – auch das ist Frauenlos.

Wir migrantische Frauen sind außerdem mit **rassistischer Ausgrenzung und deutsch-chauvinistischer Anfeindung** konfrontiert.

Wir geflüchteten Frauen – sind rechtlos und haben kein eigenständiges Asylrecht.

Brutalste Männergewalt, sexistische Gewalt gegen Mädchen und Frauen, das ist unser Alltag!

Der **Männerchauvinismus** wird von den HERRschenden geschürt. Die Werktätigen sollen nicht gegen ihre Konzernchefs losgehen, sondern sich an ‚ihren Frauen' „abreagieren".

Friedrich Engels hat gezeigt: Die Unterdrückung der Frau beruht auf der materiellen Grundlage des gesellschaftlichen Systems, daraus gibt es nur eine einzige Folgerung:

Solange Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, solange das kapitalistische Ausbeutungssystem besteht, werden wir Frauen unterdrückt.

Für die Befreiung der Frau muss die kapitalistische und patriarchale Ausbeutung und Unterdrückung abgeschafft werden. Das ist NUR möglich durch den **Sturz des kapitalistischen Systems** durch die proletarische Revolution durch den Aufbau des Sozialismus!

Vor über hundert Jahren – **im Jahr 1917** – kämpften wir werktätigen Frauen in der **Sowjetunion** einen erfolgreichen Kampf.

In der Befreiung der Frau hat die **sozialistische Oktoberrevolution** mit einem Paukenschlag mehr umgewälzt als alle vorhergehenden Revolutionen. Zum ersten Mal auf der Welt wurde die vollständige Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann gesetzlich verankert.

Frauen wurden dem Mann gleichgestellt, im Recht auf Arbeit, auf Entlohnung der Arbeit, auf Erholung, auf Sozialversicherung und Bildung, auf Wahlrecht.

Aber die Oktoberrevolution hat bei der juristischen Gleichberechtigung der Frau nicht haltgemacht. Es war klar, dass eine wirkliche Befreiung der Frau nicht durch Gesetze allein zu erreichen ist.

Nein, erst wenn wir werktätigen Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft, der Produktion, der Politik und der Kultur prozentual und von der Position her auf gleicher Augenhöhe mit dem Mann tätig sind, kann von einer wirklichen Gleichberechtigung der Frau die Rede sein.

Die entscheidende Grundvoraussetzung dafür war „die Wiedereingliederung des ganzen weiblichen Geschlechtes in die gesellschaftliche Produktion", wie

> *Mit Engels ist ein universaler Gelehrter, ist eine jener allseitig harmonisch entwickelten, kraftstrotzenden Persönlichkeiten gestorben, wie sie uns in den Zeiten der Renaissance und der Großen Französischen Revolution entgegentreten und entzücken. Eine Persönlichkeit von unsagbarem Zauber des Wesens, ein Lebenskünstler in der edelsten und umfassendsten Bedeutung des Wortes. Vom wärmsten Empfinden beseelt und opferfreudig ohne schwächliche Rührseligkeit, kraftvoll und selbstbewußt ohne Eigendünkel, tapfer und kühn, ohne Ruhmredigkeit, ritterlich und dabei natürlich, einfach, schlicht und liebenswürdig nicht aus Konvention, sondern aus wahrer Herzensgüte. Wohl ziemt uns an seinem Grabe der aufrichtige, tiefe Schmerz um das, was wir mit ihm verloren. Ebenso aber die stolze, freudige Erhebung an dem, was wir an ihm besessen und was er uns als reiches, köstliches Erbe hinterläßt. Keinen würdigeren Dank, keinen passenderen Scheidegruß für Friedrich Engels als den Ruf: Vorwärts in den Kampf! Vorwärts zum Sieg!*
>
> Clara Zetkin, „Friedrich Engels, Nachruf zu seinem Tode", Die Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Stuttgart, 21.08.1895, Ausgewählte Schriften, Bd. I, S. 80

auch Engels schon gesagt hat.
Die KommunistInnen in der Sowjetunion hatten sich diese Aufgabe von Beginn an auf ihre Fahne geschrieben: **„Jede Köchin soll den Staat regieren**".
Heute kämpfen wir hier und heute für eine befreite Frau in einer **befreiten, sozialistischen Gesellschaft**.
Werktätige Frauen, die kämpfen, sind Frauen die leben!
In den USA 2017, am Tag nach Trumps Machtantritt, demonstrieren Hunderttausende beim *Women's March in Washington* gegen die Amtseinsetzung dieses Sexisten und Rassisten als US-Präsidenten.
In **Argentinien** rufen Frauen im selben Jahr zum internationalen Generalstreik gegen „Feminizide" und Machismo auf.
In **Indien** erobert wütender Protest und Aufschrei von Millionen Frauen gegen feudal-faschistische Unterjochung seit Jahren immer mehr die Straßen.
Guerilla-KämpferInnen in Rojava und auf den **Philippinen** versuchen in befreiten Gebieten gleichberechtigte, befreite Gesellschaftsstrukturen für Frauen zu schaffen.
In **Spanien** organisierten letztes Jahr zum 8. März über hundert Frauengruppen einen Generalstreik.
Und auch der Kampf der werktätigen Frauen in **Chile** gegen politische und sexuelle Diskriminierung der Frauen gibt uns Kraft:
Auch wenn die Frauenpower in den letzten über hundert Jahren viel erkämpft hat. Das Ende der Barbarei und Frauenunterdrückung werden wir nur durch einen **radikalen Umsturz der bestehenden Verhältnisse** erkämpfen.
Für die Befreiung der Frau muss die kapitalistische und patriarchale Ausbeutung und Unterdrückung abgeschafft werden. Das ist nur möglich durch den Sturz des kapitalistischen Systems durch die proletarische Revolution!
Lasst uns zusammen für die Befreiung der Frauen weltweit kämpfen, für eine neue sozialistische Gesellschaft.
Frauen in die kommunistische Organisation!
Kämpfen wir für eine **organisierte kommunistische Frauenbewegung!**
Auch gegen den **Männerchauvinismus in den eigenen, revolutionären Reihen.**
Die Losung der sozialistischen Oktoberrevolution in Russland 1917:
„Jede Köchin soll den Staat regieren" kann nur Wirklichkeit werden, wenn Frauen den Kampf um unsere Befreiung verbinden mit dem Befreiungskampf aller Unterdrückten. Was wir wollen: Die Hälfte des Himmels erobern!
Frauenbefreiung und Revolution! Frauenbefreiung fordert Revolution – Alles andere ist Illusion!

Schlaglichter – 8. März 2020

Wieder erobern Millionen kämpfende, tanzende Frauen Straßen und Plätze in vielen, vielen Ländern dieser Erde. In Metropolen, in Kleinstädten und in Dörfern. Kampfziele und Träume werden formuliert. Von der Reformforderung bis hin zur Revolution! Befreiung der werktätigen Frauen in allen Gesellschaftsbereichen, von Unterdrückung und Ausbeutung, von Patriarchat und Rassismus, von sexualisierter Gewalt, Repression, Faschismus, Kriegen und Kapitalismus wird selbstbewusst und lautstark eingefordert. Endgültig Schluss mit der Bescheidenheit! In zahlreichen Aktionen wird offensiv als einziger Ausweg eine andere Welt, eine sozialistische Gesellschaft thematisiert. Breiteste Frauenmassenproteste auf den Philippinen, in Chile, Argentinien, Indien, Südafrika, Pakistan, Indonesien, Türkei ... alleine in Mexiko über Hunderttausend Frauen.
In Deutschland feierten und protestierten laut Infos des Bündnis „bundesweitfrauenstreik" über 65 000 Frauen, LGBTI AktivistInnen und teils auch solidarisch unterstützende Männer. Von München, Augsburg, über das Ruhrgebiet bis in den Norden, über Hamburg nach Rostock, Berlin, Leipzig, Halle, Stuttgart und so weiter und so weiter. Streiks, Demonstrationen, Interventionen vor Krankenhäusern, vor bzw. in Geschäften und Betrieben. Vielfältige internationalistische Aktionen gegen die barbarische EU-Abschottungs-Politik unter dem Motto „Grenzen auf – Bleiberecht für alle", die ganz besonders brutal gegen Frauen gerichtet ist. TA Genossinnen aus verschiedenen Städten haben uns ihre Eindrücke mitgeteilt.

FrauenStreikAktionen und Veranstaltung – Süddeutschland

Schon Wochen zuvor mobilisierten die Frauen des „Frauenbündnis 8. März" in Vernetzung mit anderen süddeutschen Frauenbündnissen zum diesjährigen internationalen Kampftag der werktätigen Frauen.
Die Frauen aus dem „Frauenbündnis 8. März" verstehen sich als Teil der weltweiten Frauenstreikbewegung: **„Unser Feminismus ist antikapitalistisch,**

antirassistisch und internationalistisch. Wir wissen: Wenn wir die Arbeit niederlegen – egal ob bezahlt oder unbezahlt – steht die Welt still!"
In unserer Stadt trafen sich kämpferische Frauen am Samstag, 7.3. zu Aktionen im Rahmen des feministischen Frauenstreiks. Infostand, Straßenbahnaktionen und Streik-Sitins vor Läden des Einzelhandels, auf öffentlichen Plätzen… Die Bilder sprechen für sich.
Diese Aktionen haben sicher nicht die ganze Stadtbevölkerung auf Gedanken zur Frauenbefreiung oder gar zum Handeln gebracht. Trotzdem: Interessierte Frauen sind durch diese Aktionsformen auf den Straßen zum Nach- und Umdenken angeregt worden. Viele junge Frauen haben sich beteiligt!
Am Sonntag nahmen wir mit einem Infostand an der Politik- und Kulturveranstaltung des Frauenbündnisses 8. März teil. Vor allem die Fabrikzeitung zum 8. März 2020 wurde verteilt, aber auch einige unserer Zeitungen verkauft. Die Veranstaltung war eine gelungene Mischung aus internationalen Politik- und Kulturbeiträgen. Lediglich Zeit für gemeinschaftliche Diskussion hat gefehlt. Eine junge Frau kurdischer Herkunft trug kämpferische und nachdenkliche Lieder auf deutsch, türkisch, englisch und kurdisch vor. Gemeinsam mit ihr sangen wir das historische und immer noch aktuelle Kampflied der werktätigen Frauen – „Brot und Rosen".
Zur allgemeinen Lage der Frauen weltweit sprachen zwei Vertreterinnen des Frauenbündnisses. Auch wenn hier deutlich hervortrat, wie schlecht die Lage der werktätigen Frauen im weltweit herrschenden Patriarchat ist – schafften es die Rednerinnen den Schwerpunkt auf Mut machende Kämpfe und Erfolge zu legen.
Die frauenfeindliche Politik im Zusammenhang mit der aktuellen Auseinandersetzung um die §§ 218/219 wurde von einer jungen Frau anschaulich dargestellt. Der Song „verboten" von Kabarettistin Maren Kroymann und Rapperin FIVA ist hier wirklich zu empfehlen.
Besonders beeindruckend war der Beitrag einer Frau, deren Eltern in den 1970ern aus Chile nach Deutschland migrierten. Sie berichtete eindrücklich von den kämpferischen feministischen Aktionen Zehntausender Frauen in Chile gegen die frauenverachtende Politik der Regierung. Die Tanzperformance „Der Verge-

**Darf ich Frau Künast als „Fotze"
beschimpfen?
Vom Gesetz her ist das okay
Darf ich sagen, dass man krank wird vom
Impfen?
Warum denn nicht? Wo ist das Problem?**

**Wie sieht es aus mit dem Schreddern von
Küken?
Sieht nicht gut aus aber ist erlaubt
Und beim Abgastest ein bisschen lügen?
Da wird eh nicht so genau hingeschaut.**

**Darf ich Milliarden verdienen, ohne Steuern
zu zahlen?
Mit ein paar Tricks – zahlst du nur minimal.
Darf ich mit 280 über die Autobahn?
Wir sind ein freies Land, und hier gilt: Freie
Fahrt!**

**Und wenn ich Frauenarzt oder -ärztin bin
und auf meine Seite schreibe,
dass und mit welchen Methoden ich in
meiner Praxis abtreibe?**

**Was? Sie spinnen wohl! Das ist verboten!
Das wissen Sie doch selbst ganz genau!
Das ist verboten! Das ist verboten!
Und das heißt: Es ist nicht erlaubt!
Verboten! Verboten! Verboten! Verboten!**

**Darf ich Rentner rausschmeißen durch
Erhöhung der Miete?
Sicher! Doch nennen Sie es „sanieren"
Darf ich Waffen exportieren – auch in
Kriegsgebiete?
Es gibt immer einen Weg, das zu tolerieren
...
Darf ich Glyphosat in die Umwelt sprühen?
Das wird verboten aber erst in ein paar
Jahren ...
Darf ich Flughäfen bauen, die nicht
funktionieren?
Kommt nicht gut an aber wird bezahlt ...
Darf ich Schweine so halten, dass sie sich
nicht bewegen? – Ja
Darf ich zwei Hosen kaufen für acht Euro
zehn? – Ja
Darf ich Fan von Schalke sein und vom BVB?
Also gesetzlich ist das okay ...**

**Und wenn ich Frauenarzt oder -ärztin bin –
Ja?
und auf meine Seite schreibe, – Was?
dass und mit welchen Methoden – Jaa?
ich in meiner Praxis abtreibe?**

**WAS? WAS?
Sie spinnen wohl? Das ist verboten!
Das wissen Sie doch selbst ganz genau!
Das ist verboten! Das ist verboten!
Und das heißt: Es ist nicht erlaubt!
Verboten! Verboten! Verboten! Verboten!
Ich hab mal nachgeguckt, und darum weiß
ich jetzt:
Das Verbot ist schon seit '33 Gesetz
Die Nazis haben das geschrieben
und der Paragraph ist seitdem so
geblieben.
Werbeverbot, das klingt schon so mies.
Also ob 'ne Frau abtreibt, weil sie Werbung
dafür liest.
Jetzt dürfen Praxen zwar darüber
informieren,
dass sie Abtreibungen vornehmen
aber nicht sagen, wie...**

**Wie? Das würde dann schon als Werbung
zählen?
Kann mir das irgendwer mal erklären?**

**Wieso denn? Das ist verboten!
Da gibt es nichts weiter zu erklären!
Verboten, es ist verboten!
Es bringt jetzt nichts, sich da zu
beschweren.
Verboten, es ist verboten!
Und das wissen Sie ganz genau!
Verboten, es ist verboten!
Und das heißt: Es ist nicht erlaubt!
WAS? Sie spinnen wohl? Das ist verboten!
Das wissen Sie doch selbst ganz genau!
Das ist verboten! Das ist verboten!
Und das heißt: Es ist nicht erlaubt!
Verboten! Verboten! Verboten! Verboten!
Verboten!**

https://www.youtube.com/watch?v=EM1umQdZtZ0
Text geschrieben lt. Video

waltiger auf deinem Weg" persifliert den Polizeislogan „Ein Freund auf deinem Weg". Mit dem aus Tausenden Stimmen skandierten „Unser Staat ist machohaft, er unterdrückt und vergewaltigt" prangern die Frauen Gewalt gegen Frauen an und welche Rolle dabei das herrschende System mit seinen Schergen spielt.
Aus Rojava war eine Sängerin angereist. Ihre Stimme brachte uns mit ausdrucksstarken Liedern zum Tanzen.
Ein gelungener Abend. Mit viel Information, Austausch und Begegnung unterschiedlichster Frauen.
Unser Kampf muss weiter gehen, nicht nur am 8. März 2020 hat 366 Frauenkampftage!

II. Vor der Fabrik und in Stuttgart – Revolutionäre Frauenpower

Einige Tage vor dem 8. März waren wir bei Mercedes in Sindelfingen und haben dort unsere Betriebszeitung verteilt. Wir haben an einem Tag mindestens 400 Stück verteilt. Da der diesjährige 8. März auf einen Sonntag fiel, der ja für viele KollegInnen arbeitsfrei ist, haben wir unsere Aktionen vorverlegt.
Zuerst sind wir zu dem Denkmal von Anna Sutter an der Staatsoper gegangen. Sie war eine deutsch-schweizerische Opernsängerin und wurde von ihrem Ex-Partner ermordet. Aus diesem Grund haben wir symbolisch an diesem Denkmal über Femizide (Morde an Frauen) informiert. Gewalt an Frauen ist Teil des Systems und findet täglich statt. Ein anderes Denkmal haben wir für Else Himmelheber, eine Stuttgarter Antifaschistin und Widerstandskämpferin gegen den deutschen Faschismus umfunktioniert und ihr gewidmet.
Anschließend sind wir gezielt zu Betrieben gegangen, in denen überwiegend Frauen arbeiten: Das Katharinenhospital und der Einzelhandel. Einige Frauen haben an der Klinik Transparente aufgehängt und Durchsagen gemacht. Wir haben unsere Betriebszeitung verteilt. Im Katharinenhospital sind etwa 80 Prozent der Pflegekräfte Frauen. Einige haben von ihrem krassen Alltag erzählt. Permanent wird Personal eingespart. Das führt zu Überlastung, Krankheit und ohne Ende Stress...
Weiter sind wir gemeinsam zu Primark gelaufen. Dort haben einige Frauen die Kassen blockiert, um den Kassiererinnen eine Pause zu verschaffen. Auch dort haben wir unsere Betriebszeitung verteilt. Bei Primark arbeiten Frauen unter aller miesesten Bedingungen. Wenig Lohn, Zeitdruck und hohe Arbeitsbelastung. Uns ging es bei dieser Aktion nicht darum, die Kassiererinnen zu stressen, sondern die KundInnen zu informieren – auch wenn die meisten KundInnen eher genervt reagiert haben. Von dort sind wir zu H&M. Ein Straßentheater wurde vorgeführt, in dem es sowohl um die Arbeitsbedingungen bei H&M selber geht, als auch um die Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie.
Zum Abschluss haben wir Frauen – unter Anleitung einer chilenischen Genossin – gemeinsam den Tanz „el violador en tu camino" getanzt. Dieser Tanz richtet sich gegen Gewalt an Frauen und wurde vom chilenischen Kollektiv „Las Tesis" choreografiert. Der Text prangert den chilenischen Staat und seine Polizei an, die systematisch Gewalt an Frauen ausüben. Der Text sagt aber auch klar: Gewalt gegen Frauen ist Teil des Patriarchats und Teil der gesellschaftlichen Verhältnisse. Auf der ganzen Welt haben Frauen diese Performance aufgegriffen.

Las Tesis
Das Patriarchat ist ein Richter,
es verurteilt uns von Geburt an
und unsere Strafe
Es ist die Gewalt, die du nicht siehst

Es ist Femizid
Straflosigkeit für den Mörder
Es ist das Verschwinden
Ist die Vergewaltigung

Und es war nicht meine Schuld,
weder wo ich war, noch wie ich mich anzog
Und es war nicht meine Schuld,
weder wo ich war, noch wie ich mich anzog
Und es war nicht meine Schuld,
weder wo ich war, noch wie ich mich anzog
Und es war nicht meine Schuld,
weder wo ich war, noch wie ich mich anzog

Der Vergewaltiger warst du
Der Vergewaltiger bist du
Es sind die Polizisten
Die Richter
Der Staat
Der Präsident

Der Vergewaltiger ist der männliche Unterdrückungsstaat
Der Vergewaltiger ist der männliche Unterdrückungsstaat
Der Vergewaltiger warst du
Der Vergewaltiger bist du

Schlafe du unschuldiges Mädchen ruhig,
ohne dich um die Banditen zu sorgen,
wachen doch über deine Träume die Polizisten und der Unterdrückerstaat!

Der Vergewaltiger bist du
Der Vergewaltiger bist du
Der Vergewaltiger bist du
Der Vergewaltiger bist du

Am 8. März auf die Straße ...

An der revolutionären Demo haben etwa 800 Menschen teilgenommen. Bei der Auftaktkundgebung gab es einen Redebeitrag über den Frauenstreik 1994 in Stuttgart. Vor 26 Jahren besetzten Frauen den Charlottenplatz. Die Rednerin schloss ihren Beitrag damit, dass es heute leider immer noch zu viele Gründe für einen Frauenstreik gibt. Nicht nur in Deutschland! Beim Auftakt haben Frauen nochmal die Performance „el violador en tu camino" aufgeführt.

Die Demo führte der Frauenblock an. Am Ende lief ein Kinderblock, der von Männern betreut wurde. Viele Rote Fahnen zogen mit uns. Leider kein Meer von Roten Fahnen. Aber das wird noch kommen!

An der Ausländerbehörde wurde ein Redebeitrag über die brutale Realität von Frauen auf der Flucht gehalten. Über ihre Situation in Deutschland, über die Lage an der griechisch-türkischen Grenze, über sexualisierte Gewalt an Migrantinnen und nicht zuletzt über die Bedrohung durch FaschistInnen. In einer Rede zum Thema Ehe wurde thematisiert, dass Frauen sich sowohl von ihren Männern, als auch vom Staat abhängig machen und natürlich die unbezahlte Hausarbeit. Fridays for Future befassten sich in ihrem Beitrag mit den Folgen des Klimawandels besonders für Frauen. Sie betonten, dass wir bei dem Kampf für eine bessere Zukunft neben dem Kampf gegen den Klimawandel auch gegen das Patriarchat kämpfen müssen. Eine weitere Rede behandelte den „Gender Pay Gap", denn Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch 21 Prozent weniger als Männer bei gleicher Arbeit! Hinzu kommt dann noch die unbezahlte Hausarbeit. Eine Gewerkschafterin der IG BAU machte klar, was dies für Frauen im Reinigungsbereich bedeutet. Eine ehemalige Besetzerin sprach über die Schwierigkeit, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Sie ging auch darauf ein, dass es in Frauenhäusern zu wenig Platz für Frauen gibt, die dringend Schutz brauchten. Dadurch seien sie nach wie vor der Gewalt ihrer Partner oder Expartner ausgesetzt. Es gab noch viele weitere Beiträge: Über Frauen, die in der Gastronomie beschäftigt sind und sich dort mit sexistischen mackerhaften Kommentaren und Übergriffen auseinandersetzen müssen. Über Schikanen im Einzelhandel und zum Abschluss über die Situation von Frauen in Chile, den eine chilenische Genossin gehalten hat. Auf der Abschlusskundgebung haben Frauen nochmal kämpferisch die Performance getanzt. Der diesjährige Frauenkampftag war sehr klassenkämpferisch und die Aktionen super organisiert. Danke an alle Organisatorinnen!

Machen wir aus jedem Tag einen Frauenkampftag! Für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung! Hoch die Internationale Solidarität!

III. Kämpferisch – lautstark Frauen-Großdemo Berlin –

Im ArbeiterInnenbezirk Wedding, am Leopoldplatz startet die beeindruckend große „Frauen*kampftag-Demonstration". Die VeranstalterInnen berichten von über 20 000 TeilnehmerInnen. Witzige, treffende Transparente und lautstark gerufene Parolen heben die widerständige Stimmung der Protestierenden. Dutzende Lautis mit beidseitigen Transparenten fahren den verschiedenen Blöcken voran. Auch zwei

große Laster von ver.di, hinter einem mit Transparenten, die zur Solidarität mit den Pflegekräften aufrufen, reihen wir uns ein. Eine kämpferische Rednerin prangert die gnadenlose Auspressung der Arbeitskraft von Frauen in den Dienstleistungssektoren, Pflege, Erziehung etc. an. Leider sind den Gewerkschaftsaufrufen nicht viele KollegInnen gefolgt. Nur eine kleine Gruppe Frauen und Männer begleiten die Wagen. Vielleicht, weil sie sehen, dass so oft große Töne von den DGB-Gewerkschaften, ja auch von ver.di, geschwungen werden. Aber konkret im alltäglichen Klassenkampf werden nur viel zu moderate, kleinklein Reform-Forderungen aufgestellt und viel zu wenige Kolleginnen mobilisiert.

Unterschiedlichste migrantische Zusammenschlüsse, Frauen-Bündnisse, Geflüchteten-Selbstorganisierungen, politische Gruppen und Organisationen, Gewerkschafterinnen, „zivilgesellschaftliche" Vereinigungen nehmen an der Großdemo teil.

Die Frage unserer Frauenbefreiung steht so ziemlich in allen Redebeiträgen, auf Transparenten, in Flugblättern und in den kraftvoll gerufenen Parolen im Mittelpunkt. Die unterschiedlichsten Konzepte und Wege werden angeboten, wie wir den Kampf für Frauenbefreiung in der Gesellschaft führen und wie wir sie durchsetzen wollen.

Von Reform bis zur Revolution und zum Sozialismus!

Wir laufen mit revolutionären Gruppen, mit vielen jungen Frauen zusammen und skandieren unter anderem „Feuer und Flamme dem Patriarchat – der größte Zuhälter ist der Staat!", „Frauenbefreiung fordert Revolution – Alles andere ist Illusion", „Frauen, die kämpfen sind Frauen die leben – Lasst uns das System aus den Angeln heben!" und in kurdisch „Jin/Jiyan/Azadi!"

Auf Bannern und Schildern bildet sich die ganze Bandbreite der Bewegung ab: „Für 50/50 im Haushalt und in der Kindererziehung", „Frauenrechte sind Menschenrechte", „Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht", „Kein Rassismus im Namen des Feminismus", „Feminismus befreit alle!", „Emanzipation ist Klassenkampf!", „Ehe, Küche Vaterland Unsere Antwort: Widerstand", „Feminismus ist Klassenkrieg", „Männerbünde zerschlagen", „Streichung der §§ 218 und 219", „Grenzenloser Widerstand ist immer schon in Frauenhand". Politisch finden wir das Transparent „Nieder mit dem Patriarchat und dem Imperialismus! Proletarischer Feminismus Für den Kommunismus!" sehr treffend für kommunistische Frauenpolitik. Ein in türkischer Sprache, das einzige in der Demo, gemaltes Transparent findet große Aufmerksamkeit. Viele kommen und wollen wissen, was darauf steht: „Frauenbefreiung – Weltweite Solidarität – Leidenschaft für die Revolution". Das ist in Berlin, mit einem der größten migrantischen Bevökerungsanteil aus der Türkei/Nordkurdistan gerade richtig. Leider war die Auflage unserer **Fabrikzeitung zum 8. März** zu niedrig. Nachdem wir vor Betrieben schon im Vorfeld des 8. März verteilt haben, waren nicht mehr genug übrig, um sie breit auf der Demo zu verteilen. Aber auch unser Flugblatt „Faschistischer Anschlag in Hanau-Solidarität mit Opfern und Angehörigen! Wut Empörung Widerstand!" stößt auf großes Interesse bei den DemonstrantInnen.

Auf der Bühne am **Alexanderplatz** wird bei der **Abschlusskundgebung** ganz bewusst Rednerinnen, die zu **Rassismus, Flucht und Frauenunterdrückung**, in Zeiten nach Hanau und der brutalen Schließung der EU-Außengrenzen sprechen, viel Zeit und Aufmerksamkeit zuteil.

Am weltweiten Frauenkampftag eine kämpferische vielfältige Aktion!

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse
Gegen Ausbeutung für Sozialismus!
Frauenkampf ist Klassenkampf
Ausgabe Nr. 23 zum 8. März 2020

Frauenbefreiung fordert Revolution! Alles andere ist Illusion!

Jahrzehntelang war der **8. März** in der **BRD** verpönt als feministisch-kommunistischer Agitationstag. In der bürokratisch-bürgerlichen **DDR** wurde er als spießiger „Feiertag" abgehakt. In Ost und West herrschte das Patriarchat. Eliten und Parteifunktionäre hüben wie drüben: Männer. Daran hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert. Männer, von CSU bis zur LINKEN, von Kirche oder DGB, Unternehmer und Bänker verteilen rote Nelken. Kommunen und Parteien veranstalten Kuschel-Events, Frauenfrühstücke am 8. März. Coaching für Gleichstellung. Und ganz viele „likes" dafür, wie „Viel" doch erreicht wurde! **Juhuuu! Gleichberechtigung???**

Wie verlogen ist das alles?!!!!

Die BRD, eines der reichsten Länder der Welt, ist nach wie vor eine Klassengesellschaft. Hier sind wir werktätigen Frauen **doppelt ausgebeutet und unterdrückt**: Patriarchal & kapitalistisch. Politische und ökonomische Teilhabe und Gleichstellung? Weniger als ein Drittel der ParlamentarierInnen im Bundestag sind Frauen. Wir werden im Schnitt mit **21 Prozent weniger Lohn als Männer** abgespeist. Im Arbeitsalltag haben wir, vor allem bei so genannter „Frauenarbeit" miese Arbeitszeiten, niedrigste Löhne, unterbezahlte Teilzeit- und Minijobs. Zusätzlich lastet auf uns der Hauptanteil der **unbezahlten Haus-, Sorge und Erziehungsarbeit**. Mütter geben mit sechs Stunden jeden Tag doppelt so viel Zeit dafür wie Väter. Nur 29 Prozent aller Männer übernehmen täglich Arbeit im Haushalt.

Frauenunterdrückung ... kein Hirngespinst sondern Alltag!

Schlechte Bildungschancen in der Jugend und **Niedrigstrenten** im Alter – Frauenrealität. Als allein erziehende Frauen leben wir von Hartz IV mit unseren Kindern in Armut und sind **sozial komplett abgehängt**. Als Migrantinnen trifft uns zusätzlich **rassistische Ausgrenzung** und deutsch-chauvinistische

Warum nochmal sind Fraueneinkommen niedriger als die von Männern?

Wir versuchen mal, dieser **fundamentalen Ungerechtigkeit** auf den Grund zu gehen.

Da ist **ERSTENS** das Märchen vom **„schwachen Geschlecht".** Weil wir grundsätzlich nicht so leistungsfähig seien, sei es nur angebracht, dass Frauen niedrigere Löhne bekommen.

ZWEITENS die Legende vom Zuverdienst. Das gehört irgendwie zu ERSTENS – weil ja die Männer die höheren Löhne bekommen, sind sie die „Ernährer". In dieser Logik kann eine Frau ja nur „dazuverdienen". Ein **eigenständiges Frauen-Einkommen** ist im herrschenden Konzept der bürgerlichen Kleinfamilie **nicht wirklich vorgesehen.**

DRITTENS haben viele Frauen wegen der gesellschaftlichen Bedingungen im Kapitalismus schlechtere Voraussetzungen, qualifiziertere Jobs zu ergattern. Der Hauptteil der **Reproduktionsarbeit** wird Frauen aufgebürdet. Es gibt nicht genügend staatliche Unterstützung bei der Erziehungs- oder Pflegearbeit (KITA-Plätze usw.). Kochen, Putzen, Waschen wird entweder **gar nicht oder unterirdisch entlohnt…**

VIERTENS werden Frauen allein schon weil sie **Kinder bekommen**, ausgebremst anstatt dass sie massiv unterstützt werden – immer noch!

Ach ja – **FÜNFTENS** ist es Teil der kapitalistischen **Spaltungspolitik**, dass der eine Teil der ArbeiterInnenklasse gegen den anderen ausgespielt wird.

Wir werktätigen Frauen werden dafür benutzt, im Bedarfsfall unseren Klassenbrüdern unter die Nase zu reiben, dass ihre Arbeitskraft auch billiger eingekauft werden kann.

Und jetzt?

JETZT – ist – die – NOTWENDIGKEIT – aus – dieser – ERKENNTNIS – heraus – einzusehen – dass – FRAUENKAMPF – als – KLASSENKAMPF – geführt – werden – MUSS!

Anfeindung. **Geflüchtete Frauen** sind völlig **rechtlos** der Abschiebemaschinerie und Lagerrealität ausgeliefert.
Brutalste **Männergewalt**, **sexistische Übergriffe** gegen Mädchen und Frauen, das ist Alltag! **Beziehungsmorde** von Männern an Frauen sind weiterhin an der Tagesordnung! Der **Männerchauvinismus** wird von den HERRschenden geschürt. Werktätige Männer sollen nicht gegen Konzernchefs losgehen, sondern sich an „ihren" Frauen „abreagieren".

Weltweit ... Frauenleid und Frauenkampf!

In den abhängigen Ländern ist die Lage der werktätigen Frauen und Bäuerinnen noch viel elender. Die imperialistische Auspressung der Erde zerstört die Lebensgrundlagen. Frauen sind von den verheerenden Folgen der Klimakatastrophe **stärker betroffen als Männer**. Hunger und fehlender Zugang zu Trinkwasser und Gesundheitsversorgung – auch hier sind Frauen weltweit extrem benachteiligt. **Vergewaltigung** ist **global** das Leid vieler Frauen und Mädchen. In Ländern mit feudalen Strukturen wird die Frau für das an ihr verübte Verbrechen bestraft. **Mädchenmord** und – verkauf ist z.B. in Indien immer noch „normal". Hunger, Elend, Armut, Erwerbslosigkeit, Frauenmassenvergewaltigungen in Kriegen, **Zwangsprostitution**, menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, ausgepresst von den imperialistischen Metropolen… Das ist die **viel gepriesene Globalisierung** der westlichen Welt für die Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Das ist nicht unsere Welt!

Wir, unterdrückte Frauen **rund um den Erdball kämpfen jeden Tag für Menschenwürde**, für tatsächliche Gleichberechtigung, um die Hälfte des Himmels auf Erden. **Wir widersetzen uns der Gewalt, der Unterdrückung und Ausbeutung.**
Frauen in Indien streiken und legen den Verkehr lahm gegen rassistische Einbürgerungsgesetze, fordern Schutz von Frauen vor Vergewaltigung. Werktätige Frauen organisieren den **Frauenstreik**: **Wenn wir streiken steht die Welt still.** Pflegerinnen setzen Tarifverträge für mehr Personal und Würde durch. Lehrerinnen und Erzieherinnen pochen auf Anerkennung ihrer wertvollen Arbeit. Massenproteste gegen Vergewaltigungen immer wieder – überall!
Frauensolidarität!
Wir begehren auf und streiten
für eine andere Welt, für den Sozialismus!
Am 8. März dem Internationalen Kampftag der werktätigen Frauen!
Und an jedem anderen Tag!

Unermessliche Kraft entsteht, wenn wir zusammenstehen. Wenn wir die Arbeit niederlegen und **streiken**. Mit dem Frauenstreik prangern wir die doppelte Unterdrückung der werktätigen Frauen an. Nicht nur die Lohnarbeit nein, auch die Arbeit in unserer „Freizeit", im sogenannten Privaten, bestreiken wir.
Vielfältige Aktionsmöglichkeiten
Wir machen solidarischen Kampf sichtbar. Zum Beispiel so: Viele Einzelhandelsunternehmen sind bekannt für besonders prekäre Arbeitsbedingungen. Solidarisieren wir uns mit einem Besuch bei Verkäuferinnen. Blockieren wir die Kassen mit Transparenten, informieren und diskutieren wir mit KundInnen und den KollegInnen.
Frauen auf der ganzen Welt sind in Bewegung:
Unsere Kämpfe um Frauenrechte und für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen nehmen zu. Ob Chile, Polen, Spanien, Schweiz, Indien, Argentinien, Kongo oder Deutschland, offensichtlich haben wir Grund genug, unseren Widerstand auf die Straße zu tragen.
Auch wir werktätigen Frauen in Deutschland verstärken unseren Widerstand: Wir vertreten unsere Interessen häufiger und **kämpferischer** – in Arbeitskämpfen

und in der Öffentlichkeit. Streiks im Reinigungsbereich, im Einzelhandel, im Erziehungsbereich und in der Pflege. In Ost und West lassen wir nicht länger alles mit uns machen.

Mehr Wert!

Erzieherinnen und Lehrerinnen kämpfen um die Anerkennung ihrer Arbeit – nicht nur durch höhere Löhne. Unter dem Motto „Mehr von uns ist besser für alle" waren die Kämpfe in den Krankenhäusern erfolgreich. In Berlin, aber auch im Saarland, in Bayern, in Baden-Württemberg und in den Universitätskliniken in Düsseldorf und Essen.

In Jena, Heidelberg … **und wir sind lange noch nicht am Ende!**

Der alte **Kampf um „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit"** geht aktuell in eine neue Runde. Wir fragen: „Warum bezahlen wir Menschen, die unsere Autos bauen, mehr als Menschen, denen wir unsere Kinder anvertrauen?" Und wir fordern: **„Wer eine Horde von Kindern managt, verdient ein Managergehalt".**

Frauenkampf ist Klassenkampf – Nicht die Eroberung kapitalistischer Machtpositionen ist unser Ziel! Wir streben nicht nach einem Leben á la Merkel, von der Leyen, Schäffler, Clinton, Lagarde usw. **Nein! Wir wissen, dass es ohne Befreiung der Gesellschaft keine Befreiung für uns werktätige Frauen geben kann.** Ohne Befreiung der Frau kann auch die Gesellschaft nicht befreit werden! Befreit wovon? Befreit von der Sklaverei der kapitalistischen Ausbeutung und ihren für Mensch und Umwelt zerstörerischen Auswirkungen.

Das wollen wir und dafür kämpfen wir!

UND WIE wir in Bewegung sind

Frauenstreik am 8. März 2018 und 2019 in Spanien, an dem sich jeweils in hunderten Orten mehrere Millionen Frauen beteiligten

„Ni Una Menos" („Nicht eine weniger") Bewegung in Argentinien,

Proteste gegen Abtreibungsgesetze z.B. in Polen

In der BRD und in anderen Ländern, wo viele neue kämpferische Bündnisse entstehen, um den 8. März wieder zu einem Kampftag der Frauen zu machen.

Auch Frauen in der Schweiz sind in Bewegung: Am Freitag, den 14. Juni 2019 mischte der erste große Frauenstreik seit 1991das ganze Land auf.

Wir hören erst auf, uns zu bewegen, wenn die Frauenfrage gelöst ist!

Ich überlebte als Mitglied des „Mädchenorchesters“ das deutsche Vernichtungslager Auschwitz und konnte vor 75 Jahren auf dem Todesmarsch der Häftlinge des KZ-Ravensbrück der SS entkommen. Ich bin Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der BRD e.V und Ehrenpräsidentin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Dies schrieb ich in einem offenen Brief am 26. Januar 2020 „an die Regierenden und alle Menschen, die aus der Geschichte lernen wollen“. Die militärische Zerschlagung des Faschismus durch die Alliierten, Partisan*innen und Widerstandskämpfer*innen als Befreiung zu begreifen, bedeutet die richtigen Schlüsse zu ziehen und auch so zu handeln. Es ist nicht hinnehmbar, dass 75 Jahre danach extreme Rechte in allen deutschen Parlamenten sitzen und in immer rascherer Folge Mord auf Mord folgt. **Die Lehren des 8. Mai umzusetzen, bedeutet für uns:**

– AfD, NPD und ihre Verbündeten aufzuhalten, das Treiben gewalttätiger und mordender Neonazis zu unterbinden,

– ihre Netzwerke in Polizei, Bundeswehr aufzudecken und aufzulösen,

– einzugreifen, wenn Jüdinnen und Juden, Muslime, Roma und Sinti und andere, die nicht in das Weltbild von Nazis passen, beleidigt und angegriffen werden,

– Geflüchtete in Deutschland aufzunehmen,

– die Logik des Militärischen zu durchbrechen und Waffenexporte zu verhindern und

– die Diffamierung und Behinderung demokratischer und antifaschistischer Gruppen und Organisationen durch Geheimdienste und Finanzämter zu beenden.

– Sonntagsreden, die Betroffenheit zeigen, reichen nicht.

Es muss gestritten werden für die neue Welt des Friedens und der Freiheit, die die befreiten Häftlinge im Schwur von Buchenwald als Auftrag hinterlassen haben. Ein offizieller bundesweiter Feiertag wäre dafür die regelmäßige Verpflichtung. – Nicht nur, aber eben auch an jedem 8. Mai.

Deshalb: Achter Mai – arbeitsfrei!
Zeit für Antifaschismus!

Esther Bejarano
und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)[1]

Wir als Trotz alledem! schließen uns diesem demokratischen, antifaschistischen Aufruf von Esther und dem VVN-BdA von ganzem Herzen an. Auch wenn es nur ein scheinbar kleiner Schritt wäre, den 8. Mai als bundesweiten Feiertag durchzusetzen. Aber ein wichtiges Zeichen, für die kommenden Generationen. Da die Überlebenden der Nazibarbarei, die ZeitzeugInnen uns nach und nach verlassen werden, gilt es das Vermächtnis des Sieges der Antifaschistischen Anti-Hitlerkoalition über den deutschen Faschismus mit allen Mitteln wachzuhalten. Bereits in diesem Jahr wird der 8. Mai ein „einmaliger Feiertag“ im Bundesland Berlin sein. In Brandenburg ist er das bereits seit 2015. [2] Dieses Jahr macht uns die Corona-Krise einen Strich durch die Rechnung. Aber in phantasievollen, den „Umständen“ angepassten Aktionsformen werden wir an Orten der Erinnerung, oder auch virtuell, gegen die heutige rasant voranschreitende Faschisierung ankämpfen! Rassistische NSU-Morde, Menschenjagd in Chemnitz, die Morde in Halle und in Hanau treffen migrantisches Leben ins Mark. Wir halten dagegen!

Auch wenn die scheinheiligen SonntagsrednerInnen der bürgerlichen Politik, AntikommunistInnen bis ins Mark, sich an einem solchen Gedenktag als „VorkämpferInnen gegen den damaligen und heutigen Faschismus“ in pompösen Veranstaltungen inszenieren werden. Damit werden sie nicht durch kommen.

Auf dass wir im nächsten Jahr mit den überlebenden AntifaschistInnen, jungen Antifas und Migrantifas, Linken und KommunistInnen aus dem 8. Mai einen Festtag der Befreiung machen.

---

1 /www.change.org/p/8-mai-zum-feiertag-machen-was-75-jahre-nach-befreiung-vom-faschismus-getan-werden-muss-tagderbefreiung-bkagvat-bundesrat

2 In der DDR war der 8. Mai nur von 1950 bis 1967 ein gesetzlicher Feiertag. Sowie einmalig 1985 zum 40. Jahrestag.

Rückseite